Nr. 130.

19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 7. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Regierung und die Konservativen.

In regelmäßigen Abständen liebt es unsre freisinnige Presse von großen Umschwüngen, von Konflikten und Götterdämmerungen dräuend zugleich und hoffnungsselig zu schreiben. Das sind die kritischen Tage, da der Geist des „Berliner Tageblatts" umgeht, und Rudolf Mosse sich in seidenen Hofhosen ahnungsvoll wandeln sieht. Das vordem betriebene immerhin solide Geschäft des bürgerlichen Hosenverkaufs hat sich im Wechsel der Zeiten in das weit weniger ehrbare Handwerk des Hofhosenhandels empor entwickelt.

In den letzten Tagen war wieder einmal solche Weltwende. Die Junkerherrschaft verglühte in Flammen, und das brave liberale Bürgertum stand im Vorzimmer bereit, um die schleifenden Zügel der Regierung zu übernehmen. Der mit der Promptheit eines kommandierten Parademarsches ausgeführte Auszug der Herren Bülow, Rheinbaben und Möller aus dem preußischen Abgeordnetenhause beflügelte die liberalen Hoffnungen. Jetzt war es aus mit dem Junkertum, und inbrünstig boten sich die Neuen an: Herr, da sind wir!

Der „Zuckerkonflikt" kam hinzu. An ihm würden die Konservativen vollends zu Grunde gehen, jauchzte das liberale Bürgertum. Wir haben gestern bereits auf die Narrheit dieser Illusionen gewiesen. Und die Sache hat sich denn auch bereits in der angedeuteten Weise erledigt. Es war wieder einmal lediglich ein Bitzchen die Komödie der Parlamentshändler. Am Freitag hat inzwischen die Kommission einerseits den Willen der Agrarier vollstreckt und die Sacharinindustrie stranguliert. Andererseits hat sie die Zuckersteuer — mit Wiederherstellung der Kontingentierung — und gegen die Konservativen die Brüsseler Konvention angenommen.

Damit ist der große „Konflikt" erledigt. Allerdings hat man der Regierung den Schmerz angethan, daß man die Verbrauchsabgabe auf Zucker, dem von Agrariern und Socialdemokraten zugleich unterstützten Antrag, herabgesetzt hat. Die Minister Posadowsky, Thielmann, Rheinbaben beschworen die Mehrheit, nicht das Reichsdeficit durch die Verminderung der Einnahmen noch mehr zu steigern. Nur die — freisinnige Volkspartei und Vereinigung ließen sich durch das Flehen der Regierung rühren und verstanden sich dazu, eine erhöhte Verbrauchssteuer anzubieten, ein Verfahren, das beweist, daß diese Vertreter des freisinnigen Bürgertums, um der Illusion des Junkersturzes willen, den letzten Rest von Verstand, um von Charakter nicht zu reden, zu verlieren drohen. Aber eines ist sicher: Wenn nicht Herr Hermes, so wird doch Herr Pachnicke unverzüglich Minister werden; die Bereitwilligkeit, der Regierung auf Kosten der Zuckerverbraucher Geld zu beschaffen, muß doch belohnt werden!

Dieser Finanzjammer der Regierung ist in der That eine der stärksten Zumutungen. Hunderte von Millionen fordern sie leichten Herzens für Heer und Marine, für ein weltpolitisches Abenteuer vergeudet man eine Viertelmilliarde. Eine kleine Herabsetzung einer die Massen drückenden Verbrauchssteuer aber ist — unmöglich. Wenigstens würde man sofort Tabak und Bier bluten lassen. Direkte Reichssteuern, Erhöhung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten sind, so versichern die Minister, auf keine Weise zu bewerkstelligen, und doch hat man in Preußen so heidenmäßig viel Geld, daß man 250 Millionen für — Kaninchenjagden wegwirft.

Auf jeden Fall wird die Regierung nicht die Zuckersteuer und Zuckerkonvention an der von der Mehrheit beschlossenen Herabsetzung der Verbrauchssteuer scheitern lassen. Die Entwürfe werden ohne beträchtliche Hindernisse das Ziel passieren. Der große Konflikt und sensationelle Systemwechsel war abermals nur eine liberale Seifenblase.

Andrerseits haben die Konservativen durch die Annahme der von ihnen verweigerten Zuckerkonvention eine neue Gelegenheit, in der effektvollen Rolle der stramm oppositionellen Regierungspartei zu glänzen. Das gehört nämlich zur Komödie. Die Junker erweisen mit gutem Humor den liberalen Illusionisten den Gefallen, sich selbst hartnäckig als die Unterdrückten, als die von den Kommerzienräten, Reedern und sonstigen Handelsvertragsvereinlern Ueberfahrenen zu beklagen. Welch' Labsal für den hoffenden Freisinn, wenn beispielsweise die „Schles. Morgen-Zeitung", das Organ der konservativen Partei Schlesiens, über die letzte Montagssitzung des Abgeordnetenhauses zornwütig folgendes schreibt:

„Was will man denn? Irgend welche Kreise muß man doch haben, auf die man eine Regierungspolitik stützt. Seit Jahren aber schon hat man nicht 50 Männer in den Volksvertretungen, die gewillt sind, mit der Regierung zusammenzugehen. Der Grund: Die Regierung selbst hat keine Grundsätze, keine großen Ziele. Es ist ein teils langatmiges, teils nervöses Fortwursteln von einer Vorlage zur andern — die innere Politik einer Aera Caprivi-Hohenlohe-Bülow hat dem Volke bereits allen gesunden Geschmack am öffentlichen Leben verdorben — Graf Bülow mag auf dem glatten Parkett der Diplomatie das Tanzen gelernt haben; die Stimmung in den Kreisen des Volkes weiß er nicht zu fesseln, er wird sie auch nicht meistern können, schade darum. Man konnte manche Hoffnung auf den vierten Kanzler des Deutschen Reiches setzen. Auch über ihn wird das unerbittliche Geschick kommen, und das Erbe, das er seinem Nachfolger hinterlassen wird, wird nicht besser sein als das, was er vorfand. Die Zeiten werden trüber, und das Datum des 2. Juni 1902 trägt schwarzen Trauerrand."

Gewiß, das Junkertum fühlt, daß ihm die wirtschaftliche Entwicklung nicht günstig ist. Es ist ihm auch ganz klar, daß es für die maßgebenden Persönlichkeiten angenehmer und bequemer wäre, mit den reichen, gebenden Emporkömmlingen des Industriestaates als mit den ewig hungrigen, schreienden, fordernden Sprößlingen des ökonomisch niedergehenden Landadels zu regieren. Trotzdem lacht mit Recht diese regierende Opposition über die Einbildungen der liberalen Bourgeoisie. Das Junkertum weiß ganz genau, daß Staat und Regierung ihm hörig sind, daß sie auf einem Schiff, aneinander geschmiedet, fahren und nur gemeinsam in den Tod gehen würden. Und es ist sich auch dessen bewußt, daß ihm die Regierung so viel Liebesgaben gewährt, als es nur irgend mit dem Zwang der ökonomischen Entwicklung verträglich ist. Und der ganze Lärm der Unzufriedenen, der über Vernachlässigung und Verrat Zürnenden, soll nur dazu dienen, die Schranken des Möglichen noch zu durchbrechen.

Weder ist es der Regierung Ernst damit, das Junkertum in seiner Machtstellung anzugreifen und zu erschüttern, noch fürchten die Junker ernstlich, daß sie durch die Ballinisten abgelöst werden würden. Es giebt keine Herrschaft der liberalen Bourgeoisie — außerhalb der kindischen Phantasien dieser in Deutschland niemals zu politischer Würde und Kraft gereiften Klasse der ewig gefoppten Parvenus.

* * *

Ein Blick in den preußischen Landtag sollte genügen, auch die Blinden sehend zu machen. Gerade an diesem Freitag, an dem so viel von der Zerschmetterung der Agrarfronde zu lesen und zu hören war, stand im Abgeordnetenhause ein Antrag zur Debatte, der der Regierung Gelegenheit gegeben hätte, einen ernsthaften und erfolgreichen Ausfall gegen die Junkerherrschaft zu wagen.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Freitag den Antrag Dr. Barth (frs. Vg.), Dr. Wiemer (frs. Vp.) betr. die anderweite Einteilung der Landtags-Wahlkreise. Der Antrag fordert die Regierung auf, eine Abänderung der Gesetze betr. die Feststellung der Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus entsprechend den in den letzten Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten. Neu ist der Antrag nicht; er ist in den letzten Sessionen wiederholt eingebracht, aber jedesmal durch die konservativ-klerikale Mehrheit abgelehnt worden. Eine allzu weittragende Bedeutung kann man ihm auch nicht beimessen; mit einer wirklichen Wahlreform hat er nichts zu thun, an dem Wesen des Dreiklassen-Wahlsystems ändert er überhaupt nichts, er würde höchstens einige der schlimmsten Auswüchse desselben beseitigen und der Bevorzugung des platten Landes auf Kosten der Städte einigermaßen Einhalt thun.

Immerhin würde eine solche den elementarsten Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechende Reform die parlamentarische Stärke der liberal-freisinnigen Bourgeoisie auf Kosten der konservativ-klerikalen Agrarier steigern. Daß diese Mehrheit nicht bereit ist, Einbuße an ihrer Machtstellung freiwillig zu erleiden, ist nicht verwunderlich. Und so begnügten sie sich denn auch im Vollgefühl ihrer Kraft einfach — ohne Angabe der Gründe — ihr Veto auszusprechen; sie „bestätigen" solchen frechen Antrag nicht. Es machte dem preußischen Centrum auch nichts aus, sich mit ihren im Reich und sonst bekundeten Grundsätzen in Widerspruch zu setzen. Vor wenigen Tagen hat einer der angesehensten Centrumsführer, Herr Spahn, eine anderweitige Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise für notwendig erklärt, im bayrischen Landtag hat das Centrum für eine dem Bevölkerungszuwachs entsprechende Neu-Einteilung sich erklärt, aber im preußischen Landtag tragen die Centrumsleute ruhig zur Verewigung des krassesten Unrechts mit bei. Herr Fritzen meinte schalkhaft, man wolle die Gegensätze zwischen Stadt und Land nicht noch mehr verschärfen. Die konservativen Redner von Löbell und Freiherr von Zedlitz versuchten auch nicht einmal den Schein eines Grundes anzugeben, dafür machten sie den Freisinnigen geradezu einen Vorwurf daraus, daß sie es überhaupt gewagt haben, ihren Antrag einzubringen. So wurde denn auch diesmal der Antrag ohne Kommissionsberatung gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Polen abgelehnt.

Das Verhalten der Junkerschaft und des ihnen verbündeten Centrums ist, wie gesagt, selbstverständlich. Aber hätte nicht die Regierung, der doch diese Agrarmehrheit eine Niederlage nach der andern bereitet, nicht den schönen Anlaß wahrnehmen sollen, um den Uebermut ihrer Herren und Peiniger ein wenig zu ducken? Mußte man nicht von ihr erwarten, daß sie etwa erklärte: „Das jetzige Wahlsystem ist in der That schreiend ungerecht. Wir werden mit einer Neuregelung der Wahlkreise kommen, um endlich der Erdrosselung der Städte durch das platte Land ein Ende zu bereiten."

Das wäre gewiß wirksamer gewesen, als der demonstrative Abmarsch der Minister vom Montag. Aber die Regierung schwieg. Es fällt ihr nicht ein, und darf ihr nicht einfallen, dem Junkertum nur ein Härchen zu krümmen. Sie wacht väterlich über die Aufrechterhaltung seiner Macht und Herrlichkeit, um die Wollust zu genießen, von solchen kräftigen Fäusten mißhandelt zu werden. Es kann dem Junkertum nichts geschehen in Preußen!

Nur die Freisinnigen, die glaubten, die Zuckersteuer erhöhen zu müssen, um sich oben beliebt zu machen, können wähnen, daß die Regierungsfähigkeit der Junker unter ihrer Opposition leide, während in Wirklichkeit die Bereitwilligkeit der Regierung zunimmt mit dem Trotz der Agrarrebellen. Es ist dem socialistischen Proletariat die Aufgabe vorbehalten, beide zu stürzen — die Regierung und die Konservativen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Juni.

Der englische Gegen-Schiffahrtstrust.

Es war vorauszusehen, daß die englischen Reedereien, die dem Morganschen transatlantischen Dampfertrust nicht beigetreten sind und durch diesen ihren bisherigen Verkehr nach nordamerikanischen Häfen bedroht sehen, zu irgend welchen Abwehrmaßnahmen gegen die Konkurrenz des Trustes greifen würden; und ebenso lag es nahe, anzunehmen, daß, wenn eine Art Gegenkoalition englischer Schiffahrtslinien zu stande kommen sollte, diese bei den nicht von Morgan kontrollierten Pacificbahnen, namentlich der kanadischen Pacificbahn, Unterstützung finden würden. Thatsächlich scheint denn auch nach den bisher in die Oeffentlichkeit gedrungenen Mitteilungen bereits ein neuer, seine Spitze gegen die Morgansche Gründung richtender Trust in der Bildung begriffen zu sein, der in Verbindung mit der Canadian Pacific-Eisenbahn steht, und dem von der kanadischen und, wie die „Daily Mail" wissen will, auch von der englischen Regierung bedeutende Subventionen für die Errichtung einer regelmäßigen Schnelldampfer-Verbindung zwischen England und Kanada zugesichert sind.

Schon die vor einigen Tagen im „Vorwärts" mitgeteilte Zuschrift des Lord Inverclyde, des jetzigen Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Cunard-Linie, an die Aktionäre dieser Gesellschaft lieferte für diese Meldungen eine gewisse Bestätigung. Und jetzt kommt auch die „Westminster Gazette" mit Mitteilungen, die mit dem Zustandekommen einer Kombination englischer Linien als mit einer sicheren Thatsache rechnen. In einem Artikel dieses Blattes, der von Wolffs telegraphischem Bureau übermittelt wird, heißt es: Die seit kurzem umlaufenden, einander widersprechenden Gerüchte, wonach eine große englische Dampfschiffahrts-Vereinigung von der Regierung subventioniert werden soll, um mit dem amerikanischen Trust und seinen Verbündeten konkurrieren zu können, haben eine sehr reelle Grundlage. Zwischen den Regierungen Englands und Kanadas sowie andrer Kolonien und einem mächtigen Syndikat von Kapitalisten sind Verhandlungen im Gange zu dem Zweck, eine Dampferlinie zu errichten, deren Schiffe größer, schneller und besser ausgerüstet sein sollen, als diejenigen, über welche der amerikanische Trust verfügt.

Wie es heißt, soll der neue Trust aus ausschließlich britischen Linien bestehen und neben der Cunard-Linie die Beaver-Linie, die Reederei der Firma Elder Dempster u. Co., die Allan-Linie und vielleicht noch einige kleinere Reedereien umfassen. Die Leitung soll Sir Alfred Jones, Direktor der Beaver-Linie und zugleich Mitinhaber der obengenannten Elder Dempster-Reederei, übertragen werden.

Ueber Einzelheiten des Projekts verlautet noch nichts Näheres, nur darf man nach Aeußerungen der englischen Fachpresse darauf schließen, daß es sich nicht bloß um die Unterhaltung regelmäßiger Verbindungen zwischen England und Kanada, sowie zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika handelt, sondern auch eine Verstärkung der Fahrten von England nach südafrikanischen Häfen beabsichtigt wird, vielleicht sogar die Errichtung einer englischen Linie von New York nach Südafrika.

Den deutschen Blättern, die vor kurzem, als der Bericht der Verwaltung der Hamburg-Amerika-Linie erschien, am lautesten über die patriotische Haltung der beiden deutschen Linien und zugleich mit seinem Verständnis für die Gefühlsmomente der Aktionäre über die Vorteilhaftigkeit des abgeschlossenen Kartellvertrags räsonnierten, kommt diese Meldung recht ungelegen; denn statt des erwarteten Dividendensegens stellt sie einen erbitterten Wettkampf zwischen dem Morganschen und dem neuen englischen Schiffahrtstrust in Aussicht, unter dem auch die deutschen Linien leiden werden. So schreibt z. B. die „National-Zeitung" in ihrem heutigen Abendblatt:

„Was nun den großen rein britischen Trust anlangt, der mit Hilfe der Subventionen zu stande kommen soll, so läßt die zur führenden Stellung darin berufene Cunard-Linie von Zeit zu Zeit in der Presse verkünden, daß sie die Verhandlungen mit dem Morgan-Syndikat endgültig abgebrochen habe. Damit dementiert sie aber nur ihre frühere Behauptung, daß sie an solche Verhandlungen überhaupt nicht denke ... Fallen die Subventionen reichlicher aus, als die sehr ansehlichen Angebote Morgans, so wird die Gesellschaft ja gewiß englisch bleiben; andernfalls würde dem neuen Trust eine schwer entbehrliche Stütze fehlen. Auch mit den „größer, schneller und besser ausgerüsteten" Schiffen dürfte der englische Trust dem amerikanischen nachhinken, da die in dieser Beziehung leistungsfähigste englische Werft für den Morgan-Trust verpflichtet ist und schon die Aufträge für neue Riesendampfer hat. Im Verkehr zwischen Europa und Amerika ist das Uebergewicht der verbündeten amerikanisch-englischen und deutschen Reedereien so bedeutend, daß sie eine Konkurrenz von keiner Seite her zu fürchten haben."

Die überlegenen Aeußerungen des Blattes sind recht übel angebracht. Nicht nur die mit dem Morganschen Trust vereinigte Belfaster Werft versteht moderne Riesen-Schnelldampfer zu bauen; und was das Schiffsmaterial anbelangt, so hält, wenn ihr Schiffsbestand auch nicht so groß ist, die Cunard-Linie mindestens der White Star-Linie das Gleichgewicht. Ueberhaupt enthält der Morgansche Trust viel minderwertige Schiffe; fast der ganze Bestand der Leyland-Linie ist z. B. von geringem Wert. Allerdings gestattet es der Kartellvertrag zwischen dem Morganschen Schiffahrtstrust und den beiden deutschen Gesellschaften, auch die großen neuen Schiffe der letzteren in den Dienst zwischen England und den Vereinigten Staaten einzustellen; es ist zu diesem Zweck nach dem Abkommen nur nötig, daß der Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie mit dem Morganschen Trust entsprechende Charterverträge abschließen. Ob es den deutschen Linien aber angebracht erscheinen dürfte, aus ihrem Verkehr einen Teil ihrer besten Schiffe auszuscheiden und sie Morgan für seinen Konkurrenzkampf zur Verfügung zu stellen, möchten wir doch noch vorläufig bezweifeln.

* * *

Deutsches Reich.

Schluß des Landtags. In den Kommissionen des Abgeordnetenhauses für die juristischen Prüfungen und die Neuregelung des Vorbereitungsdienstes für die höheren Verwaltungsbeamten wurde am Freitag von maßgebender Seite erklärt, daß das Herrenhaus Mitte nächster Woche zur Schlußtagung einberufen werde und der Sessionsschluß für Sonnabend den 14. Juni beabsichtigt sei. Infolgedessen wurde in beiden Kommissionen beschlossen, auf die Weiterberatung der beiden Vorlagen zu verzichten. Der Regierung wurde anheimgegeben, die Gesetzentwürfe in der nächsten Session von neuem einzubringen. Es wurde dabei der Wunsch ausgesprochen, daß die Einbringung möglichst zeitig erfolgen möge. —

Abgeordnetenhaus. Nach dem Wahlreform-Antrag, den wir an leitender Stelle behandeln, beschäftigt sich das preußische Abgeordnetenhaus am Freitag mit Petitionen, von denen einige allgemeineres Interesse hatten, so die betreffende Aufhebung der Einkommensteuer-Freiheit des Breslauer Konsumvereins, die der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde, und einige betreffend Beseitigung der den Konsumvereinen zustehenden Vergünstigungen, über die das Haus zur Tagesordnung überging.

Am Sonnabend steht die dritte Lesung der Polenvorlage, Petitionen und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Der Sodahund des Reichs-Gesundheitsamtes. Die „wissenschaftliche" Begründung des Borsäure-Verbots, die das Reichs-Gesundheitsamt jüngst herausgegeben hat, haben wir bereits als völlig nichtig bezeichnet. Eine Veröffentlichung aus Interessentenkreisen weist noch auf einige besondere Schönheiten dieser ver„borten" Wissenschaft hin. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß sich dies Gutachten auf einen anonymen Fachmann beruft. Dann heißt es in der Zuschrift weiter:

Was soll man dazu sagen, daß das Gesundheitsamt bei seinen eignen Versuchen einem Hunde täglich bis zu 8 Gramm Soda, d. h. eine Substanz, welche ihrer bekannten zerstörenden und ätzenden Wirkung auf Wäsche und Hände wegen von erfahrenen Hausfrauen gefürchtet wird, obendrein täglich noch bis zu 10 Gramm Kalisalpeter, verzehren ließ, bevor es an ihm die Wirkungen der Borsäure studierte? Solche Versuche wird kein unbefangener Fachmann als wissenschaftlich zulässig ansehen. Ist doch sogar jedem Laien die ätzende Wirkung des Soda bekannt. Der „Sodahund" des Gesundheitsamts ist daher auch mit Recht in Fachkreisen schon nahezu sprichwörtlich geworden.

Die Stützen des Reichs-Gesundheitsamtes schrumpfen, sobald sie aller verschönenden Umhüllungen entkleidet werden, derart zusammen, daß nichts übrig bleibt, als folgendes: ein geheimnisvolles Gutachten, das außerhalb des Gesundheitsamtes niemand kennt; ein geheimnisvoller Fachgelehrter, der ebenfalls außerhalb des Gesundheitsamtes unbekannt ist; ein Handbuch mit Vermutungen; schließlich öffentlich als unzulässig bezeichnete und nachgewiesene Angaben des Gesundheitsamtes auf Grund von dessen eigenen Versuchen, ausgeführt wiederum von außerhalb des Gesundheitsamtes unbekannten Personen. —

Marienburg-Reden. Außer der Rede gegen „polnischen Uebermut", von der wir gestern Mitteilung machten, hat der Kaiser bei dem Ordensfest auf der Marienburg noch eine zweite Rede gehalten, die nach unsrer Meinung in starkem Gegensatz zu seiner ersten Ansprache steht. Religiös begeistert sagte der Kaiser:

„Ich möchte nur einen Punkt betonen, der mir von höchster Wichtigkeit scheint, und das ist der, daß die Tendenzen, unter denen die Orden gegründet worden sind, ein und dieselben gewesen sind. Das große herrliche Gesetz, welches unser Erlöser der Menschheit gegeben, das erhabene Gesetz der Bruderliebe, vereint die Orden, welcher Konfession sie auch sein mögen, in dem großen Ziel, der leidenden Menschheit beizustehen, wo sie können, und damit das Werk der Erlösung der Menschheit, dem Vorbilde unsres Heilands folgend, weiter zu fördern."

Es ist schwer, die Kampfankündigung gegen die Polen mit dieser Erinnerung an die Lehre der allgemeinen Menschen- und Bruderliebe in widerspruchslose Uebereinstimmung zu bringen. —

Polnischer Ansiedelungsfonds. Dem „Neuen Wiener Tageblatt" wird aus Posen gemeldet: „Eine Konferenz des polnischen Adels beschloß als Gegenmaßregel gegen die preußische Polenvorlage die Bildung eines **großpolnischen Ansiedelungsfonds** in der Höhe von 100 Millionen Mark für die Provinz Posen. Ein Lemberger und ein Warschauer Bankhaus zeichneten zusammen angeblich 26 Millionen. Sämtliche polnischen Finanzkreise Preußens, Galiziens und Russisch-Polens werden zur Unterstützung aufgefordert." —

Ein Petitions-Schnellfeuer auf den Reichstag wird in der nächsten Zeit aus Dresden eröffnet werden. Dort ist es nämlich zwischen dem Rat der Stadt und dem Mietbewohner-Verein zu einem ergötzlichen Streit gekommen, der sich in der Schnellfabrikation von Petitionen an den Reichstag Luft machen will. Die Ursache des Streites ist die Annahme des Antrages in der Zolltarif-Kommission, daß den Gemeinden die Erhebung von Abgaben auf vom Reich schon besteuerte Nahrungsmittel untersagt werden soll. Der Dresdener Rat erließ darauf an den Reichstag eine Petition, worin er nachweisen wollte, daß durch die Dresdener indirekten Kommunalsteuern — 2 Millionen Mark — die Lebensmittel in Dresden angeblich nicht verteuert würden. Nun hat sich der gut bürgerliche Dresdener Mietbewohner-Verein erkühnt, an den Reichstag auch eine Petition zu richten, worin der Reichstag ersucht wird, der Petition des Dresdener Rates kein Gehör zu schenken und dem Beschluß der Zolltarif-Kommission beizupflichten. Der Mietbewohner-Verein führt in seiner Petition den Beweis, daß der Octroi thatsächlich die Lebensmittel verteure. Er teilt nämlich die Preise mit, zu denen der Konsumverein Vorwärts und der Görlitzer Wareneinkaufs-Verein ihr Mehl, Brot und Schmalz in Dresden und in Plauen bei Dresden verkaufen. Danach sind diese Lebensmittel im noch nicht einverleibten Plauen um mehrere Pfennige für das Kilo billiger. Am Donnerstag gab diese Mietbewohner-Petition Anlaß zu einer stürmischen Stadtverordneten-Sitzung. Ober-Bürgermeister Beutler erklärte, der Rat werde sofort eine Gegenpetition an den Reichstag richten und die Irrtümer der Mietbewohner-Petition berichtigen. Rechtsanwalt Müller v. Berneck antwortete, die Gegenpetition des Rates werde der Mietbewohner-Verein seinerseits auch durch eine Gegenpetition beantworten. Jede Ratspetition in dieser Sache werde hinfort eine Gegenpetition veranlassen. Eine Grenze des Petitionierens gebe es nicht. —

Ausland.

Reichsratspause.

—st— Wien, 5. Juni.

Es will noch immer kein Ende nehmen mit der Reichsratssession, die nun ununterbrochen acht Monate dauert. Für einige Tage ist zwar das unermeßliche Gerede unterbrochen — um Platz zu schaffen für die Delegation, die heute in Budapest ihre Sitzungen wieder aufnimmt —, aber danach sollen nächste Woche noch drei Sitzungen abgehalten werden. Die Regierung wünscht nämlich noch die Erledigung zweier Vorlagen, zu denen das Haus wenig Lust zeigt. Einesteils ist es die Einführung einer Steuer auf Fahrkarten, mit deren Ertrag die Regierung das schleichende Deficit im Staatshaushalte verbergen möchte, wenn sie auch der Oeffentlichkeit einredet, sie brauche das Geld zu allerlei nützlichen und humanen Zwecken. Zum zweiten soll noch der Vertrag mit der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ratifiziert werden; Oestreich will sich die Gesellschaft sichern, bevor es an den Ausgleich mit Ungarn geht. Gegen beide Vorlagen liegt ein Veto der Jungczechen vor, die nach so viel Gefälligkeiten für die Regierung das Bedürfnis haben, vor den Wählern wieder einmal die unbeugsame Opposition zu posieren, und Herr v. Koerber wendet nach seiner Art alle Künste auf, um sie in letzter Stunde nachgiebig zu machen und sich dadurch die Möglichkeit zu sichern, die Session mit einem Glanzeffekt zu schließen.

Gestern hat das Abgeordnetenhaus die Dringlichkeitsanträge abgelehnt, die wegen der Vorfälle in Lemberg eingebracht worden waren. Der Ministerpräsident verteidigte zwar den in heftigster Weise angegriffenen galizischen Statthalter, den Schlachzizensprößling Piniński, sang auch der „kaiserlichen und königlichen Armee" ein begeistert Loblied, aber man merkte doch seinen Worten deutlich an, wie peinlich ihm die Störung seines so mühsam erworbenen Ansehens war. Herr v. Koerber möchte schon ein moderner Minister sein, aber mit den Dunkelmännern und Volksfeinden anzubinden wagt er natürlich nicht. Deshalb macht er in jeder Hinsicht den Eindruck der Halbheit. Die größte Wut im Lager der „Patrioten" erregte die grimmige Aeußerung Daszynskis: Die östreichische Armee sei immer vor Feinden davongelaufen, gegen das eigne Volk habe sie aber immer Flintenschüsse parat gehabt. Nun ist das Heer im kapitalistischen Staate nirgendwo eine Volkswehr, aber in Oestreich hat die Armee mit dem Volk überhaupt nichts zu schaffen: sie war immer nur ein Instrument der Dynastie, wie die vielen Kriege, die Oestreich geführt hat, lediglich für die Interessen des Hauses Habsburg geführt worden sind. Die „Patrioten" meinen nun, eine solche Aeußerung wäre anderswo, in Frankreich, in Deutschland, nicht möglich. Mag sein; wie soll aber der Pole die östreichisch-ungarische Armee lieben, die ihm seine Selbständigkeit geraubt hat, wie der Deutsche in den czechischen Soldaten Kinder seines Volkes erkennen?

Der Streik in Lemberg, der den mittelbaren Anlaß zu dem Gemetzel gegeben, ist gestern beigelegt worden; nun haben die Behörden die Energie gefunden, den habgierigen Kapitalisten Nachgiebigkeit einzuimpfen. Der geringste Fortschritt in Oestreich führt über Arbeiterleichen. —

Gegen die königlich-preußische Polenpolitik.

Wien, 6. Juni. Bei Besprechung des Toastes Kaiser Wilhelms in Marienburg schreibt die „N. Fr. Pr.", diese Rede sei zweifellos eine Ankündigung, daß die antipolnische Politik in Preußen sich noch mehr verschärfen, aber auch eine **politische Rückwirkung auf Oestreich** ausüben werde. Mit größter Wahrscheinlichkeit sei zu erwarten, daß die polnischen Mitglieder der Delegationen in der Debatte über das Kriegsbudget das Wort ergreifen und auf die Angriffe Kaiser Wilhelms erwidern werden. —

Schweiz.

Bern, 6. Juni. Der Nationalrat hat, ohne daß sich dagegen Widerspruch erhob, die vom Bundesrat beantragte Aenderung der Verfassung angenommen, wonach der Bund berechtigt sein soll, den Kantonen zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete der Volksschule obliegenden Pflichten Beiträge zu verabfolgen. —

Frankreich.

Paris, 6. Juni. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Bemühungen des Senators Combes, ein Ministerium zu bilden, **bald zum Ziele führen werden.** Die Hauptschwierigkeit bildet noch die Frage des Finanzportefeuilles. Rouvier soll sich zwar zur Uebernahme desselben bereit erklärt haben, jedoch nicht dazu geneigt sein, das von den Radikalen geplante Projekt der Einführung einer progressiven Einkommensteuer zu unterstützen. Mougeot hat das Handelsportefeuille und André das des Krieges angenommen. Delcassé hat sich vorläufig seine Antwort vorbehalten. Er hat aber zu verstehen gegeben, er sei bereit, das Ministerium des Auswärtigen beizubehalten.

Der zukünftige Ministerpräsident Senator Combes gehört dem Senat seit 1885 an und hat sich vorwiegend mit Fragen des Unterrichtswesens beschäftigt. 1895—1896 war er Kultusminister im damaligen Ministerium Bourgeois. Neuerdings trat er hervor als Berichterstatter des Senats über das antiklerikale Vereinsgesetz, das er scharf befürwortete. —

Holland.

Haag, 6. Juni. Die Zweite Kammer hat mit 62 gegen 13 Stimmen eine Gesetzesvorlage angenommen, durch welche die Regierung zur Subventionierung eines niederländischen Unternehmens ermächtigt wird behufs Unterhaltung eines monatlichen Damferdienstes unter niederländischer Flagge zwischen Java, China und Japan. —

Asien.

Aus Peking meldeten die „Times" am Donnerstag, daß die britischen Truppen in Tientsin täglich Befehle für die Herabsetzung ihrer Stärkeziffern erwarten. Wie die „Times" weiter melden, geht der Streit zwischen England und Rußland um die Eisenbahn-Ausweichstelle in Tientsin einer freundschaftlichen Beilegung durch den britischen und russischen Konsul entgegen, die beide darin gewilligt haben, den Schiedsspruch Detrings anzunehmen. —

Amerika.

Die Behörden gegen den Fleischring.

New York, 5. Juni. (K. P. B.) Infolge der Unruhen in Chicago und der zahlreichen Opfer, welche die unversöhnliche Haltung der Fleischring-Magnaten gefordert, hat der oberste Gerichtshof soeben eine Order erlassen, welche dem Fleischring **jede Thätigkeit im Staate untersagt.** Am Mittwoch hatte bereits der Oberrichter von Albany ein gleiches Verbot für den Staat New York und der oberste Gerichtshof des Staates Missouri ein ähnliches Dekret erlassen, welches dem Ringe jede geschäftliche Thätigkeit verbietet.

Die Fleischpackhäuser des Ringes sind in Chicago militärisch bewacht. Die Unruhen entstanden durch den Versuch des Ringes, sein Fleisch durch Streikbrecher dennoch liefern zu lassen, während die ausständischen Fleischwagenkutscher usw. das zu verhindern suchten. Sie wurden dabei vom Volke unterstützt. —

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 6. Juni, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Frhr. v. Hammerstein.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Neuregelung der Vertragsverhältnisse der Main-Neckarbahn und betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken werden in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abgg. Dr. Barth-Kiel (frs. Vg.) und Dr. Wiemer (frs. Vp.) betr. die **Abänderung der Wahlbezirke für das Abgeordnetenhaus.**

Der Antrag lautet: „Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1860 betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, und des Gesetzes vom 17. Mai 1867 entsprechend den in den letzten 40 Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten."

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.):

Gründe der politischen Gerechtigkeit erfordern eine Aenderung der geltenden Wahlkreis-Einteilung. Dieser Antrag wird immer wiederkehren, wenn er auch vorläufig keine Aussicht auf Annahme hat. Man muß sich wundern, daß das Centrum dieser Sache nur ein beschränktes Interesse entgegenbringt, während in Bayern die mit dem neuen Wahlgesetz verbundene Neu-Einteilung der Wahlkreise vom Centrum mit veranlaßt worden ist, obwohl dort die Verhältnisse weniger schlimm liegen als in Preußen, da in Bayern die Wahlkreis-Einteilung auf der Bevölkerungszahl vom Jahre 1875 fußt, während für Preußen die Verteilung der Bevölkerung aus dem Jahre 1858 zu Grunde gelegt ist. Diese Aenderung der Wahlkreise ist sogar dringlicher als die Reform des Wahlgesetzes selber. Redner erörtert näher an der Hand der Statistik den Widersinn der geltenden Wahlkreis-Einteilung. **Berlin** z. B. müßte **statt** wie jetzt **9** Abgeordnete bei einer gerechten Verteilung **24** Abgeordnete haben. Die Folge des jetzigen Zustandes ist, daß das Abgeordnetenhaus nicht der Ausdruck der Stimmung der Bevölkerung ist und daß die Beschlüsse dieses von den Konservativen beherrschten Hauses immer seltener von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Das hat sich besonders bei der **Kanalvorlage** gezeigt. Jeder Fortschritt wird durch diese schlechte Wahlkreis-Einteilung gehemmt. Die Inkonsequenz zwischen der Zusammensetzung des Parlaments und der Mehrheit der Bevölkerung zeigt sich auch im Reich. Für das Reich aber hat der Centrums-Abgeordnete Spahn noch kürzlich eine Reform für unbedingt notwendig erklärt. In Preußen ist die Reform noch dringlicher. **Nehmen Sie daher unsren Antrag an.** (Beifall links.)

Abg. **Fritzen** (C.):

In früheren Jahren haben meine politischen Freunde die Gründe entwickelt, weshalb wir auf den Antrag Barth nicht eingehen können. Auf diese Gründe beziehe ich mich, ohne zu wiederholen. (Hört! hört! links.) Gerade im gegenwärtigen Augenblick wäre es **durchaus inopportun, diese Frage anzuschneiden.** Die Verhandlungen über den Zolltarif haben einen solchen Gegensatz zwischen Stadt und Land hervorgerufen, daß meine politischen Freunde nicht dazu beitragen wollen, durch Aufwerfung dieser Frage diesen Gegensatz noch weiter zu verschärfen. Wir werden daher den Antrag Dr. Barth ablehnen. (Beifall im Centrum.)

Abg. **v. Löbell** (k.):

Meine politischen Freunde haben früher wiederholt ihre Stellung in dieser Frage ausführlich erörtert; ich berufe mich auf diese früheren Erklärungen. Die konservative Partei wird dergleichen Wechsel honorieren, die sie hier im Abgeordnetenhaus acceptiert hat — diesen Wechsel hat sie nicht acceptiert und wird ihn auch nicht honorieren. (Bravo! rechts.)

Abg. **Roelle** (natl.):

Der Antrag entspricht einer Forderung der Gerechtigkeit. Die Verteilung der Bevölkerung muß ihren Ausdruck finden in der Einteilung der Wahlkreise. Wir werden dem Antrage zustimmen.

Abg. Dr. **Wiemer** (frs. Vp.):

Die von den Rednern der Mehrheit gegen den Antrag vorgebrachten Gründe sind im Laufe der Zeit nicht besser geworden. Die Forderung einer gerechteren Wahlkreis-Einteilung ist für uns nicht das Ideal einer Wahlreform, sondern nur der Anfang dazu. Wir verlangen die Einführung des Reichstags-Wahlrechts auch für den preußischen Landtag. In der preußischen Gesetzgebung kommt bei der jetzigen Wahlkreis-Einteilung die Bedeutung der industriellen Bevölkerung auch nicht entfernt zum Ausdruck. Bei der Schaffung der jetzigen Wahlkreis-Einteilung war auch von vornherein eine spätere Aenderung dieser Einteilung in Aussicht genommen, entsprechend der Verschiebung der Bevölkerung. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, im Gegenteil ist die Gesetzgebung auf diesem Gebiete völlig ins Stocken geraten und verlumpft. Dadurch sind die Städte gegenüber dem platten Lande in ein sehr ungünstiges Verhältnis geraten. Wir bedauern die Haltung der Mehrheit dieses Hauses, insbesondere des Centrums, das in dieser Frage ausschlaggebend ist. Wenn das Centrum sich nicht ablehnend verhielte, wäre es möglich, was ich beantrage, unsren Antrag in einer Kommission von 14 Mitgliedern weiter zu beraten. Auch **die preußische Regierung hätte doch allen Anlaß, durch Unterstützung des Antrages den überwiegenden Einfluß der konservativ-agrarischen Partei zu vermindern.** Besonders von Herrn v. Hammerstein erwarten wir, daß er auch in dieser Frage die Anschauungen seines Vorgängers nicht ohne weiteres übernimmt. Der Antrag wird immer wiederkommen, auch wenn er heute abgelehnt wird. (Beifall links.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz**-Neukirch (k.):

Die Gründe für den Antrag, mögen sie mit noch so viel Pathos vorgetragen werden, sind gewogen und zu leicht befunden. (Sehr gut! rechts.) Es ist ein starkes Stück, uns zuzumuten, immer wieder unsren ablehnenden Standpunkt in dieser Frage darzulegen. Einfacher Uebergang zur Tagesordnung wäre das verdiente Schicksal für ein solches Verlangen. (Oho! links.) Wir werden den Antrag verdientermaßen mit großer Mehrheit ablehnen. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Besprechung. Das Schlußwort erhält

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.):

Wenn das Centrum für seinen Standpunkt nur die paar dilatorischen Bemerkungen des Abgeordneten Fritzen vorzubringen hat, so hat es eben für seine Haltung schlechterdings auch nicht den Schimmer einer Begründung aufzuweisen. (Lachen im Centrum.) In religiösen Paritätsfragen ist doch das Centrum äußerst rigoros (Sehr gut! links.); auch hier handelt es sich um **Fragen der Parität, der Toleranz und der Gerechtigkeit. Wir verlangen Parität für diejenigen Elemente, auf denen die Blüte unsres ganzen Vaterlandes beruht!** (Großer Lärm rechts.) Die städtische Bevölkerung ist bisher in der unerhörtesten Weise benachteiligt worden! Für das Centrum und die Konservativen aber gilt: „stat pro ratione voluntas" (statt der Vernunft gilt unser Wille). Gründe haben wir nicht, sondern nur Unaufmerksamkeit für die Gründe der Gegner. Nun, Ihr heutiges Verhalten wird der öffentlichen Meinung wieder einmal zeigen, wes Geistes Kinder Sie sind. (Lebhafter Beifall links, große Unruhe im Centrum und rechts.)

Die Verweisung des Antrages an eine Kommission und ebenso der Antrag selbst werden gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Nationalliberalen **abgelehnt.**

Es folgen **Petitionen.**

Zur Tagesordnung geht das Haus über in Bezug auf Petitionen betreffend die **Besteuerung der Konsumvereine.**

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Dritte Lesung der **Polenvorlage.** Petitionen.)

Schluß 5 Uhr.

Zolltarif-Kommission.

In der Zolltarif-Kommission des Reichstags wurde am Freitag zunächst beschlossen, um 2 Uhr zu schließen.

Der Zoll auf Graphit, der für gepreßten und in kleinen Tafeln oder Blöcken abgepaßten Graphit bisher 20 M. betrug, während er im übrigen frei war, wird für geformten Graphit auf 4 M., in Aufmachungen für den Kleinverkauf auf 6 M. festgesetzt.

Speckstein, der bisher je nach der Aufmachung mit 3, 6 oder 24 M. Zoll belastet war, soll in jeder Form auch als Schreiberkreide 6 M. Zoll betragen.

Der Zoll für Blei-, Farben- und Kohlenstifte betrug bisher unterschiedslos 20 Mark. Die Vorlage legt auf Blei-, Farben- und Kohlenstifte: ungefaßt einen Zoll von 20 M., mit Fassung aus rohem Holz von 25 M., aus andrem Holz, Rohr oder Papiermasse von 45 M.

Graf **Kanitz** (k.) beantragt folgende Sätze: Blei-, Farben- und Kohlenstifte 2c.: ungefaßt 20 M.; mit Holzfassung: zum handwerksmäßigen Gebrauch (Zimmermannsstifte) 25 M., andre 40 M.

Graf **Kanitz** befürwortet seinen Antrag als im Interesse des Mittelstandes liegend. In Nürnberg seien 8000 Arbeiter in der Bleistiftfabrikation beschäftigt; der Abg. Südekum würde wohl für den Zoll eintreten.

Stadthagen (Soc.): Schon Graf Kanitz hat hervorgehoben, daß die Handwerker nicht belastet werden sollen. Dabei wird ein Zoll von 6 M. für Speckstein gefordert. Dieses Produkt ist die Schneiderkreide. Die Schneider sind meistens arme Leute, die man doch nicht belasten darf. Die Schneider können die spanische Kreide nicht entbehren. Die Bleistiftfabriken, wie Faber u. a., sind Weltfirmen, die sehr wohl die Konkurrenz aushalten können. Auch ist die Unterscheidung nach Art des Gebrauchs zolltechnisch schwer durchzuführen.

Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) bekämpft den Antrag Kanitz und die Sätze der Vorlage. Erhöhen wir die Zölle, so verleiten wir das Ausland, unsrem schlechten Beispiel zu folgen. Bei dem großen Export Deutschlands wäre aber eine Erschwerung der Bleistiftausfuhr für die heimische Bleistiftindustrie verderblich.

Hoch (Soc.) erwidert dem Grafen Kanitz, daß die deutsche Bleistiftindustrie nicht durch Schutzzölle, sondern durch Lieferung guter Ware so bedeutend geworden sei.

Hierauf wird der Antrag Kanitz angenommen; im übrigen die Sätze der Vorlage.

Eine Reihe weiterer Positionen erhöhen die Zölle für Firnisse, Lacke und Kitte. Gothein (frs. Vg.) beantragt die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, die Socialdemokraten Zollfreiheit.

Antrick (Soc.) tritt für Zollfreiheit ein. Die Firnisfabriken seien kartelliert und das Kartell habe binnen kurzer Zeit die Preise fast verdoppelt. Die Verbraucher obiger Produkte seien größtenteils Leute aus dem Mittelstande. Hier bieten die Herren, die sich sonst als Mittelstandsretter aufspielen, die Hand, um den Mittelstand zu schädigen.

Gothein (frs. Vg.) erklärt, für Zollfreiheit nicht eintreten zu können, da ein Zoll auf Rohstoffe gelegt sei. Man solle es beim bisherigen Zustande belassen.

Dr. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) bekämpft ebenfalls die erhöhten Sätze der Vorlage.

Molkenbuhr (Soc): Bei den Zöllen für die chemische Industrie setzte man die Sodazölle herab und lehnte Nitrit, Säure und andre Zölle ab, weil bei der Farbenindustrie weitere Kreise als bei der Rohstoffindustrie beteiligt sind. Dies ist ein Grundsatz, der aber überall durchgeführt werden sollte. Die Zahl der Lackverbraucher ist viel größer als die der Lackfabrikanten. Jede Ware findet nur durch ihr Aussehen Absatz. Nun geben die Motive zu, daß England und Amerika Deutschland in der Herstellung feiner Lacke überlegen sind und daß nur durch hohe Zölle der deutsche Markt erhalten werden könnte. Mit der Fernhaltung der feinen Lacke schlägt man den Teil der Exportindustrie tot, der auf feine Lacke angewiesen ist. So lange die feinen Lacke in Deutschland nicht hergestellt werden, muß man sie im Interesse der Gewerbe, die sie gebrauchen, wenn möglich zollfrei einführen. Als Perlenmäher kommen vielfach arme Leute in Frage, außer den bereits genannten Droschkenkutschern auch die Spielwarenarbeiter. Da man den Grundsatz der Regierungen, daß man die Größe der Interessengruppen für den Zoll gelten lassen soll, bei der Farbenindustrie als berechtigt anerkannt hat, so sollte man ihn auch hier gelten lassen, wo keine großen Fabrikanten, sondern viele arme Leute interessiert sind. Die Lackindustrie bedarf keines besonderen Schutzes, sie hat bei dem jetzigen Zoll eine Ausfuhr von 16 613 und eine Einfuhr von 9627 Doppelcentner im letzten Jahre gehabt.

Graf **Kanitz** (k.): Kampfzölle sollen den Zweck haben, andre Staaten zur Herabsetzung der Zölle zu zwingen. Der Freihandel sei nur berechtigt, wenn ihn alle Länder haben. Die Krisis, die jetzt schon Lohnabzüge bis zu 25 Prozent des Lohnes gebracht habe, würde ohne Zollschutz noch verschärft werden.]

Nach weiterer Debatte werden die Sätze der Vorlage angenommen.

Der Zoll für Aether in Fässern ist von 125 auf 160, in anderen Behältnissen von 180 auf 240 Mark erhöht. Die Kommission beschließt demgemäß.

Eine Reihe weiterer Positionen, die flüchtige ätherische Oele wie bisher zollfrei lassen und auf künstliche Riechstoffe, Salben, Pomaden usw., ebenso auf Puder, Schminken dieselben Zölle legen wie bisher, werden genehmigt.

Nach der Vorlage bleiben Guano, Knochenmehl, Thomasphosphatmehl und mit Säuren behandelte **Düngemittel** zollfrei.

Horn-Goslar (natl.), **Paasche** (natl.) 2c. beantragen für die mit Säuren behandelten Düngemittel einen Zoll von 50 Pf.

Paasche (natl.) begründet den Antrag. Die Superphosphatfabrikanten haben sich den großen Verbänden der Landwirtschaft angeschlossen und treten für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle ein. Durch die steigende Schwefelsäure-Produktion in Oestreich und Belgien ist die Gefahr vorhanden, daß Schwefelsäure in Form von Superphosphat eingeführt wird.

Direktor **Wermuth**: Schon 1879 wurde ein Zoll für Superphosphat verlangt, aber im Interesse der Landwirtschaft abgelehnt. Als hauptsächlichstes Argument gegen den Schwefelsäurezoll wurde die Rücksicht auf die Landwirtschaft geltend gemacht. Ein Zoll auf Superphosphat würde der Landwirtschaft nur schaden.

Gothein (frs. Vg.): In wenigen Jahren ist die Einfuhr von phosphorsaurem Kalk um das Vierfache gestiegen. Ein Beweis, daß die Fabrikation gestiegen ist.

Kanitz (k.): Die Frage wird in landwirtschaftlichen Kreisen und in den Vertretungskörpern der Landwirtschaft verschieden beurteilt. Er werde in erster Lesung für den Antrag Horn stimmen.

Gamp (Rp.) ist ebenfalls für den Superphosphat-Zoll, um die Superphosphat-Fabrikation zu stärken.

Molkenbuhr (Soc.): Als die Besitzer der Superphosphatfabriken ihre Petition einbrachten, hatte ich wohl erwartet, daß ein solcher Zoll beantragt werden würde, daß er aber von den Unterzeichnern des Antrages kommen werde, hatte ich nicht erwartet. Weshalb gerade die Antragsteller ihren Antrag gebracht haben, hat Paasche durchblicken lassen, indem er darauf hinwies, daß die Superphosphat-Fabrikanten die großen landwirtschaftlichen Vereine unterstützen. Da taucht denn die Frage auf, welchen Anteil hat die Kasse des Bundes der Landwirte an den durch diesen Zoll verlangten Zöllen? Hier zeigt sich ein Gegensatz zwischen den Interessen des Bundes der Landwirte und den Interessen der Landwirtschaft. Die Dividende der Superphosphat-Fabriken schwankte zwischen 9,75 Prozent im Jahre 1892 und 2,43 Proz. im Jahre 1896. Im Jahre 1899 wurden wieder 7,48 Proz. gegeben, obwohl die Preise die Höhe von 1892 keineswegs wieder erreicht hatten. Durch die Zölle würden die Landwirte viel höhere Ausgaben zu machen haben. Die Dividenden der Superphosphat-Fabriken werden noch erheblicher steigen, vorausgesetzt, daß sie keinen zu hohen Anteil an die Kasse des Bundes der Landwirte abzuliefern haben. Wir sind gegen den Zoll, um den Raubbau zu hindern und dem Lande einen guten Boden erhalten wollen.

Müller-Sagan (frs. Vp.): Man sollte lieber eine Einfuhrprämie geben als durch einen Zoll die Einfuhr zurückzuhalten. Je mehr von diesen Mitteln gebraucht werden, desto höher steigt die Ertragfähigkeit des Bodens. Er möchte wissen, wie hoch die Beiträge sind, welche die Fabriken von künstlichem Dünger an die Kasse des Bundes der Landwirte abgeben.

Stadthagen (Soc.): Der Herr v. Kalnitz, der 1885 für den Zoll eintrat, war nicht nur Landwirt, sondern auch Vorsitzender der Silesia, der Vereinigung der Superphosphatfabriken. 1885 haben die Vertreter der Landwirtschaft den Zoll bekämpft. Der Beschluß der zweiten Lesung, Zoll einzuführen, wurde in der dritten Lesung durch Antrag Frege wieder beseitigt.

Der Antrag Horn wird **abgelehnt** und die Sätze der Vorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Partei-Nachrichten.

Mit der Reform des Landtags-Wahlrechts beschäftigte sich eine Versammlung der Parteigenossen in Augsburg. Die Zustimmung der bayrischen Landtagsfraktion zu der Resolution wurde von den Rednern scharf getadelt. Eine zum Schluß einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Die heutige Versammlung erklärt die Zustimmung der socialdemokratischen Fraktion zum Ausschußbeschlusse in Sachen der Wahlreform als einen schweren taktischen Fehler. Er ist, um beiläufig mit Segitz zu sprechen, eine Krähwinkelei. Eine greifbare gerechte Wahlreform ist nicht abhängig von dem Wohlwollen der bürgerlichen Parteien, sondern von der Aufklärung und der entschiedenen Forderung der breiten Volksmassen. Zu diesem Zwecke fordert die Versammlung den Landesvorstand auf, eine rege Agitation im Lande in die Wege zu leiten und überall für eine würdige Wahlreform Propaganda zu machen."

Einsperrung wegen der Maifeier. Die „Bremer Bürgerzeitung" berichtet:

„Die Arbeiter des Bremer Vulkan in Vegesack feierten am Nachmittag des 1. Mai. Dies thaten auch drei Ausländer, die dort beschäftigt waren. Die Folge war, daß diese von der Arbeit weg vor den Landrat des Kreises Blumenthal citiert wurden. Dort entwickelte sich zwischen einem der Arbeiter und dem Landrat folgendes Gespräch: „Sie sind alle drei Ausländer?" — „Jawohl." — „Sie wissen auch, daß Sie sich ordentlich und anständig in Deutschland zu verhalten haben?" — „Jawohl, das haben wir auch." — „Haben Sie am 1. Mai gearbeitet?" — „Vormittags, nachmittags nicht." — „So, warum nicht?" — „Weil wir beschlossen haben, den 1. Mai zu feiern und diesem Beschlusse mußten auch wir uns fügen." — „So, dann werden Sie sich auch meinem Beschlusse fügen, wenn ich Sie ausweisen werde. **Vorläufig nehme ich Sie in Haft.**"

Und das geschah denn auch. Der Mann wurde **volle drei Wochen in Haft** genommen und dann per Schub über die Grenze gebracht.

Es wird ausdrücklich hinzugefügt, daß der Mann absolut nichts Strafbares begangen hat. Mit welchem Recht konnte dann der Landrat den Mann in Haft nehmen und durch drei Wochen seiner Freiheit berauben? Eine Anmaßung des Landrats, eines gewissen Berthold, ist auch seine Frage an den Ausgewiesenen, ob er nicht wüßte, daß er sich in Deutschland anständig zu verhalten habe. In diesem Zusammenhange unterstellt das nämlich, daß die Beteiligung an der Maifeier eine unanständige Handlung sei. Der Herr mag sich gesagt sein lassen, daß ihn nur die absolute Rechtlosigkeit des ausländischen Arbeiters vor der gebührenden Antwort geschützt hat. Ein anständigeres Verhalten, als es die Arbeiter durch Beteiligung an der Maifeier bethätigen, kann auch ein Landrat nicht bethätigen.

Für den Wahlkreis Duisburg-Mühlheim stellte eine Kreisversammlung den Genossen Hengsbach aus Köln abermals als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl auf.

Parteilitteratur. Die Buchhandlung Vorwärts hat soeben ihr neues Schriftenverzeichnis herausgegeben, das auf Verlangen gratis und franco versandt wird. Das Verzeichnis ist gegen früher wesentlich erweitert und umfaßt jetzt 96 Seiten. Neben den Parteischriften, bei denen die vielfach gegebenen kurzen Inhaltsandeutungen vielen Lesern willkommen sein dürften, sind eine große Anzahl volkswirtschaftlicher Schriften und größere Werke aus den verschiedensten Wissensgebieten darin aufgeführt. Unter Gelegenheitskauf sind eine ganze Anzahl im Preise heruntergesetzter Bücher aufgeführt, die Vereinen empfohlen seien.

Socialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Thun (Kanton Bern) ist am Donnerstag in der Stichwahl Genosse Stauffer, Kunstmaler, mit 734 (im ersten Wahlgang erhielt er 356) Stimmen gegen 632, welche auf den Gegner fielen, in den Kantonsrat gewählt worden, so daß die socialdemokratische Fraktion des Berner Kantonsrates nunmehr aus 16 Mitgliedern besteht.

In der Geheimdruckerei des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Littauen, Polen und Rußland" erschien die Nummer 11 des „Wecker", Organ des Bürstenarbeiter-Verbandes.

Aus Industrie und Handel.

Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt berichtet die „Köln. V.-Ztg.", daß die Lage der reinen Hochofenwerke, besonders der Siegerländer, eine verzweifelte sei, so daß eine baldige umfassende Betriebseinschränkung als unvermeidlich erscheine. Im Zwischenhandel werde Siegerländer Qualitätsroheisen, dessen Hüttenpreis 60 M. sei, mit 57 M. verkauft. Auch die Lage der Schweißeisen-Walzwerke wird als recht traurig bezeichnet.

Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Deutsch-Atlantischen Telegraphen-Gesellschaft wurde der Abschluß per 31. Dezember 1901 vorgelegt. Derselbe weist nach entsprechenden Abschreibungen einen Ueberschuß auf von 1 209 827,64 M. einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre in Höhe von 122 785,72 M. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4 1/2 Proz. auf das eingezahlte Aktienkapital von 21 000 000 M. vorzuschlagen und den nach Deckung der statut- und vertragsmäßigen Tantiemen verbleibenden Gewinnrest von 185 425,87 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Generalversammlung findet am 30. Juni vormittags 10 Uhr in Köln statt. Derselben soll auch ein Antrag unterbreitet werden, betr. die Ausgabe von nom. 20 Millionen Mark vierprozentiger Obligationen behufs Beschaffung der Mittel für die Herstellung eines zweiten Kabels. Ueber die deshalb mit dem Reichs-Postamte getroffenen Vereinbarungen wird der demnächst zur Ausgabe kommende Geschäftsbericht nähere Mitteilungen enthalten.

Der Indische Rat hat, wie aus Simla berichtet wird, die Vorlage betreffend Zollzuschlag auf Zucker angenommen, der Antrag Turner, welcher der Regierung die Vollmacht geben wollte, den bestehenden Zoll auf eingeführten Zucker zu verdoppeln, wurde abgelehnt. Der Kompensationszoll beträgt für Zucker aus Deutschland 2 Rupien 13 3/4 Annas, für solchen aus Oestreich-Ungarn 3 Rupien 3 3/4 Annas. Der Vicekönig erklärte im Laufe der Beratung, die neue Gesetzgebung bezwecke, der indischen Zuckerindustrie einen billigen Schutz zu gewähren, um sie vor der Vernichtung zu bewahren. Falls die Zollbasis sich als zu niedrig erweise, könne man später den Staatssekretär noch immer um Abänderung angehen.

Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Zürich, 5. Juni.

Heute präsidiert der Franzose Cenard, Vicepräsident ist der Belgier Olivier-Verviers. Es werden gleichzeitig behandelt die Punkte 6 und 11:

„Verkürzung der täglichen Arbeitszeit" und „Gründung eines internationalen Streikfonds".

Bar-Gent führt aus, daß in Belgien die Arbeitszeit länger ist, als in andren Industrieländern; während in den andren Ländern in der Arbeitszeitverkürzung fortwährend Fortschritte gemacht werden, ist die bezüglich in Belgien betriebene Agitation fast völlig resultatlos geblieben.

Der holländische Delegierte Tijhof-Enschede möchte den projektierten internationalen Streikfonds für alle Kämpfe in Anspruch nehmen. So wäre derselbe sehr nützlich gewesen zur Unterstützung des seit 20 Wochen dauernden Streiks in Enschede.

Negri-Italien führt aus, daß in den verschiedenen italienischen Provinzen noch sehr verschiedene Arbeitszeiten bestehen; so werde hie und da noch bis zu 13, anderwärts aber nur 10 Stunden täglich gearbeitet. Der letzte, vor 14 Tagen stattgefundene italienische Textilarbeiterkongreß hat beschlossen, eine allgemeine Bewegung in Italien für die Verkürzung der Arbeitszeit einzuleiten.

Hübsch-Berlin stellt fest, daß man in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit völlig einig sei. Vorläufig sei der Zehnstundentag anzustreben, der in Deutschland in den letzten Jahren für 20 000 Textilarbeiter errungen worden. Er beantragt die Erhöhung des jetzigen Beitrages an das internationale Sekretariat um das Zehnfache, doch soll der Streikfonds erst angegriffen werden, wenn er eine erhebliche Summe ausmacht.

Baudert beantragt:

Die Bildung eines internationalen Streikfonds, zu dem die dem Sekretariat angeschlossenen Nationen den zehnfachen Betrag des jetzt zwecks Unterhaltung des internationalen Sekretariats zu zahlenden Beitrages abzuführen haben.

Ein englischer Delegierter erklärte sich für weitere Verkürzung der Arbeitszeit, kann sich aber nicht einverstanden erklären mit der Gründung eines internationalen Streikfonds.

Auch der Belgier Baudewyn ist gegen den internationalen Streikfonds. Er beantragt: Rege internationale Agitation für Reduktion der Arbeitszeit und für stufenweise Verkürzung derselben, so daß nicht mehr als 60 Stunden pro Woche gearbeitet werden solle.

Weiß-Aachen erklärt sich für die Verkürzung der Arbeitszeit und kommt sodann auf den abgereisten christlichen Delegierten Schiffer-Krefeld zurück, der erklärte, sein Gewerkverein habe die Streikenden in Enschede unterstützt, ehe dies vorher schon der Textilarbeiter-Verband gethan hätte. Aber die Unterstützung der Christlichen wurde nicht in die allgemeine Streikkasse abgeführt, sondern nur den in Enschede streikenden „christlichen" Arbeitern überlassen.

Hanusch-Wien erklärt sich für einen Beitrag von 2 Cts. pro Mitglied und Monat an den internationalen Fonds. Reichel-Chemnitz beantragt eine weitere Resolution für die Erkämpfung kürzerer Arbeitszeit, schrittweise bis zum Achtstundentag. Marsland-Lancashire beantragt die Festsetzung eines Beitrags von 5 Cts. per Mitglied und per Jahr, wobei die Engländer sich klar darüber sind, daß für sie der internationale Streikfonds wenig Bedeutung habe. Aber sie wissen dessen Wert für die kontinentalen Brüder in ihrem Kampfe um bessere Lebensverhältnisse zu würdigen. Der Beitrag ist jedes Jahr bis zum 1. Januar an den Sekretär abzuführen und der Fonds darf bis zum nächsten Kongreß nicht angetastet werden.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Nachmittagssitzung wird auf Antrag Paulsen-Krefeld die Absendung eines Sympathietelegramms an die streikenden Textilarbeiter in Italien und Holland beschlossen. Die Engländer beantragen, den internationalen Sekretär zu veranlassen, mit den Professoren der Textilindustrie an den Universitäten Manchester, Oxford und Leeds zur Herausgabe eines technischen Handbuches der Textilindustrie in Verbindung zu treten und ferner mittels Fragebogen Erhebungen über die Arbeitszeit und Lohnverhältnisse in den verschiedenen Ländern zu veranstalten.

Einstimmig wurde sodann nach weiterer kurzer Diskussion folgende Resolution angenommen:

„Der 5. internationale Textilarbeiter-Kongreß macht es den Organisationen der einzelnen Länder zur Pflicht, schrittweise für Erringung des Achtstundentages zu kämpfen."

Der Punkt 8: „Beschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen," der auf Antrag der Engländer auf die Tagesordnung gesetzt worden war, wird von diesen wieder zurückgezogen.

Der Kongreß geht über zu Punkt 9:

Aufstellung einer Arbeitszeit- und Lohnstatistik.

Dafür erklärt sich ein belgischer und ein französischer Delegierter und zwar in dem Sinne, daß bis zum nächsten Kongreß die Statistik vorgelegt werden sollte.

Hier wird eine Depesche an die holländische Delegation zur Kenntnis gebracht, welche dieselbe infolge Verschlimmerung der Situation in Enschede sofort zurückberuft. Tyhof giebt darauf eine Schilderung der Lage der Streikenden in Enschede, die bereits seit vier Monaten im Kampfe stehen und bisher von ihren holländischen Brüdern 240 000 Fr. erhalten haben. Die Zahl der Streikenden beträgt 2560. Sie haben bereits alles versetzt und verkauft und sind in bitterer Notlage, so daß die Delegierten bei ihrer Rückkehr in ihre Heimat das möglichste thun sollten, die Streikenden in Enschede zu unterstützen. Die Unternehmer üben ein Gewaltregiment aus und drohen, wenn der Streik nicht bald zu Ende geht, mit einer allgemeinen Aussperrung, wovon 6000 Arbeiter betroffen werden würden.

Es wird beschlossen, nicht bloß darauf hinzuwirken, daß keine Arbeiter als Streikbrecher nach Enschede gehen, sondern daß auch in keinem Lande Streikbrecherarbeit für Enschede verrichtet werden soll.

Zu der englischen Resolution betreffend statistische Erhebungen wird noch von Bailleul beantragt, die Fragebogen drei Monate vor dem nächsten Kongreß an die Landesverbände zu versenden und auch über die ganze Lebenshaltung, über die Preise der Lebensmittel 2c. Erhebungen zu machen. Es wird demgemäß beschlossen.

Es folgt Punkt 10, von den deutschen Delegierten beantragt, betreffend

Schaffung gesetzlicher Mindestlöhne.

Wagner-Chemnitz begründet den Antrag. Die Festsetzung von Minimallöhnen sollte durch die Arbeitskammern erfolgen. Der Minimallohn soll so hoch sein, daß jeder Arbeiter dabei bestehen und leben kann. Es soll eine Lohn-Untergrenze geschaffen werden, welche von den Unternehmern zu respektieren ist. Er beantragt schließlich folgende Resolution:

„Der internationale Textilarbeiter-Kongreß in Zürich fordert von den gesetzgebenden Körperschaften die Errichtung von Arbeiterkammern, die auf Anrufen der in Frage kommenden Arbeiter und Hausindustriellen oder solcher Betriebe, die nachweislich weder eine fremdörtliche noch fremdländische Konkurrenz infolge erhöhter Arbeitslöhne und Warenpreise zu befürchten haben, berechtigt sind, den den Arbeitern gewährten Stück- oder Zeitlohn soweit zu erhöhen, daß der Arbeiter bei der in den Großbetrieben des in Frage kommenden Gewerbes üblichen mittleren Arbeitszeit zu demselben Tages- oder Wochenverdienst gelangt, den die Arbeiter dieser Großbetriebe erreichen."

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ueber die Sitzung am Freitag berichtet das „W. T. B.":

Der internationale Textilarbeiter-Kongreß nahm in seiner heutigen Sitzung eine Resolution an, welche sich für einheitliche metrische Garnnummerierung sowie für Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ausspricht. Ferner stimmte der Kongreß einem Antrage betreffend Schaffung gewerblicher Schiedsgerichte für alle Arbeiter zu, sowie einem weiteren Antrage, dahingehend, daß die Textilarbeiter bei politischen Wahlen nur für solche Kandidaten stimmen sollen, welche die Kongreßbeschlüsse respektieren. Der Kongreß wurde sodann geschlossen. Der nächste Kongreß tritt im Jahre 1905 in Mailand zusammen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält Montag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, seine nächste Vereinsversammlung ab. Herr Dr. Leo Arons wird über die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften sprechen. Wir machen unsre Mitglieder ganz besonders auf diese Versammlung aufmerksam. Für jede Frau, die Kinder zu erziehen hat, ist es von hervorragendem Wert, sachgemäß erörtern zu hören, wie man sich selbst und andre in die Fragen der Naturwissenschaft einführen kann. Wir bitten unsre Mitglieder, möglichst zahlreich Gäste zu diesem Vortrage einzuführen. Neue Mitglieder werden im Verein und an folgenden Zahlstellen aufgenommen: Frau Panzeram, Pappel-Allee 128, I; Frau Klotsch, Koppenstr. 81, IV; Frau Steinkopf, Schwedterstraße 34; Frau Bauschke, Rostockerstr. 46; Fam. Seeger, Kolbergerstr. 26. Am 16. Juni Ausflug nach Treptow bei Joehl, Victoria-Garten, Köpenicker Landstraße.

Gewerkschaftliches.

Streikposten der Bauunternehmer.

Hinsichtlich der Organisation haben die Unternehmer schon manches von den Arbeitern gelernt. Jetzt ist der Verband der Baugeschäfte Berlins sogar dazu übergegangen, eine Einrichtung einzuführen, die, wenn sie von Arbeitern benutzt wird, als frevelhafter Terrorismus hingestellt und selbst von Behörden verfolgt wird, wenn sich dazu irgend eine gesetzliche Handhabe bietet. Der Verband der Baugeschäfte Berlins hat nämlich nichts Geringeres gethan, als wirkliche und leibhaftige Streikposten angestellt. Natürlich unterscheiden sich dieselben von den Streikposten der Arbeiter dadurch, daß diese die Streikbrecher von der Aufnahme der Arbeit abzureden suchen, während die Streikposten der Unternehmer die Aufgabe haben, Streikende, die in andren Orten Arbeit gefunden haben, „an freiwilliger Arbeit zu hindern". Ueber die Ausübung der Thätigkeit der von den Bauunternehmern angestellten Streikposten, oder „Controleuren", wie sie genannt werden, giebt ein uns zugeflogenes Cirkular Aufschluß. Es lautet:

Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten.

Rundschreiben Nr. 3. 1902. Berlin, den 5. Juni 1902.

Geehrter Herr Kollege!

Auf der Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu Dresden ist s. Zt. beschlossen worden, durch ständige Controleure feststellen zu lassen, ob Arbeiter aus Streikorten eingestellt worden sind.

In Befolgung dieses Beschlusses haben wir zwei Beamte mit der Kontrolle beauftragt und bitten wiederholt, diesen Herren die

zu einer wirksamen Kontrolle erforderliche Unterstützung zu gewähren und Ihr Personal entsprechend anzuweisen. Die Beamten sind mit schriftlicher Vollmacht versehen und nur nach Vorzeigung dieser Vollmacht zur Kontrolle zuzulassen. Da sich die Kontrolle auf Stichproben beschränken muß, bitten wir ferner die Listen Streikender genau zu beachten und aus Streikorten stammende Arbeitnehmer nicht einzustellen beziehungsweise eingestellte wieder zu entlassen.

Die Maurer streiken in: Potsdam, Nowawes-Neuendorf, Werder, Brandenburg, Zielenzig, Luckenwalde, Kyritz, Nauen, Tegel, Neustadt a. O., Dosse, Neustadt a. H., Kiel, Gaarden, Kolmar, Schönebeck, Schlowe und Gollnow i. P., Malchin und Röbel i. M., Malchow i. M., Jena, Wittenberg, Hamburg, Magdeburg.

Die Zimmerer streiken in: Kiel, Gaarden, Goldberg und Malchin i. M., Sonneberg i. Th., Oranienburg, Braunschweig, Coblenz, Hamburg.

Die Bauarbeiter streiken in: Potsdam, Dömitz i. M., Neumünster, Schönebeck, Großsalze, Frose, Felgelten.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand des Verbandes.
Arons. Bahl. Heuer.

Die einfache Versendung der Scharzen Listen scheint den gewünschten Erfolg nicht zu haben. Deshalb werden den Unternehmern die Controleure auf den Hals geschickt, um mit sanftem Druck nachzuhelfen. Wenn Arbeiter so etwas thun würden, dann gäbe es ein allgemeines Geschrei über Terrorismus.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Hamburg und Umgegend

ist nicht so umfangreich wie es anfangs schien. Die Unternehmer haben sich eben nicht alle an die Beschlüsse des sogenannten Vier-Städte-Bundes (die Innungen von Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg) gehalten. Soweit es am Donnerstag festgestellt werden konnte, sind in Hamburg etwa 1000 Maurer ausgesperrt. 600 unverheiratete Maurer haben Hamburg verlassen. Von den Hamburger Zimmerern sind 207 ausständig und 518 ausgesperrt. In den neuen Bedingungen arbeiten 675 Zimmerer bei 68 Firmen, von denen nur eine sich dem Aussperrungsbeschluß gefügt und die Bewilligung zurückgezogen hat. Die Bauarbeiter sind in einer Zahl von etwa 200 durch die Aussperrung betroffen.

In Altona ist die Aussperrung nicht allgemein geworden. Sogar mehrere Meister, die in der letzten gemeinschaftlichen Innungsversammlung Scharfmacher-Allüren bekundeten und für die allgemeine Aussperrung eintraten, lassen auf ihren Bauten ruhig weiter arbeiten.

In Wandsbek sind von sechs Innungsmeistern 50 Maurer ausgesperrt worden, während 15 bei vier nicht der Innung angehörenden Arbeitgebern weiter arbeiten.

Die Maurer in Harburg sind bei sämtlichen Innungsmeistern ausgesperrt, ebenso bei vier Richtinnungsmitgliedern (Bauunternehmern). Nur die Poliere und die Lehrlinge arbeiten. Die Zahl der Ausgesperrten stellt sich auf über 400.

Annähernd 90 ledige Maurer und Zimmerer sind abgereist.

Die Bauarbeiter arbeiten noch.

Auch sämtliche bei Innungsmeistern arbeitenden Zimmerer, etwa 300 an der Zahl, sind ausgesperrt. Wie bei den Maurern so arbeiten auch hier Poliere und Lehrlinge weiter.

In Wilhelmsburg sind auf 13 Baustellen etwa 200 Maurer und 100 Zimmerer ausgesperrt.

Der Straßenbahnerstreik in Stuttgart.

Als Ergänzung zu unsren gestrigen Meldungen tragen wir nach den ausführlichen Darstellungen unsres Stuttgarter Bruderorgans noch einiges nach:

Bei der Besprechung der Interpellation im Gemeinderat sagte Oberbürgermeister Gauß: Er glaube, daß eine baldige Beendigung des Streiks möglich gewesen wäre, wenn neben einer Lohnerhöhung den Angestellten das Koalitionsrecht zugestanden worden wäre. Er betrachte das Verbot, einer Organisation anzugehören, als ein Unrecht und könne mitteilen, daß auch das Ministerium des Innern mit aller Entschiedenheit gegen den Standpunkt der Direktion sich ausgesprochen habe.

Im Laufe der weiteren Beratung beantragte Gemeinderat Sperka: Das Kollegium möge den Vorsitzenden ermächtigen, zu Gunsten der Beilegung des Streiks bei der Direktion zu intervenieren. Der Antrag wurde angenommen, und in Ausführung desselben hat Oberbürgermeister Gauß im Ministerium des Innern eine Besprechung mit der Direktion der Straßenbahn unter Anwesenheit des Polizeirats Wurster veranlaßt. Wie wir gestern schon mitteilten, hatte diese Intervention keinen Erfolg. Obgleich die Streikenden der Direktion noch weiter entgegengekommen waren, indem sie sich mit den von der Direktion zugestandenen Bewilligungen zufrieden erklärten, jedoch unter keinen Umständen auf ihr Koalitionsrecht verzichten wollten, lehnte die Direktion eine Einigung auf dieser Grundlage ab. — Die Ausständigen beschlossen, durch Aufruf in der Presse das Publikum zu ersuchen, die noch im Betriebe befindlichen Wagen der Straßenbahn nicht zu benutzen.

Eine Meldung des „W. T. B." vom Freitag, 6. Juni, besagt:

Nachdem gestern anläßlich des Ausstandes der Straßenbahn-Angestellten Ausschreitungen stattgefunden haben, die ein Einschreiten der Schutzmannschaft mit der Waffe nötig (!) machten, richtet heute das Stadtpolizei-Amt die dringende Aufforderung an die Einwohnerschaft, sich jeder Beteiligung an Ansammlungen zu enthalten und den Anordnungen der Polizei-Organe sofort Folge zu leisten. Der Betrieb auf der Straßenbahn wird auf den Hauptstrecken mit neu eingestellten Mannschaften aufrecht gehalten. Da das Personal jedoch nicht genügend geschult ist, hat das Stadtpolizei-Amt im Interesse der öffentlichen Sicherheit angeordnet, daß an den nächsten sieben Wochentagen zwischen 12 und 2 Uhr nachmittags und am nächsten Sonntage, dem Tage des Landes-Kriegerfestes, kein Straßenbahn-Verkehr stattfinden soll.

*

Das „Bureau Herold" meldet: Stuttgart, 6. Juni. In Sachen des Straßenbahnerstreiks giebt der „Staatsanzeiger" heute eine längere Darstellung über den Verlauf der Vermittelungsverhandlungen, welche das Ministerium des Innern mit der Direktion der Straßenbahn in den letzten Tagen gepflogen hat, und teilt mit, daß die Regierung der Direktion gegenüber den Standpunkt vertreten habe, daß die Aufrechterhaltung des Koalitionsverbotes für die Angestellten, welches zur Zeit noch den einzigen strittigen Punkt zwischen den Ausständigen und der Gesellschaft bildet, nicht haltbar sei, und daß die Direktion sich durch ein Festhalten an diesem Standpunkt ins Unrecht setzen würde. Ein Ultimatum, von welchem die Blätter immer berichtet haben, sei der Direktion von seiten der Regierung nicht gestellt worden. In der amtlichen Mitteilung wird dann noch das Publikum dringend ersucht, die Zusammenrottungen und Ausschreitungen, die sich seit vier Tagen wiederholen, zu unterlassen.

Die Maurer in Burg auf Fehmarn haben ihren Streik durch Unterhandlungen, welche die Unternehmer einleiteten, beendet. Es wurde vereinbart: 10½stündige Arbeitszeit (statt 11 Stunden) und 35 Pf. Stundenlohn.

Ausland.

Ein Streik der Metallarbeiter ist in der Maschinenfabrik von Escher, Wyß u. Cie. in Zürich ausgebrochen, woran weit über 1000 Arbeiter beteiligt sind. Ursache desselben war schlechte Behandlung der Arbeiter durch einen Meister und die Einführung eines neuen Lohnberechnungs-Systems, des sogen. „amerikanischen Systems".

In Biel streiken die Maurer und Handlanger und zwar in einer Anzahl von etwa 1000. Sie verlangen: Minimalstundenlohn von 38 Centimes für die Handlanger und von 50 Centimes für die Maurer.

Die Torfstecher der Torfmoore von Steenwijk in Holland befinden sich seit April im Streik. Bei einer kürzlich vorgenommenen Abstimmung wurde die Fortsetzung des Streiks mit 870 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen. Neuerdings haben 8 Unternehmer die Forderungen bewilligt.

Sociales.

Deutscher Arbeiterschutz.

Die §§ 135 bis 139 der Gewerbe-Ordnung, die die besonderen Schutzvorschriften für Kinder, jugendliche Arbeiter und Frauen enthalten, gelten nach dem Gesetze nur für Fabriken. Die wiederholte Aufdeckung der argen Mißstände in der Konfektionsindustrie, in der ja vorzüglich Frauen und jugendliche Personen beschäftigt werden, und die dafür entfaltete Agitation hat es endlich erreicht, daß durch die Verordnung vom 31. Mai 1897 diese Schutzvorschriften auch auf die Großwerkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion ausgedehnt wurden. In der Praxis zeigt sich jetzt die Unzulänglichkeit dieser Verordnung, die in dem bei uns heimischen ängstlichen Streben, ja nicht etwa einem kleineren Unternehmer zu nahe zu treten, das Wohl vieler Tausenden von Arbeiterinnen rücksichtslos preisgab, indem sie beschränkt wurde auf Werkstätten mit Herstellung im großen.

Schon wiederholt sind in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren Klagen laut geworden, daß in ganz großen Werkstätten zur Herstellung von Kleidern und Wäsche die rücksichtsloseste Arbeiterausbeutung getrieben würde, daß aber eine juristische Haarspalterei die Anwendung der Vorschriften der §§ 135—139 ebenso wenig auf Grund der Gewerbe-Ordnung wie auf Grund der Verordnung vom 31. Mai 1897 gestatte, weil man die Betriebe trotz ihrer Größe weder als Fabriken noch als Konfektionswerkstätten die „im großen" herstellen, behandle.

Dieselben Klagen finden sich in dem Bericht der weiblichen Vertrauensperson für den Inspektionsbezirk Dresden. Unendlich ausgedehnte Arbeitszeiten bis weit in die Nacht hinein fast das ganze Jahr hindurch, Verkümmerung der Erpausen und dergleichen wurden vielfach festgestellt. Was die Juristerei nun mit den bestehenden Gesetzesvorschriften macht, davon giebt eine in diesem Bericht mitgeteilte Entscheidung der Dresdener Staatsanwaltschaft, in der es sich um einen Betrieb mit 2 Directricen und 56 Arbeiterinnen handelt. Die Entscheidung lautet:

„Die Frage, ob der Betrieb einer Damenschneiderei in dem Umfange, wie er bei der beschuldigten S. vorliegt, unter die Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung als Fabrikbetrieb, oder unter die Vorschriften der Bekanntmachung vom 31. Mai 1897 falle, ist nicht zweifelsfrei.

Was Fabrik ist, was nicht, ist reine Thatfrage. Im Hinblick auf das Blatt 6b/7 der Akten des Rats zu Dresden Ausgeführte und auf die sonstigen Erörterungsergebnisse (eigne Mitarbeit der S., Mangel an durchgeführter Arbeitsteilung) kann nicht angenommen werden, daß hier ein Fabrikbetrieb vorliegt. Würden lediglich die in der angeführten Entscheidung des königlichen Oberlandesgericht aufgestellten Erfordernisse für ausreichend erachtet werden müssen, um schon Fabrikbetrieb anzunehmen, so ist nicht einzusehen, wie der Gesetzgeber dazu kommen sollte, noch eine besondere Verordnung, wie die vom 31. Mai 1897 zu erlassen. Für das Anwendungsgebiet dieser Verordnung ist ausschlaggebend der Sinn, der den Worten „im großen" (§ 1) beigelegt wird. Hierüber herrscht Streit. Bedeuten diese Worte „in Massen" (so Bl. 5b der Akten und Preuß. Kammergericht 1. Dezember 1898, „Deutsche Jurist.-Zeitung" 1899 S. 198 Nr. 21), so ist klar, daß der Betrieb der S. nicht darunter fällt, bedeuten sie aber „in großem Umfange" (Annalen des Oberlandesgerichts XIX. September S. 493 bis 496), so kann die Anwendung der Verordnung auf den vorliegenden Fall keinem Zweifel unterliegen.

Die letztere Auffassung teilt die Dresdener Kreishauptmannschaft und zwar, weil sie die ungezwungendste ist und den Intentionen des Gesetzgebers am meisten entspricht. Denn es ist nicht recht verständlich, wie — bei sonst gleichen Verhältnissen — Arbeiter, die, wie hier, jeder ein besonders geartetes, angemessenes Kleidungsstück herstellen, anders und ungünstiger behandelt werden sollen, als wenn ein jeder von ihnen ein Kleidungsstück ganz derselben Art anfertigt.

Objektiv würde sonach kein Bedenken vorliegen, die S. zur Strafe zu ziehen. Allein der subjektive Thatbestand ist nicht gedeckt. Die S. entlastet sich damit, daß sie davon ausgegangen sei, ihr Betrieb falle nicht unter die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und der Verordnung vom 31. Mai 1897; ihr Ehemann habe auch, um jeden Zweifel zu beheben, Schritte gethan, um eine Entscheidung der Oberbehörde herbeizuführen. Das ist richtig. Ist nun eine Rechtsfrage so zweifelhaft, wie die hier vorliegende, und hat der hierüber im unklaren sich Befindliche seinerseits alles gethan, um die Zweifelsfrage aufzuklären, so kann, da ihm nicht von zuständiger Stelle eine Bescheidung zu teil geworden ist, nicht davon ausgegangen werden, daß er „vorsätzlich" gehandelt hat, wenn er bei der von ihm bisher vertretenen rechtsirrigen Meinung verbleibt. Die Erörterungen sind deshalb unter Kostenübernahme einzustellen."

Bei Arbeiterschutz-Gesetzen, die lediglich auf Leben und Gesundheit der ausgebeuteten Arbeiter anstatt auf die Interessen lebensunfähiger Betriebsformen Rücksicht nähmen, wäre so etwas nicht möglich. Es wäre dann nicht möglich, daß die Vorschriften in spekulativer Wortklauberei solange hin- und hergeworfen werden, bis der Unternehmer, der sich nicht an sie kehrt, straflos ausgeht.

Die Seemanns-Ordnung, Gesetz vom 2. Juni 1902, wird in der soeben zur Ausgabe gelangten Nr. 27 des „Reichsgesetzblattes" publiziert. Gleichzeitig werden die damit in Verbindung stehenden Gesetze, betreffend die Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute, betreffend die Stellenvermittelung für Schiffsleute und betreffend Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs publiziert.

Kapitalistischer Arbeitermord.

Wir haben kurz berichtet, daß am Montag wieder einmal 20 Bergarbeiter durch Explosion getötet und mehrere schwer verwundet wurden. Die Explosion ereignete sich in der Erdwachsgrube in Borhslaw bei Lemberg, die einer Gesellschaft gehört. Diese 20 Menschenleben sind hingemordet worden durch die sträflichste wissentliche Vernachlässigung der einfachsten Sicherheitsvorkehrungen. Sowohl die Direktion des Werkes wie ebenso die Bergbehörden waren von den Arbeitern auf den lebensgefährlichen Zustand der Grube aufmerksam gemacht worden. Vor einiger Zeit hatten die Arbeiter an das Bergamt eine Eingabe gerichtet, in der sie darum ersuchten, eine Förderstrecke zu kontrollieren, da dort jede Ventilation fehle, so daß sich die Gase massenhaft ansammelten. Die Eingabe blieb unbeachtet. Darauf wandten sich die Arbeiter an den „Naprzod", unser Krakauer Parteiblatt. Das Blatt veröffentlichte am 26. Mai einen Artikel, in dem es unter anderm heißt:

In der Erdwachsgrube der Aktien-Gesellschaft Borhslaw herrschen solche Zustände, daß jeden Augenblick das Leben zahlreicher Arbeiter ernstlicher Gefahr ausgesetzt ist.

In dieser Grube ist die sogenannte Hauptstrecke in dem Maße mit Gasen angefüllt, daß es für die Arbeiter unmöglich ist, die vollen acht Stunden im Schacht zu arbeiten. Sehr häufig geschieht es, **daß die Arbeiter von Gasen vergiftet und bewußtlos an die Oberfläche der Erde gebracht werden.** In den Lampen der Bergarbeiter entzünden sich oft die Gase, und man muß daran erinnern, daß jeder Bruch des Glases einer Lampe eine Katastrophe herbeiführen und zahlreiche Arbeiter um das Leben bringen kann. Auf derselben Strecke ist das Rohr zur Ableitung der Gase derart niedrig angebracht und so schlecht eingerichtet, **daß oft Explosionen vorkommen.** Einmal hätte der Arbeiter Lisowski bald das Leben verloren, als er in die Nähe dieses Rohres kam. Er wurde dadurch gerettet, daß ihm Kollegen schnell zu Hilfe kamen.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, **daß die Arbeiter beständig in Todesgefahr sind.** Die Arbeiter wissen das und fahren immer nur mit Angst in den Schacht, wo ihnen aus jeder Ecke der Tod entgegenschaut.

Wiederholt sind die Bergarbeiter an den Direktor Herrn Szumski mit der Bitte herangetreten, durch entsprechende Vorkehrungen die drohende Gefahr zu beseitigen. Alle ihre Bitten waren vergeblich.

Genau eine Woche nach dem Erscheinen des Artikels, der gleichfalls ohne Wirkung auf Unternehmer und Behörde blieb, erfolgte das Unglück. Nachdem es geschehen war, wurde sofort ein hoher Beamter zur Untersuchung an Ort und Stelle geschickt, wie das ja immer geschieht, wenn das Unglück geschehen ist. Daß der verbrecherische Leiter des Unternehmens und der ebenso verbrecherische Beamte, der die Mitteilungen der Arbeiter unbeachtet ließ, verhaftet worden wären, davon ist noch nichts bekannt geworden. Wollte man ernstlich gegen dieses freevle Spiel mit Menschenleben einschreiten, dann müßte hier ein Exempel statuiert und die Schuldigen mit harter Strafe belegt werden.

Theater.

Vorstellung des Stuttgarter Opern-Ensembles. In der Reihe der sommerlichen Gesamt-Gastspiele u. dgl. sind jetzt die Stuttgarter daran. D. h.: die königliche Hofoper aus Stuttgart, deren Behausung abgebrannt ist, füllt die Zwischenzeit bis zu einem neuen Unterkommen mit Reisen aus, auf denen sie anscheinend namentlich einige Haupt-Repertoirestücke dort vorführen will, wo diese nicht oder nicht genug bekannt sind. Sie zeichnete sich von vornherein durch ein bescheidenes und sorgsames Verhalten aus: man erfuhr, was nötig war, nicht mehr und nicht weniger, und hatte nicht einmal Uebergeld für Ueberbillets zu bezahlen. Möglich, daß speciell das Unglück bescheiden gemacht hat. Kurz und gut: vorgestern (Donnerstag) war die erste Stuttgarter Vorstellung, mit einem anscheinend ehrlichen, zwar allzu temperamentvoll in die Musik hineinfahrenden, aber keineswegs tollenden Beifallserfolg. Als Eröffnungswerk war die hier schon bekannte Oper von Offenbach: „Hoffmanns Erzählungen" gewählt worden, jene ernste würdige Arbeit, mit der der Komponist sich weit über seine Travestie-Operetten und selbst über seine Singspiele erhob, obschon die geringeren Seiten seines Schaffens auch hier zu merken sind. Das Stück giebt Gelegenheit, gleich eine größere Menge Gesangskräfte vorzuführen, allerdings hauptsächlich dann, wenn man die drei weiblichen Hauptrollen von drei verschiedenen Sängerinnen darstellen läßt, statt nach Vorschrift von einer und derselben; zwei andre Gruppen von je drei Figuren wurden einheitlich gegeben. Wir möchten von den vierzehn Mitwirkenden lieber gar keinen Namen nennen, da wir ohnehin keine Aussicht haben, mit den einzelnen Kräften so wie mit einheimischen vertraut zu werden, und da hier eine verhältnismäßig gut entwickelte Gesangskunst den Einzelnen ziemlich gleichartig eigen ist. Der die Hauptrolle tragende Tenor ist einer der besten seiner Art, mit echten, geschmeidigen Tönen der Höhe; indessen sind manche seiner Vokale von etwas gewöhnlichem Klang, und auch bei andern Sängern machte sich dies bemerkbar. Hervorragend insbesondere durch eine scharfe Deutlichkeit der Gesangsaussprache und auch durch ein geschicktes Spiel war der die drei dämonischen Bösewichter darstellende Baryton; doch auch der Buffotenor der drei Lustigen verdient ähnliches Lob. Von den fünf Sängerinnen machte uns den gesangstechnisch besten Eindruck die Darstellerin der kranken Antonia. — Der Kapellmeister ist kein Vigna, d. h. man mußte doch wohl an den Dirigenten der neulichen Verdi-Spiele denken; und an die produktive Kraft, mit der dieser Meister seine reproduktive Aufgabe behandelte, reicht die anständige, vornehme, aber etwas langweilig gleichmäßige Art des Stuttgarter Dirigenten nicht heran. Die letzte Zwischenakts-Musik wurde bis zu einem Dacapo lebhaft beklatscht; denkt man sich jedoch hinein in die Gestaltung, mit der hier namentlich die letzte Partie dieser Musik dargelegt werden könnte, so darf man jenem Erfolge gegenüber doch wohl kühl bleiben.

Aber jedenfalls sind wir mit einer künstlerisch ernsten Operntruppe bekannt geworden, deren Leistungen hoffentlich nicht verwechselt werden mit Radauvorstellungen, wie es im Ganzen (nicht etwa auch in Einzelheiten) die neulichen Neumannladen waren. — sz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Vertagung des Reichstages soll in der nächsten Woche bis zum 14. Oktober erfolgen.

Das östreichische Kriegsbudget.

Budapest, 6. Juni. (W. T. B.) Die östreichische Delegation setzte die Beratung des Heeresordinariums fort. Herold erklärte, die Jungczechen hielten den gegenwärtigen Augenblick angesichts der finanziellen Lage und der wirtschaftlichen Depression nicht geeignet, für eine einschneidende Reform der Bewaffnung. Die Jungczechen stimmten auch deshalb gegen das Budget, weil sie nicht die Ueberzeugung gewonnen hätten; daß die Armee jede Nationalität hochschätze und sich jeder im Heer zu seiner Nationalität bekennen dürfe. Einige andre Redner sprachen sich gegen den Duellzwang im Heere aus.

Wegen Mordverdacht verhaftet.

Agram, 6. Juni. (W. H.) In Mattuglie wurde Redacteur Dr. Kriske unter dem Verdacht der Mitschuld an einem von seiner Dienstmord begangenen Mord verhaftet.

Deputiertenkammer.

Paris, 6. Juni. (W. T. B.) Bei der endgültigen **Wahl des Präsidiums** wird **Bourgeois** mit 326 von 503 Stimmen, bei 106 Stimmenthaltungen, zum Präsidenten gewählt.

Die Kammer wählte sodann zu Vicepräsidenten Etienne, Maurice Faure, Trouillet und Guillain.

Die Boeren legen die Waffen nieder.

London, 6. Juni. (W. T. B.) Kitchener meldet aus **Pretoria** von heute: Die Kommissare in den verschiedenen Bezirken melden, daß gestern 1154 Mann die Waffen niedergelegt haben. Die Kommissare hielten nach der Uebergabe Ansprachen an die Boeren, welche drei herzliche Hurras auf den König ausbrachten. Es bestehen die bestmöglichen Beziehungen und nirgends zeigt sich eine Schwierigkeit.

Dresden, 6. Juni. (W. T. B.) Der **König** hatte gestern einen neuen Anfall, der große Herzschwäche verursachte. Der Zustand ist Besorgnis erregend.

Paris, 6. Juni. (W. H.) Der Unterrichtsminister unterzeichnete ein **Dekret,** welches den seit 27 Jahren im Amte befindlichen Sekretär der medizinischen Fakultät in Paris, Dr. Pupin, seines Amtes enthebt. Die Gründe für diese Maßregelung, welche allgemeine Sensation hervorruft, sind nicht angegeben, sollen jedoch politischer Natur sein.

Paris, 6. Juni. (W. H.) Aus Vazoches war gestern das 128. Infanterie-Regiment nach dem 35 Kilometer entfernten Lager von Sissonne abgegangen. Unterwegs wurden infolge der herrschenden großen Hitze 14 Mann vom Hitzschlage getroffen, wovon einer sofort **verstarb.**

Madrid, 6. Juni. (W. H.) Infolge der heftigen Angriffe von seiten der Presse gegen den Gouverneur von Valencia hat dieser drei Redacteure des republikanischen Blattes „El Pueblo" **verhaften** lassen. Aus diesem Anlaß hat der Direktor des Blattes, Abg. Blasco, dem Gouverneur seine Zeugen gesandt. Der Gouverneur hat seine Entlassung genommen, um sich schlagen zu können.

Gijon (Spanien), 6. Juni. (W. T. B.) Ein Dampfer rannte ein mit 8 Artillerie-Offizieren besetztes Boot an, welches eine Spazierfahrt auf dem Meere machte. Das Boot kenterte, wobei 5 Offiziere ertranken.

London, 1. Juni. (W. T. B.) Heute vormittag brach auf der Chathamer Werft **Feuer** aus, das einen Schaden von mehreren tausend Pfund Sterling anrichtete.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen.

Parlamentarisches.

Die Zuckersteuer-Kommission

des Reichstags begann am Freitag die Beratung des Süßstoff-Gesetzes.

§ 1, der die Definition des Süßstoffs enthält, wird debattelos angenommen.

§ 2 enthält in der Kommissionsfassung das Verbot, künstlichen Süßstoff Nahrungs- und Genußmitteln zuzusetzen.

Der **Kompromißantrag** dagegen bestimmt: Soweit nicht in den §§ 3—5 Ausnahmen zugelassen sind, ist es verboten,

a) Saccharin herzustellen oder Nahrungs- oder Genußmitteln bei deren gewerblicher Herstellung zuzusetzen,

b) Süßstoffe oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genußmittel aus dem Auslande einzuführen,

c) Süßstoffe oder süßstoffhaltige Nahrungs- oder Genußmittel feilzuhalten oder zu verkaufen.

Abg. **Müller-Fulda** (Z.): Die Saccharin-Industrie halte eine Steuer von 60 M. für das Kilogramm, wie die Kommission sie beschlossen hat, für ruinös. Eine Entschädigung würde ihnen voraussichtlich lieber sein. Redner behält sich seine definitive Stellungnahme zu dem Kompromißantrag vor. Seiner ganzen wirtschaftlichen Auffassung hätte es ja mehr entsprochen, wenn das Saccharin nur einer angemessenen Steuer unterworfen worden wäre. Wolle die Mehrheit aber das Verbot der Saccharin-Industrie, so müsse er seine Entscheidung noch aussetzen.

Abg. **Pachnicke** (frs. Vg.) erklärt sich prinzipiell gegen die Monopolisierung der Saccharin-Industrie.

Schatzsekretär Freiherr **v. Thielmann:** Es lasse sich nicht verkennen, daß durch die Brüsseler Zuckerkonvention und die Verbilligung des Zuckers die Sachlage gegen früher sich verschoben habe und viele Bedenken fortfallen müßten. Im Namen der verbündeten Regierungen könne er eine bestimmte Erklärung noch nicht abgeben, doch würde man den **Verstaatlichungsantrag mit Wohlwollen** prüfen.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) verteidigt den Antrag. Professor Meyers habe ihm gesagt, daß mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden müsse, daß Saccharin nicht mehr als Süßmittel für Säuglinge verwendet wird. Redner hält es nicht für richtig, die Saccharin-Industrie durch hohe Steuern und Verkehrsbeschränkungen allmählich zu Tode zu martern. Es müßte ihr vielmehr eine angemessene Entschädigung gewährt und so ihr auf anständige Weise ein Ende gemacht werden.

Abg. **Hermes** (fr. Vp.) hält die Todesstunde des Saccharins für gekommen. Das Vorgehen gegen die Saccharinindustrie sei ganz ungewöhnlich und unerhört. Lediglich im Interesse der Zuckerindustrie wolle man eine gleichberechtigte Industrie zu Grunde richten, zum Schaden der Konsumenten. Wenn aber eine große Mehrheit einig sei, der Saccharinindustrie den Garaus zu machen, dann rate auch er dazu, die verbotene Industrie angemessen zu entschädigen.

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soc.) erklärt sich entschieden gegen die Strangulierung der Saccharinindustrie.

Abg. **Hoffmann**-Hall (Südd. Vp.) wendet sich gegen den Kompromißantrag. Das Saccharin sei harmlos, während bei Kindern Zucker manchmal deshalb gefährlich sei, weil er Gärungserscheinungen hervorrufe, die das Saccharin verhüte.

Abg. **Speck** (Z.) wendet sich im Namen eines großen Teils seiner Freunde gegen die Verstaatlichung und empfiehlt die ursprünglichen Beschlüsse der Kommission.

Abg. **Becker** (Z.) tritt für den Kompromißantrag ein.

Abg. **Fischer** (Soc.): Saccharin sei kein Gift und dürfe daher auch nicht verboten werden.

In der Abstimmung wird § 2 des Gesetzes in der Fassung des **Kompromißantrages** mit **18** gegen **10** Stimmen **angenommen.** Mit den Socialdemokraten und Freisinnigen stimmen auch die Centrumsabgeordneten Speck und Müller-Fulda dagegen.

Mit **17** gegen **10** Stimmen wird **§ 3** nach dem Kompromißantrag in folgender Fassung genehmigt, die durch Annahme eines Amendements von Savigny (Z.) einige unwesentliche Aenderungen gegen den ursprünglichen Wortlaut erhalten hat:

„Nach näherer Bestimmung des Bundesrats ist (ursprünglich: kann) für die Herstellung oder die Einfuhr von Süßstoff die Ermächtigung einzelnen Gewerbetreibenden zu geben. Die Ermächtigung ist unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zu erteilen und der Geschäftsbetrieb der Berechtigten unter dauernde amtliche Ueberwachung zu stellen. Auch hat (ursprünglich: „ist befugt") der Bundesrat in diesem Falle zu bestimmen, daß bei dem Verkaufe des Süßstoffes ein gewisser Preis nicht überschritten werde, sowie ob und unter welchen Bedingungen eine Ausfuhr von Süßstoff in das Ausland erfolgen darf."

§ 4 wird mit der gleichen Mehrheit angenommen. Er lautet nach dem Kompromißantrage:

„Die Abgabe des gemäß § 3 hergestellten oder eingeführten Süßstoffes im Inlande ist nur an Apotheken und an solche Personen gestattet, die die amtliche Erlaubnis zum Bezuge von Süßstoff besitzen. Diese Erlaubnis ist nur zu erteilen: a) Personen, welche den Süßstoff zu wissenschaftlichen Zwecken verwenden wollen; b) an Gewerbetreibende zum Zwecke der Herstellung von bestimmten Waren, für welche die Zusetzung von Süßstoff aus einem die Verwendung von Zucker ausschließenden Grunde erforderlich ist; c) an Leiter von Krankenanstalten für Kranke; d) an die Inhaber von Gast- und Speisewirtschaften in Kurorten für Diabetiker."

§ 5, der noch nähere Bestimmungen über die Abgabe von Süßstoffen enthält, wird gleichfalls von derselben Mehrheit angenommen.

§ 6 lautet: „Die vom Bundesrat hierüber zu erlassenden Bestimmungen sind dem Reichstag bis zum 1. April 1903 zur Genehmigung vorzulegen."

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann** verweist auf den § 7, dessen Anfang bestimme, daß Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Vorschriften mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe 2c. bestraft werden. **Danach würden also die Mitglieder des Bundesrats mit Gefängnis bestraft werden können,** wenn sie die von ihnen zu erlassenden Bestimmungen nicht bis zum 1. April 1903 dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt haben. (Heiterkeit.) So sei es doch offenbar nicht gemeint gewesen.

Daraufhin wird **§ 7** folgendermaßen geändert: „Wer den Vorschriften des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft ein."

Der so abgeänderte § 7 wird mit 18 Stimmen **angenommen,** ebenso § 6.

§ 8 wird in folgender Fassung genehmigt: „Der Strafe des § 7 Absatz 1 unterliegen auch diejenigen, in deren Besitz oder Gewahrsam Süßstoffe in Mengen von mehr als 50 Gramm vorgefunden werden, sofern sie nicht den Nachweis führen können, daß sie den Süßstoff nach Inkrafttreten des Gesetzes von einer zur Abgabe befugten Person bezogen haben."

§ 9, wonach neben der Strafe auch auf Einziehung des Süßstoffes erkannt werden muß, wird gleichfalls angenommen, ebenso **§ 10,** der eine Ordnungsstrafe von 1—300 Mark auf Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des Gesetzes erlassenen Verwaltungsvorschriften festsetzt.

§ 11 lautet: „Den Inhabern solcher Süßstofffabriken, welche bereits vor dem 1. Januar 1900 betrieben worden sind, wird eine Entschädigung gewährt, deren Betrag für jede einzelne Fabrik vom Bundesrat endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt wird. Die Entschädigung soll das sechsfache des jährlichen Reingewinns, den die Fabrik nachweislich im Durchschnitt der beiden letzten Geschäftsjahre vor dem 1. Januar 1900 erzielt hat, nicht übersteigen und in halbjährlichen Raten, deren erste sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes fällig wird, gezahlt werden."

Müller-Fulda (Z.) beantragt zu diesem Teil des § 11, daß den Fabriken Entschädigung gewährt wird, die als solche bereits vor dem 1. Januar 1901 betrieben worden sind und die Herstellung von Süßstoffen auch in der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 regelmäßig fortgesetzt haben.

Dementsprechend wird auch der weiter unten angegebene Termin bis 1. Januar 1901 in den 1. Januar 1902 verändert. Außerdem verlangt das Amendement Müller-Fulda, daß die Entschädigung in 12 halbjährlichen Raten gezahlt werden soll.

Der letzte Absatz des § 11 lautet nach dem Kompromißantrag: Die Fabriken sind verpflichtet, von der ihnen gewährten Entschädigung ihren Bediensteten (die Socialdemokraten beantragen: Beamten) und Arbeitern, die infolge des Verbotes aus ihrer Beschäftigung entlassen werden, eine Entschädigung zu gewähren, die bei Arbeitern dem von ihnen im letzten Monat (die Socialdemokraten beantragen: „in den letzten drei Monaten") vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bezogenen durchschnittlichen Arbeitsverdienste, bei Beamten dem von ihnen im letzten Quartal (die Socialdemokraten beantragen: „in den letzten sechs Monaten") vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bezogenen Gehalt entspricht.

Die **Socialdemokraten** beantragen noch folgenden Zusatz: Sollte im Einzelfalle sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Unternehmer einerseits und den Beamten oder Arbeitern andrerseits darüber ergeben, ob die Entlassung als eine Folge des Gesetzes anzusehen ist, so steht der für die Lohnstreitigkeiten zuständigen Schiedsinstanz die Entscheidung zu.

Ledebour (Soc.) begründet das Amendement.

Schatzsekretär Freiherr **v. Thielmann.** Die Arbeiterfrage tritt in diesem Falle in den Hintergrund, weil Saccharin nur ein Nebenartikel der betreffenden Fabriken ist. Arbeiterentlassungen werden also kaum eintreten, dagegen wird die Bemessung der Entschädigung für die Fabriken sich sehr schwierig gestalten, weil die Berechnung des Nutzens gerade bei einem Nebenartikel sehr willkürlich angestellt werden kann. Die Fabriken werden sich sicherlich einen hohen Verdienst herausrechnen. Man müsse an die Möglichkeit denken, daß **viele Millionen** für die **Entschädigung** nötig sein werden, **die im Reichssäckel um so weniger vorhanden sind,** als auf Paasche's Antrag die Zuckersteuer auf 12 M. herabgesetzt sei. Dadurch könnte ein Ausfall von Zuckersteuer von über zwanzig Millionen Mark entstehen. Er möchte deshalb der Kommission ans Herz legen, auch in zweiter Lesung eine Remedur dieses Beschlusses eintreten zu lassen. Bleibe der Beschluß bestehen, so sei **die Gefahr für das Zustandekommen des Zuckersteuer-Gesetzes nicht gering,** denn die Bundesstaaten hätten die ernstesten Bedenken geltend gemacht. Mit Paasches Eventualantrag, wonach die Zuckersteuer immer so bemessen werden solle, daß keine größere Belastung als 2,10 M. auf den Kopf der Bevölkerung entfallen solle, sei er dagegen einverstanden.

In der Diskussion erklären sich die Redner ausnahmslos für den socialdemokratischen Antrag und das Amendement Müller-Fulda.

Schließlich wird das Amendement Müller-Fulda mit großer Mehrheit, das Amendement der Socialdemokraten einstimmig angenommen. Der so abgeänderte § 11 wird mit 20 gegen 8 Stimmen genehmigt und mit ebenso viel Stimmen beschlossen, die §§ 2—11 an Stelle der Kommissionsparagraphen 2—26 treten zu lassen.

Der letzte Paragraph bestimmt, daß das Gesetz mit dem 1. Oktober 1902 in Kraft treten soll. Schatzsekretär **v. Thielmann** hält die Frist für zu kurz und bittet den **1. April 1903** festzusetzen. So wird mit **18** gegen **10** Stimmen beschlossen und die Weiterberatung auf Nachmittag vertagt.

* * *

Am Freitagnachmittag wurde in die **zweite Lesung** der **Zuckersteuer-Novelle** eingetreten.

Zu Artikel 1 des Gesetzes, der die Kontingentierungs-Bestimmungen und Prämien des geltenden Gesetzes aufhebt, ist der in erster Lesung abgelehnte Antrag **Arenberg** (Z.) wieder eingebracht worden, der eine Kontingentierung auf 5 Jahre bis zum 1. September 1908 vorsieht. Er unterscheidet sich nur dadurch von dem ersten Antrag, daß das Amendement Dörksen (Rlp.), wonach den am 1. Oktober 1901 im Betriebe befindlichen Fabriken dasjenige Kontingent zugeteilt werden soll, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für 1903/4 zustehen würde, in ihn aufgenommen ist. Nunmehr wird der **Kontingentierungs-Antrag** in allen seinen Teilen und im ganzen mit **16** gegen **12** Stimmen **angenommen,** da die Gruppe Dörksen jetzt für den Antrag stimmt.

Weiter liegt ein Antrag Speck (Z.) vor, der die **Besteuerung des Stärkezuckers** einführen will. Er ändert infolgedessen die Definition des Zuckers als Steuerobjekt im § 1 des Gesetzes ab.

Speck (Z.): Wenn wir die künstlichen Süßstoffe unterdrücken, so müssen wir auch den Stärkezucker besteuern. In einem Jahre werden 859 000 Doppel-Centner Stärkezucker hergestellt, der der Belastung unterworfen werden müsse.

Paasche (natl.): Der Vorschlag kommt nicht zum erstenmal, ist aber stets auf Widerspruch von allen Seiten gestoßen. Zucker und Zucker ist nicht gleichwertig. Der Stärkezucker ist lange nicht so süß wie der Rübenzucker. Die Stärkezucker-Industrie lebt von der Thatsache, daß der Rübenzucker besteuert werde. Dabei sind die Fabriken nicht glänzend gestellt. Durch eine Besteuerung des Stärkezuckers würden wir die Industrie ruinieren.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** wendet sich gleichfalls gegen den Antrag Speck, der nicht in den Rahmen des Zuckergesetzes passe.

Müller-Fulda (Z.): Wird der Stärkezucker in Rübenzucker-Fabriken verarbeitet, so unterliegt er der Besteuerung. Nur die reinen Stärkezucker-Fabriken sind jetzt befreit. Dabei steigert sich die Produktion fortwährend und der Stärkezucker wird auch in Würfeln bereitet. Schon sind in einem Jahre 80 000 Doppelcentner in fester Form in den Handel gekommen und 360 000 Doppelcentner in flüssiger Form. Auf die Dauer ist der jetzige Zustand unhaltbar. Wir sollten die Regierung in einer Resolution zu einer Vorlage wegen der Besteuerung des Stärkezuckers auffordern.

von Staudy (k.) spricht sich gleichfalls für eine solche Resolution aus.

Speck (Z.) zieht darauf seinen Antrag zurück und kündigt eine entsprechende Resolution an.

Artikel II setzt nach der Vorlage die **Zuckersteuer** auf 16 M. fest. In der ersten Lesung ist sie auf Antrag Paasche auf 12 M. vom 1. September 1903 ab und auf 10 M. vom 1. September 1905 ab bemessen worden.

Dr. **Hermes** (frs. Vp.) beantragt 14 M.

In der Diskussion bekämpfen die Minister Frhr. **v. Rheinbaben,** Graf **v. Posadowsky,** Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann** und bayerischer Ministerialdirektor **v. Geiger** in wiederholten Ausführungen die Beschlüsse erster Lesung und bezeichnen nur den Antrag Hermes für annehmbar.

Minister **v. Rheinbaben** weist auf die **mißliche Finanzlage des Reiches** hin. Für **1902** betrage das **Deficit 50 Millionen,** für **1903** sei es auf **70—80 Millionen zu veranschlagen.** Wie soll da ein plötzlicher Ausfall von 28 Millionen Mark in den Einnahmen, der sich vielleicht auf 20 Millionen reduziere, gedeckt werden? Man könne doch nicht zu einer **Bier- oder Tabaksteuer** übergehen. Das Interesse der Konsumenten aus dieser Verbilligung sei doch nicht so groß wie der Schaden für die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten.

Ministerialdirektor **v. Geiger** betont, daß in den Einzelstaaten **keine Mittel** vorhanden seien um **erhöhte Matrikularbeiträge** leisten zu können.

Bernstein (Soc.): Wir halten am Antrag Paasche fest, weil er unserm Antrag auf Beseitigung der Steuer am nächsten kommt. Daß der Konsum bei dieser Herabsetzung der Steuer erheblich wachsen werde, sei in der That nicht anzunehmen. Der Ausfall an Reichseinnahmen aus der Zuckersteuer werde hoffentlich die Regierung veranlassen, zur **direkten Reichs-Einkommensteuer** überzugehen und dieser Druck sei sehr erwünscht.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Es sei doch besser, an alten Steuern festzuhalten, als sich über neue Steuern den Kopf zu zerbrechen. Zudem sei es sehr schwer, eine **Tabaksteuer** zu erhalten. Ihr wird der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Gegen eine **Biersteuer** erheben die süddeutschen Staaten Widerspruch. Die **Reichs-Einkommensteuer sei nicht durchführbar,** weil die Landes-Einkommensteuern davon berührt werden. Gegen einen solchen Eingriff tiefster Art würden sich die verbündeten Regierungen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Das Parlament sollte vor allen Dingen eine schwierige Lage nicht noch schwieriger gestalten. **Unsre Schuldenlast sei im beständigen Wachsen** und an eine Tilgung sei nicht zu denken, während England seine Staatsschuld, die bei Beginn des vorigen Jahrhunderts 15 Milliarden betrug, bis 1850 auf 7 oder 8 Milliarden getilgt hat. Zu unsren Reichsschulden kommen aber noch die Landesschulden. Es handelt sich nicht nur um finanztechnische Schwierigkeiten bei der Reichs-Einkommensteuer. Es liege ein Unificierungsgedanke zu Grunde, gegen den man sich überall in den Föderativstaaten wenden müsse.

Graf **Limburg-Stirum** (k.) hält die Ausführungen der Herren Minister für ganz richtig, aber das Interesse der Zuckerindustrie veranlasse ihn doch, dem Satz von 12 Mark zuzustimmen. Redner polemisiert im weiteren gegen die Brüsseler Konvention, die er für sehr schädlich hält.

Paasche (natl.) hält den Ausfall von 20 Millionen als Folge seines Antrags nicht für wahrscheinlich. Man könne 116 Millionen Mark Einnahmen aus der Zuckersteuer erreichen, wenn der Konsum infolge der Verbilligung nur um 1 Kilo pro Kopf steige. Redner verwahrt sich gegen die Annahme, als ob er gegen die Brüsseler Konvention oder für die Bier- oder Tabaksteuer-Erhöhung sei. Er werde jetzt nicht umfallen, behalte aber für seine Partei eine andre Abstimmung im Plenum vor.

Ledebour (Soc.) glaubt, daß die Steigerung des Konsums infolge der Verbilligung unterschätzt werde. Die Ausgaben namentlich für unproduktive Zwecke müßten ermäßigt werden. Die Minister verweisen immer auf die **hohen Flottenausgaben.** Seien da wieder **neue Pläne im Gange?**

Minister **v. Rheinbaben** erklärt, daß er nur durch **Gesetze** beschlossene Mehrausgaben bezüglich der Flotte gemeint habe.

v. Komierowski (Pole) tritt für den 12 Mark-Satz ein. Der preußische Finanzminister jammere zwar, aber **Preußen müsse doch sehr viel überflüssiges Geld haben,** wie die **250** Millionen-Vorlage gegen die Polen beweise.

Dr. **Paasche** (natl.) hält seine Gründe nicht für widerlegt, will aber des lieben Friedens willen für den Antrag Hermes stimmen.

Ledebour (Soc.) erklärt dies für einen **Umfall** der Regierung zuliebe.

In der Abstimmung wird der Antrag Hermes mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt und die **Beschlüsse erster Lesung** (12 bezw. 10 M.) mit 19 gegen 9 Stimmen **angenommen.**

Dem Art. 4 wird auf Antrag Müller-Fulda folgende Fassung gegeben: Dies Gesetz tritt gleichzeitig mit dem am 5. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reich und andern Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers am 1. September 1903 in Kraft. Für den Monat August 1903 wird ein Kontingent von 1/12 des für das Betriebsjahr 1903/1904 nach den bisherigen Gesetzen geltenden Kontingents zuerteilt. Die Bestimmungen über die Kontingentierung 2c. treten am 1. September 1903 außer Kraft.

Die Resolution Speck auf Besteuerung des Stärkezuckers wird angenommen, ebenso die **Resolution Müller-Fulda,** die die Regierung ersucht, dahin zu wirken, daß in den deutschen Eisenbahntarifen die Frachtsätze für Zuckerrüben, Schnitzel und Melasse, sowie für Roh- und Kristallzucker, für letztere insbesondere auch im deutschen Binnenverkehr, thunlichst ermäßigt werden.

Die Zustimmung zur **Brüsseler Konvention** erfolgt auf Antrag Speck (Z.) in folgender Form:

„Der Reichstag erteilt dem am 5. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reiche und einer Anzahl andrer Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers seine Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Ratifikation des Vertrages nicht früher erfolgt, als das Gesetz wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist."

Die **Annahme** erfolgt mit **19** gegen **9** Stimmen. Dagegen stimmten die Konservativen und die Abgg. v. Komierowski (Pole), Müller-Fulda und Pingen (Z.).

Sonnabend tritt die Kommission zur Feststellung des Berichts noch einmal zusammen.

Prozeß Sanden und Genossen.

Neunter Tag.

In der heutigen Sitzung wird zunächst der Reg.-Baumeister Dörfeld über den Wert von Neu-Tornetz und die Terrains in der Danzigerstraße vernommen, auf welche die Preußische Hypotheken-Aktienbank Hypotheken gegeben hatte. Es kam in Frage, ob die Bank berechtigt gewesen sei, diese Hypotheken in einer bestimmten Höhe als Unterlags-Hypotheken zu benutzen. Nach Auskunft des Sachverständigen waren Neu-Tornetz mit 20½ Millionen Mark, die Terrains in der Danzigerstraße mit 9½ Millionen zu bewerten. Justizrat Wronker führt hierzu aus, daß selbst nach Abzug der auf den Terrains stehenden Belastungen, der Wert sich auf mindestens 9 Millionen Mark stellt.

Einen breiten Raum nimmt die Erörterung der Vermögenslage der Grunderwerbs-Gesellschaft und die Frage ein, ob es notwendig gewesen sei, den Konkurs zu eröffnen.

Es folgen einige Bekundungen des Zeugen Franz Tippel über die Verhältnisse der „Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz G. m. b. H." und eine lange Reihe von Fragen, die seitens der Bank-Sachverständigen Geh. Rat Hecht und Kommerzienrat Lucas an die Angeklagten Eduard Sanden, Heinrich Schmidt und Puchmüller richten. Sie beziehen sich auf die verschiedensten rechnerischen und buchtechnischen Dinge, auf die Frage der Verantwortlichkeit für die Bilanzziehung, auf die Art, wie die Bilanzen angefertigt worden sind 2c. 2c. — Auf eine Anfrage des Vorsitzenden erklärt Angeklagter Eduard Sanden, daß in den verschiedenen Instituten, die bekanntlich ihre Bureaus unter einem Dach hatten, etwa 200 Beamte beschäftigt waren.

Hierauf tritt eine Pause ein.

Nach der Pause wendet sich die Verhandlung den Verhältnissen bei der Deutschen Grundschuldbank zu.

Bei dieser gab es eine Bank- und eine Hypotheken-Abteilung, welche von einander getrennt gehalten wurden. Vorsteher der ersteren war der Angeklagte Heinrich Schmidt, Vorsteher der letzteren der Angeklagte Eduard Sanden, dem der Angeklagte Warjinski zur Seite stand.

Es handelt sich auch hier um unwahre Darstellungen in den Bilanzen und Berichten, wofür Eduard Sanden, Heinrich Schmidt und der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrats Eduard Schmidt in Anspruch genommen werden und bei Warjinski handelt es sich um Beihilfe dazu.

Unter den Unrichtigkeiten, die beanstandet werden, ist u. a. hervorzuheben, daß unter dem Bilanz-Posten „Eigne Effekten" ein Betrag von nominal 2 000 000 M. Aktien der Aktiengesellschaft für Grund-

Besitz und Hypothekenverkehr zum Buchwerte von 3 200 000 M. figuriert.

Zur Erläuterung dieses Postens wird erwähnt, daß in den Büchern der Deutschen Grundschuldbank im Jahre 1893 ein Conto „Konsortium für Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr" angelegt ist, aus welchem sich ergiebt, daß die Deutsche Grundschuldbank der Aktiengesellschaft im Jahre 1893 3 000 000 M. bar gegeben und dafür 2 000 000 M. Aktien der letzteren zum Kurse von 150 Proz. erhalten hat. Die Mitglieder dieses angeblichen Konsortiums sind aus dem Conto nicht ersichtlich und auch sonst nicht zu ermitteln gewesen.

Angeklagter Ed. Sanden weiß nicht mehr, weshalb dies Conto seiner Zeit angelegt ist. Er behauptet, daß im Jahre 1893 bei der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr eine Aktienkapitalserhöhung von 3 000 000 M. stattgefunden habe und 2 000 000 M. dieser neuen Aktien von einem Konsortium übernommen worden seien, dessen Mitglieder er nicht namhaft machen könne. Es existiert ein Zeichnungsschein dieses Konsortiums vom 13. April 1893, der Sachverständige Kommerzienrat Lucas hält es indes nach seiner Kenntnis der gesamten Verhältnisse der Bank für ausgeschlossen, daß ein solches Konsortium überhaupt bestanden hat. Er ist vielmehr der Ansicht, daß das Konsortialconto fingiert ist. Die 2 000 000 M. Aktien der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr waren vielmehr eigene Effekten der Deutschen Grundschuldbank und mußten als solche und nicht wie geschehen, unter „Debitores" in die Bilanz eingestellt werden. Und zwar durften sie, wenn man den inneren Unwert nicht berücksichtigte, mit 3 200 000 M. eingestellt werden, weil die Dividende der Aktiengesellschaft im Jahre 1899 10 Proz. betrug und der Coupon noch nicht abgetrennt war.

Die Angeklagten Eduard Schmidt, Warsinski und Heinrich Schmidt wollen von diesem ganzen Sachverhalt keine Kenntnis haben.

Staatsanwalt Beeck ist der Ansicht, daß das fragliche Konsortium nur vorgeschoben ist, um den Direktoren der Bank die Möglichkeit zu gewähren, das Geschäft für sich oder die Bank gelten zu lassen, je nachdem es Vorteile brachte oder nicht.

Die Sachverständigen Kommerzienrat Lucas, Geheimrat Hecht und Bücherrevisor Kruse sind darüber einig, daß diese Art Buchung eine absolut ungewöhnliche und Verdacht erregende sei. Wenn die Bank auch keinen Nachteil davon gehabt habe, so liege doch sicher eine Bilanzverschleierung vor. Uebrigens hat auch der Angeklagte Eduard Schmidt in der Voruntersuchung erklärt, daß er an das Bestehen eines derartigen Konsortiums nicht glaube, weil er trotz seiner nahen Beziehungen zu der maßgebenden Persönlichkeit niemals etwas von ihm gehört habe und wohl auch zur Beteiligung aufgefordert worden wäre, wenn ein Konsortium wirklich bestanden hätte.

Die Verhandlung wird schließlich auf nächsten Montag vertagt. Sonnabend findet keine Sitzung statt.

Der Mordprozeß Thomaschke.

Nachdem Landgerichtsdirektor Pohle die Sitzung um 9½ Uhr eröffnet, wird die Beweisaufnahme fortgesetzt. Kriminalinspektor Klatt soll ebenfalls über die Lage der Leiche Auskunft geben. Es kommt darauf an, nachzuweisen, ob der linke Arm schlaff herabhing, oder ob er, vom Krampf erstarrt, wagerecht ausgestreckt gehalten wurde. Der Zeuge weiß nur, daß die Leiche gerade ausgestreckt lag und meint, daß der Arm in der Höhe des Diwans ausgestreckt gehalten wurde. — Ueber denselben Punkt wird der Buchhändler Grabert vernommen, der im Hause Greifswalderstraße 11 wohnt und während einiger Minuten im Zimmer weilte, während die Kommission dort war. Dieser Zeuge meint, daß der linke Oberarm bis zum Ellenbogen an den Oberarm angedrückt gehalten wurde, während der Unterarm ausgestreckt war. Kriminalinspektor Klatt behauptet dagegen, daß der linke Ellenbogen keine Stütze auf dem Diwan gefunden habe, sondern der ganze Arm freigelegen habe.

Justizrat Dr. Sello richtet an Professor Dr. Straßmann die Frage, ob er nicht bei der Obduktion der Leiche innere Blutergüsse wahrgenommen habe, welche die Möglichkeit zulassen, daß Löffler einem Schlagfluß erlegen sei. Der Sachverständige erwidert, daß ihm derartige Symptome unbedingt aufgefallen wären. Ferner richtet der Verteidiger an Professor Straßmann die Frage, ob die Tetanusstarre, eine unausbleibliche Folge der Strychninvergiftung, nicht durch die später eintretende Leichenstarre wieder aufgehoben wird. Der Sachverständige giebt dies zu. — Da die photographischen Aufnahmen einen sicheren Schluß auf die Lage des Armes nicht zulassen, so stellt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Werthauer den Antrag, daß allein der linke Arm in fünf- bis zehnfacher

Vergrößerung photographiert

werden möge. Der Gerichtshof giebt diesem Antrage statt und beauftragt Kriminalinspektor Klatt, für die Herstellung einer solchen Vergrößerung schleunigst Sorge zu tragen. Staatsanwalt Randolph fragt den Sanitätsrat Dr. Mittenzweig, ob es möglich sei, daß durch Tetanuskrämpfe die beiden Arme in so grundverschiedene Stellungen gebracht werden konnten, wie es bei Löffler der Fall war. Der Sachverständige hielt die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen.

Kriminalinspektor Braun wird nochmals vernommen. Die Läufer aus der Löfflerschen Wohnung sind zur Gerichtsstelle gebracht worden und werden vom Inspektor Braun so gelegt, wie sie in der Wohnung lagen. Der Läufer schlägt unmittelbar vor dem Diwan mehrere starke Falten, woraus geschlossen wird, daß jemand eine starke Last auf den Diwan gelegt hat. Der Zeuge Braun führt noch einmal alle Umstände an, welche für die Thäterschaft des Angeklagten sprechen und fügt hinzu, daß ihm noch nie ein Fall vorgekommen sei, in dem ein

Verbrechen mit solcher Umsicht

geplant und mit so vielen Fehlern zur Ausführung gebracht wurde. Er nehme an, daß sich in der Löfflerschen Wohnung folgender Vorfall abgespielt habe: Thomaschke habe auf dem Stuhl gesessen, der zwischen Diwan und Schreibtisch, mit der Lehne gegen den Tisch stand. Den linken Arm habe er auf das Taschentuch gelegt, welches auf dem Schreibtische an der Ecke lag. In einem unbewachten Augenblick habe Thomaschke das Gift in Löfflers Bier geschüttet. Nachdem dieser davon getrunken, sei er aufgesprungen, aber gleich darauf durch die Wirkung des Giftes zur Erde gefallen. Die unteren Bewohner haben auch gegen 10½ Uhr ein dumpfes Geräusch, wie von einem fallenden Körper, gehört. Dann habe Thomaschke den Tisch, der vor dem Diwan stand, beiseite gerückt, um den fast Toten hinaufzulegen. Der Mörder habe den Leichnam dann abgewaschen und die Augen zugedrückt. Er glaubte somit alle Spuren verwischt, aber die Leiche lag so „schön" auf dem Diwan, daß nur ein toter Körper so hingelegt werden konnte. Thomaschke habe auch eine Cigarre im Munde gehabt, als er die Leiche auf den Diwan legte, denn als er sich dabei über den Toten beugte, sei die Asche herabgefallen und auf dem Beinkleid Löfflers liegen geblieben. Wie der Zeuge aus Erfahrung wisse, wirke das Strychnin häufig sofort oder nach wenigen Augenblicken. Als das Opfer des Töpfers Jaenicke am Teufelssee bei Potsdam das Gift getrunken, habe es noch acht bis zehn Schritte vorwärtsgehen können, dann sei das Mädchen unter heftigen Zuckungen zu Boden gefallen und gleich darauf verschieden. Als ich — so erzählt der Zeuge — dem Thomaschke diesen vermutlichen Sachverhalt vorhielt, erklärte er: „Ja, in dem Bierglase Löfflers ist aber kein Strychnin gefunden worden". „Sie Schlauberger", erwiderte ich ihm, „Sie haben natürlich das Glas tüchtig ausgespült und die Spuren verwischt. Sie werden mir doch nicht einreden wollen, daß Löffler, nachdem er das vergiftete Bier getrunken, nach der Küche gegangen ist, das Glas ausgespült, sich wieder auf den Diwan gelegt hat und dann ruhig gestorben ist? Sie glaubten schlau zu sein, sind aber gar nicht schlau." Der Zeuge führt des weiteren aus, daß er den Thomaschke auf verschiedene Widersprüche betreffend seines Aufenthalts im Restaurant Groh und „Am Königstor" aufmerksam gemacht habe.

Nach Beendigung der Mittagspause wird die

Zeugin Kretzschmar,

die Buchhalterin Löfflers, vernommen. Sie ist zwei Jahre in Stellung bei ihm gewesen. Ihre Thätigkeit hat sich auf die Führung der Korrespondenz beschränkt, von den Geschäften, die Löffler abwickelte, weiß sie nichts. Sie erinnert sich, daß Löffler ihr Ende September vorigen Jahres erzählt habe, er habe Thomaschke 100 M. geborgt. Löffler habe seinen Geldschrank stets verschlossen gehalten, nur ein einziges Mal habe sie Gelegenheit gehabt, einen Blick in denselben zu werfen, sie habe dabei bemerkt, daß ziemlich viele Goldstücke in einer Kassette lagen. Am Morgen des 30. September habe Löffler ihr erzählt, daß er den Lieutenant Fritz erwarte, der einen Wechsel bezahlen wolle. Löffler habe dann im Laufe des Vormittags über Kopfschmerzen geklagt. Als sie von der Mittagspause zurückgekehrt war, habe sie ein Rezept auf dem Tisch liegen sehen. Löffler habe ihr gesagt, daß er den Doktor habe holen lassen. Ihr Anerbieten, die verschriebene Arznei anfertigen zu lassen, habe Löffler abgelehnt. Thomaschke sei häufig zu Löffler gekommen, doch kenne sie die Beziehungen, die zwischen beiden obwalteten, nicht. Ebensowenig wisse Sie, ob Löffler des Abends noch häufig Besuch erhielt. Am Abend des 30. September sei sie wie gewöhnlich um 7½ Uhr fortgegangen. Ende September habe Löffler ihr geklagt, daß der Gerichtsvollzieher wohl in den nächsten Tagen kommen würde, ihm drohe eine Zwangsvollstreckung. Gerichtsvollzieher Richter II sei auch erschienen, die Zwangsvollstreckung sei aber fruchtlos ausgefallen. Die Zeugin hat zu zwei verschiedenen Malen der Ehefrau des Gerichtsvollziehers je einige Flaschen Wein hinbringen müssen. Der ihm drohende Offenbarungseid habe dem Verstorbenen viel Sorge gemacht, um so größer sei seine Freude gewesen, als am 30. September eine Karte kam mit der Nachricht, daß der Termin aufgeschoben sei. Wenn Löffler des Abends Speisegeschirr oder Gläser gebrauchte, so pflegte er sie bis zum folgenden Morgen in seiner Wohnstube stehen zu lassen, dann kam die Aufwartefrau und reinigte die Gefäße. Einmal nach dem 30. September habe Thomaschke ihr in ihrer Wohnung einen Besuch gemacht. Sie habe sich darüber gewundert, da sie ihm stets fremd gegenüber gestanden, er sei denn auch bald wieder gegangen, ohne etwas von Wichtigkeit mit ihr zu besprechen. Am Nachmittage des 30. September sei Löffler ganz aufgeräumt gewesen und habe noch mit ihr gescherzt. Er habe sich über Thomaschke in der Weise geäußert, daß derselbe ihm lästig werde, aber er könne ihn nicht herausschmeißen. Daß Löffler Schuldner des Holzapfel war, habe sie gewußt, aber nicht in welcher Höhe. Der Angeklagte richtet an die Zeugin die Frage, ob Löffler nicht die Angewohnheit hatte, Geschenke zu machen, wenn ihm eine Pfändung drohte. Die Zeugin erwidert, daß er ihr einmal ein Bild geschenkt habe, das sei aber nicht vor einer Pfändung gewesen. — Thomaschke: Hat Löffler Ihnen nicht auch eine Uhr geschenkt? — Zeugin: Ja, das ist aber ein Weihnachtsgeschenk gewesen.

Wittwe Greybowska,

eine von den beiden Bräuten Thomaschkes, schildert die traurigen Erfahrungen, die sie mit ihm gemacht. Infolge einer Heiratsannonce hatte Thomaschke sich gemeldet. Bei Bötzow im Garten hatten sie die erste Zusammenkunft. Bei der zweiten verabredeten Zusammenkunft blieb Thomaschke aus, er entschuldigte sich mit einer notwendigen Reise. Dann hatte sie ihn in seiner Wohnung in der Christburgerstraße besucht. Am 23. September sollte die Verlobung veröffentlicht und gefeiert werden. Ein Verwandter der Zeugin hatte sich bei einem Auskunftsbureau über Thomaschke erkundigt und die Auskunft erhalten: „Thomaschke ist seit Jahren in Wein und Cigarren thätig, hat sich ein kleines Vermögen erspart und ist ein fleißiger Mann". Dies genügte der Braut, die Verlobung wurde gefeiert und seinen und ihren Verwandten wurden Anzeigen geschickt. Es trafen auch schriftliche Glückwünsche ein; die von den angeblichen Verwandten des Bräutigams hatte dieser selbst geschrieben. Am 30. September besuchte ihn die Zeugin wiederum in seiner Wohnung. Damals schon hatte sie Verdacht, daß sie getäuscht wurde. Ihren Verwandten war mitgeteilt worden, daß Thomaschke noch ein andres Verhältnis habe. Die Zeugin stellte ihn dieserhalb zur Rede, wurde aber von dem Angeklagten durch die Angabe beschwichtigt, daß er das Verhältnis mit der früheren Braut gelöst habe, weil sie ihm verheimlichte, daß sie ein anderthalbjähriges Kind habe. Nach einiger Zeit habe der Angeklagte ihr gebeichtet, daß er keine reine Vergangenheit habe, er sei einmal wegen Veruntreuungen ziemlich schwer bestraft worden. Sie habe ihm das verziehen und erklärt, ihn dennoch heiraten zu wollen. Nach kurzer Zeit sei dann das Verhältnis durch die Verhaftung des Angeklagten in die Brüche gegangen.

Es folgt die Vernehmung des Schreibers Knoblauch. Der Zeuge meldete sich auf Grund einer Annonce bei dem Angeklagten und wurde als Schreiber und Kassierer von ihm angenommen. Thomaschke erzählte ihm, daß er bisweilen große Geldgeschäfte abschließe. Er müsse seinem Mitarbeiter großes Vertrauen schenken, da er sich häufig in seiner Sommerwohnung in Treptow aufhalte, deshalb müsse der Zeuge ihm eine Kaution von 500 Mark hinterlegen. Die Mutter des Zeugen hatte ein Sparkassenbuch über 1000 M. und dies vertraute sie dem Chef ihres Sohnes als Unterlage an. Thomaschke hat, wie mehrfach erwähnt, das Buch sofort für 850 M. bei Holzapfel versetzt. Am Morgen des 1. Oktober sei der Angeklagte gegen 10 Uhr ins Bureau gekommen. Er sei etwas aufgeregt gewesen und habe ihm sofort einen Auftrag gegeben, der ihn für mehrere Stunden aus dem Geschäft fernhielt. Der Zeuge habe von dem Angeklagten, als dieser verhaftet wurde, sein Sparkassenbuch zurückverlangt. Thomaschke habe ihn an Holzapfel verwiesen.

Gegen 8 Uhr vertagt der Präsident die Sitzung bis Sonnabendvormittag 9½ Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der socialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt, hält am Sonntag, den 8. Juni, vormittags 10 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7—9, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Tagesordnung: Die Organisationsfrage im sechsten Kreise. Referent: Reichstags-Abgeordneter A. Bebel. Beschlußfassung über die für unsre Vorstadt sich hieraus ergebenden Maßnahmen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung, 3. Wahlkreis! Sonntag, den 8. Juni, Familienausflug nach „Pferdebucht" bei Köpenick. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Lichtenberg. Die Parteigenossen veranstalten zu morgen, Sonntag, im Mentzschen Volksgarten, Röderstraße 35/36, zweiter Eingang Landsberger Chaussee, also hart an der Berliner Grenze, zwischen Hohenzollern und See-Terrasse, eine Volksfest. Neben einem Doppel-Konzert werden Gesangs- und turnerische Aufführungen geboten. Der Radfahr-Verein „Vorwärts"-Moabit wird ein Reigenfahren veranstalten. Ebenso finden Kinderbelustigungen und Feuerwerk statt.

Lokales.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!"

Für die Ferienkolonien wird erneut um Einsendung von Beiträgen gebeten, damit eine möglichst große Zahl von Kindern berücksichtigt werden kann. Eine vom „Verein für Ferienkolonien" an die Presse versandte Mitteilung bestätigt die von uns bereits vor mehreren Wochen gebrachte Nachricht, daß in diesem Jahre der Andrang der Aufnahme begehrenden Kinder ganz besonders groß ist. Es wird hervorgehoben, daß diesmal die Anmeldungen „in allen Stadtbezirken außerordentlich hoch" sind und das Komitee „von allen Seiten mit Bitten bestürmt" wird. „Da es in Berlin (so heißt es da) an größeren Einrichtungen zur Unterbringung kranker Kinder fast gänzlich fehlt, so setzen die armen Eltern ihre einzige Hoffnung in die Ferienkolonien. Auch der Notstand des Winters und Frühjahrs macht sich an den armen Kleinen in trauriger Weise bemerkbar. So berichtet ein Komiteemitglied aus Moabit, welches zugleich Mitglied des „Vereins gegen Verarmung und Bettelei" ist, daß in diesem Stadtteil die Armut augenblicklich infolge der durch den Niedergang der Eisenindustrie bewirkten Arbeitslosigkeit einen sehr hohen Grad erreicht habe. Es sei entsetzlich anzusehen, wie blaß und abgezehrt die meisten Kinder aussehen, wie ihnen bessere Luft und bessere Pflege von Herzen zu wünschen seien."

Wir unterstützen die Bitte des Vereins, weil eben bisher in Berlin für arme und kränkliche Kinder leider auf keine andre Weise gesorgt wird als durch das bißchen Privatwohlthätigkeit. Aber eine kleine Anfrage möchten wir uns hier gestatten. An der Spitze des „Vereins für Ferienkolonien" stehen zwei Mitglieder des Berliner Magistrats. Haben die Herren schon einmal versucht, die in ihrem Verein gemachten Beobachtungen und Erfahrungen ihren Kollegen im Magistrat vorzutragen? Nach der Haltung, die der Magistrat in den letzten Wintern in der Notstandsfrage eingenommen hat, müssen wir das stark bezweifeln. Die städtischen Behörden haben sich im vorletzten Winter mit der Wohnungsteuerung, im letzten mit dem Arbeitsmangel zu beschäftigen gehabt. Von socialdemokratischer Seite wurde in dem einen wie in dem andren Falle darauf hingewiesen, daß diese Erscheinungen des Wirtschaftslebens für die unbemittelte Bevölkerung einen drückenden Notstand zur Folge haben, der ein Eingreifen der Gemeinde erforderlich macht. Doch was that der Magistrat?! Er scheute sich nicht, das Vorhandensein eines Notstandes, zum mindesten eines außergewöhnlichen, zu bestreiten.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!" Die Früchte jener socialrückständigen Kommunalpolitik sind rasch gereift. Der „Verein für Ferienkolonien" ist ja nicht die einzige Vereinigung, die die Wirkungen des durch Wohnungsteuerung und Arbeitsmangel hervorgerufenen außergewöhnlichen Notstandes der letzten Jahre jetzt zu spüren bekommt. Schon im Winter kamen aus zahlreichen wohlthätigen und gemeinnützigen Vereinen Klagen über Klagen, daß sie dem gewaltigen Ansturm von Hilfesuchenden weniger als je gewachsen seien. Doch auf den Magistrat vermag alles das ebenso wenig einen Eindruck zu machen wie auf die freisinnigen Vertreter des Geldsacks, die in der Stadtverordneten-Versammlung den Ausschlag geben. Es bleibt dabei: ein Eingreifen der Gemeinde ist nicht nötig; denn die Privatwohlthätigkeit „reicht aus".

Aus der Magistratssitzung vom Freitag. Stadtbaurat Ludwig Hoffmann legte die Pläne und Entwürfe mit den Kostenanschlägen für folgende Bauten vor: 1. Eine Gemeinde-Doppelschule in der Samariterstraße, Kostenanschlag 738 000 M.; 2. eine Gemeinde-Doppelschule in der Greifenhagenerstraße, Kostenanschlag 700 000 M.; 3. eine Gemeinde-Doppelschule in der Pappel-Allee, Kostenanschlag 750 000 M.; ferner 4. zwei Ueberwachungshäuser, Irrenhaus Buch, Kostenanschlag 404 000 M.; 5. eine Waschküche für das Irrenhaus in Buch, Kostenanschlag 210 000 M., 6. für eine Kochküche in Buch, Kostenanschlag 175 000 M. Der Magistrat genehmigte diese speciellen Entwürfe und wird der Stadtverordneten-Versammlung die entsprechenden Vorlagen zugehen lassen, damit mit dem Bau dieser Schulen baldigst begonnen werden kann. Die Rats-Maurermeister Metzing, Natho, Maguhn, Wolff und Vollmer, die Rats-Zimmermeister Stieber und Friese, deren Wahlzeit am 30. Juni d. J. abläuft, sind vom Magistrat auf fernere sechs Jahre wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Ratsmaurermeisters Jacob der Maurermeister Mittag zum Ratsmaurermeister gewählt.

Um den Ueberschwemmungen in den tief gelegenen Gebieten der Stadt: 1. das Gebiet, welches Invaliden- und Gartenstraßen-Ecke zum Centrum hat; 2. das Gebiet, das sich um den Alexanderplatz und um die diesem Platz benachbarten Teile der Königstraße, Alexanderstraße um Am Königsgraben gruppiert; 3. das verhältnismäßig kleine Gebiet, das den Schnittpunkt von Weinmeisterstraße und Alte Schönhauserstraße zum Mittelpunkt hat, vorzubeugen, hat der Magistrat beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Anlagen von vier Notausläßen zu empfehlen, und zwar im besonderen in der Invalidenstraße, in der Neuen Promenade, in der Weinmeisterstraße, Alten Schönhauserstraße, Rochstraße und Kaiser Wilhelmstraße. Der vorgelegte Kostenanschlag beläuft sich auf die Summe von 938 000 Mark, welche aus Anleihemitteln zu entnehmen sind. Eine ausführliche Vorlage ist vorbereitet.

Der Magistrat hat am Freitag nach den Beschlüssen der städtischen Personalkommission den in kommissarischen Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten festgestellten Entwurf eines neuen Ortsstatuts über die Pensionierung und Hinterbliebenen-Versorgung der Angestellten der hiesigen Feuerwehr mit geringen Aenderungen genehmigt. Hiernach wird die Pensionsberechtigung auf die etatsmäßigen Bureaubeamten ausgedehnt und den Hinterbliebenen aller Angestellten der Exekutivmannschaften, wie des Bureaupersonals Witwen- und Waisen-Versorgung nach den für die Staatsbeamten geltenden Grundsätzen gewährt.

Vom Milchkrieg. Uns wird geschrieben: Ein stilles Ende hat nunmehr die große juristische Aktion gefunden, die die agrarische Milchcentrale in den ersten Tagen des Milchkrieges gegen den über sie verhängten Boykott eingeleitet hatte. Wie erinnerlich, hat die Vereinigung der Berliner Milchhändler gleich nach Ausbruch des Milchkrieges in allen Stadtteilen Flugblätter verteilt, die für jeden einzelnen Stadtbezirk die Namen der mit der Milchcentrale arbeitenden Geschäftsleute enthielten. Dieses von dem größten Teil der Berliner Bevölkerung unterstützte Vorgehen der Milchhändler veranlaßte die Milchcentrale, bei dem Polizeipräsidium nicht nur Strafantrag zu stellen, sondern auch, wie seiner Zeit schon berichtet wurde, die schleunige Verhaftung des ersten Vorsitzenden der Milchhändler-Vereinigung vorzuschlagen. Die Prüfung der Flugblätter durch die Behörden ergab jedoch sofort, daß Inhalt und Fassung derselben jede Möglichkeit strafrechtlichen Einschreitens ausschlossen. Man beschränkte sich deshalb darauf, ein Verfahren wegen Uebertretung preßgesetzlicher Vorschriften gegen den Vorsitzenden der Vereinigung, Wiesener, einzuleiten, da auf den Flugblättern Name und Wohnort eines Druckers und Verlegers fehlten. Thatsächlich wurde auch der Milchhändler Wiesener vom Amtsgericht und Landgericht I wegen Uebertretung des § 6 des Reichs-Preßgesetzes verurteilt, wobei ihn das Schöffengericht als den „Verleger" einer Druckschrift, die Strafkammer zwar nicht als „Verleger", aber als „Herausgeber" einer Druckschrift verantwortlich machte. Auf eingelegte Revision hatte sich nunmehr der Strafsenat des Kammergerichts mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. In der Hauptverhandlung vom 5. Juni beantragte Dr. Flatau als Syndikus des Milchhändler-Verbandes die Aufhebung der Vorentscheidung, da der preßrechtliche Begriff eines Herausgebers auf den Angeklagten, Milchhändler Wiesener, offensichtlich nicht zutreffe, außerdem aber die Ausnahmebestimmung § 6 Abs. 2 des Preßgesetzes Anwendung finden müsse, wonach bei Druckschriften, die den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs dienen, die Angabe von Drucker, Verfasser, Verleger oder Herausgeber nicht notwendig sei. Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf, indem er aussprach: „Es könne dahingestellt bleiben, ob der Angeklagte überhaupt als „Herausgeber" einer Druckschrift anzusehen sei, in jedem Falle komme die Ausnahmebestimmung des § 6 Absatz 2 des Preßgesetzes zur Anwendung. Es handle sich nach dem allein maßgebenden Wortlaute der Flugblätter um Mitteilungen zu geschäftlichen Zwecken, indem die Milchhändler-Vereinigung durch deren Verbreitung bezweckt habe, die Kunden von der Milchcentrale abwendig zu machen und für sich

zu gewinnen. Der Senat erkannte deshalb in der Sache selbst auf Freisprechung, indem er zugleich die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegte.

Die neueste Leutseligkeits-Anekdote betrifft den preußischen Kronprinzen und wird von der „Post" mitgeteilt. Sie lautet:

Eine scherzhafte und doch bezeichnende Episode wird aus dem Leben des Kronprinzen in Bonn berichtet. Kronprinz Wilhelm unternahm mit mehreren Angehörigen des Corps „Borussia" von Bonn aus einen Ausflug nach dem Laacher See, bezw. dem Kloster Maria Laach. Der Kronprinz benutzte dabei mit seinen Kommilitonen für die Eisenbahnfahrt einen Wagen IV. Klasse, weil, so äußerte der Thronfolger, es in einem solchen lustiger und geräumiger sei, als in einem Wagen I. oder II. Klasse, und weil der Fahrpreis, so fügte er lächelnd hinzu, ja auch erheblich billiger wäre.

Der Verfertiger dieser Leutseligkeitsanekdote hat vergessen, seiner Hohenzollernverherrlichung die nötigen Konsequenzen anzuhängen. Er müßte darauf hinweisen, daß die ewige Nörgelei über menschenunwürdige Beförderung in der vierten Klasse fortan jeder Berechtigung entbehrt und fast an Majestätsbeleidigung streift.

Freisinnige Denkmalsschmerzen. Die Stadtverordneten Berls und Genossen haben der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, Umschau nach einem geeigneten Platz zu halten, der dem Ausschuß für die Errichtung eines Hardenberg-Denkmals für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden könnte."

Die preußische Nation verdankt der Hardenbergschen Anregung das von Friedrich Wilhelm III. in der Angst gegebene Versprechen einer Verfassung. Dies mit feierlichen Worten gegebene Versprechen wurde, als Napoleon nicht mehr zu fürchten war, vom König schnöde gebrochen und fand erst nach den Stürmen von 1848 in der famosen Dreiklassen-Repräsentation seine Verwirklichung. Dem Minister Hardenberg ist auch die Gesinde-Ordnung von 1810 zu verdanken, die mit ihrem Prügelrecht ebenfalls heute noch Gültigkeit hat.

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn teilt uns mit, daß eine Bestimmung, wonach bei vollbesetztem Wagen 4—5 überzählige Personen mitgenommen werden können, von ihr nicht erlassen ist. Wenn thatsächlich — so schreibt die Direktion — in einer Instruktionsstunde eine derartige Mitteilung gemacht sein sollte, so hat der betreffende Beamte dabei nicht nur auf eigne Faust, sondern direkt gegen unsre Instruktion gehandelt. Auch die Nachricht, daß die Polizei uns vertraulich benachrichtigt habe, sie werde aus ähnlichen Anläßen keine Strafmandate erlassen, ist falsch, was schon dadurch bestätigt wird, daß wir gerade in jüngster Zeit auf Veranlassung der Polizei gegen mehrere Schaffner wegen Uebertretung des Ueberfüllungsverbots einschreiten mußten. Was die Veranlassung zu der obigen Mitteilung gegeben haben könnte, ist vielleicht der Umstand, daß in einem einzigen Falle seitens unsrer unteren Organe von der strikten Beobachtung der Polizeivorschrift bezüglich der Besetzung der Wagen abgewichen worden ist; nämlich an dem Tage der in Berlin herrschenden Wassersnot, an welchem der Betrieb verschiedener Straßenbahnlinien ganz eingestellt werden mußte und auf den im Betriebe befindlichen Strecken das Publikum energisch auf Beförderung drängte; hier ist thatsächlich unter der stillschweigenden Voraussetzung der Billigung der Organe der Aufsichtsbehörde den Schaffnern das Mitnehmen von einigen Personen mehr als vorgeschrieben, gestattet und von diesen entsprechend verfahren worden.

Wir geben dieser Zuschrift um so bereitwilliger Raum, als sie das Publikum, und namentlich die Schaffner der Straßenbahn, über die thatsächlich geltenden Bestimmungen aufklärt und Mißhelligkeiten verhindert, die aus der Befolgung einer unbefugt erteilten oder mißverstandenen Instruktion entstehen könnten.

Ein Krahnunfall, bei dem zwei Arbeiter schwer und zwei leichter verletzt wurden, ereignete sich am Freitagnachmittag kurz vor 3 Uhr auf dem Spandauer Schiffahrtskanal am Südufer. Hier hat auf dem Grundstück Nr. 10—13 die Centrale Moabit der Berliner Elektricitätswerke ein Kohlenlager. Zum Löschen der Kohlen dient eine große, elektrisch betriebene Krahnanlage, deren Greifer je 14 Centner Kohlen selbstthätig fassen und auf das Lager bringen. Gestern nachmittag versagte nun an einem Greifer der Verschluß, als er auf seinem höchsten Punkte vor der Drehung über dem Kahn stand. Der Greifer öffnete sich, und sein ganzer Inhalt stürzte in den Kahn zurück, vier Arbeiter, die unten beschäftigt waren, unter sich begrabend. Die übrigen Arbeiter machten sich sofort an die Rettung der Verschütteten, die denn auch binnen kurzer Zeit ausgegraben wurden. Alle vier lebten noch, zwei aber waren schwer verletzt. Von den Rettungswachen im Krankenhause Moabit und in der Altonaerstraße eilten mehrere Aerzte an die Unfallstelle und leisteten den Verunglückten die erste Hilfe. Die beiden leichter Verletzten konnten sich in ihre Wohnungen begeben, die beiden andern, die Arbeiter Herbold und Rieck, die sich u. a. einen Beinbruch und schwere Kopfwunden zugezogen hatten, mußten mit Koppschen Rettungswagen nach dem Moabiter Krankenhause gebracht werden. Dem Kahn wurde ein Stück aus der Bordwand geschlagen.

Einen umgekehrten Boykott wollten, wie eine Korrespondenz meldet, Gastwirte von Berlin und Umgegend gegen ein Warenhaus, eine Brauerei und eine Selterswasser-Fabrik unternehmen. Das Warenhaus von Tietz in der Leipzigerstraße verkauft Bier und Selterswasser zu einem ungewöhnlich billigen Preise. Dabei wird kein Pfand verlangt und trotzdem nicht einmal die Rückgabe der Flaschen ausbedungen. Das ist ein Wettbewerb, gegen den andre Verkäufer nicht leicht aufkommen. Alle Wirte, die in Betracht kommen könnten, zu einem Boykott zu einigen, würde schwer halten. Daher wollen einige den leichteren Weg einschlagen, Warenhaus, Brauerei und Selterswasser-Fabrik durch Auskaufen lahm zu legen, das Warenhaus nur in diesem Zweige seines Handels. Sie wollen von dem Bier und dem Selterswasser ohne Unterbrechung so viel kaufen, als sie nur bekommen können und die Flaschen so lange als irgend möglich zurückhalten. Da nach ihrer Berechnung die drei Beteiligten an jeder Flasche zusetzen, so hoffen sie, sie auf diese Weise bald mürbe zu machen. Wenn sie sich da nur nicht verrechnen!

Eine Neuregelung der Urlaubsordnung wird von den Berliner Gemeindebeamten angestrebt. In seiner gestrigen Monatsversammlung befaßte sich der Verein Berliner Gemeindebeamten mit dieser Frage. Allgemein wurde darüber geklagt, daß die jetzige Urlaubsordnung sehr mangelhaft sei und den Hauptfehler besitze, daß sie keinerlei Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit nehme, sondern die Urlaubsdauer lediglich nach den Chargen bemesse. Mehrfach wurde vorgeschlagen, dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen. Als eine Unbilligkeit wurde es empfunden, daß seither der einzelne Gemeindebeamte in Urlaubsfällen für einen größeren Zeitraum die Arbeit eines Beurlaubten unentgeltlich mit zu erledigen habe, als er selbst beurlaubt werde. Um hier Wandel zu schaffen, soll künftighin daran festgehalten werden, daß der Einzelne nur so viel Tage die Vertretung für einen Beurlaubten übernimmt, als er selbst Urlaub erhält. Die Versammlung beschloß schließlich, beim Magistrat um Abänderung der jetzigen Urlaubsordnung vorstellig zu werden.

Der Selbstmordversuch im Kriminalgericht, den Donnerstag der 36 Jahre alte Tischler Heinrich Lehmann aus der Dunckerstr. 13 machte, indem er sich unter einen Aktenfahrstuhl warf, ist jetzt aufgeklärt. Der eigne Fall entbehrt nicht der Tragik. Lehmann war längere Zeit in einer Bautischlerei in der Schliemannstraße beschäftigt. Als er dort vor 1½ Jahren aufhörte, nahm er zwei Hobel, die dem Geschäft gehörten, aber nichts mehr wert waren, mit nach Hause. Hier lagen die unbrauchbaren Dinger umher. Lehmann aber empfand doch, daß er nicht ganz recht gehandelt habe. Diese Empfindung steigerte sich nach und nach zu der krankhaften Vorstellung, daß er ein Verbrecher sei. Als der Tischler in der vorigen Woche eines Abends von einer neuen Arbeitsstelle am Vineta-Platz nach Hause kam, klagte er seiner Frau, die Mitarbeiter hätten wegen der Hobel schon gestichelt. Das war Einbildung. Lehmann aber meinte, er müsse nunmehr der Sache ein Ende machen. Seine Frau riet ihm, er möge doch mit seinem früheren Werkmeister sprechen. Das that er denn auch am Mittwoch. Der Werkmeister versicherte ihm auch, daß die Hobel wirklich nichts wert seien, nahm sie aber wieder an, um ihn zu beruhigen. Auch jetzt fühlte sich der Unglückliche noch nicht entlastet. Gestern legte er seinen Sonntagsstaat an und verabschiedete sich von seiner Frau mit dem Vorwande, daß er den Werkmeister noch einmal aufsuchen wolle. Statt nach der Schliemannstraße ging er aber nach Moabit, wo er im Kriminalgericht plötzlich von einer Bank aufsprang und unter einem Fahrstuhl den Tod suchte. Im Lazarett verlangte der Unglückliche, der schwer verletzt wurde, vom Wärter Gift. Der Gerichtsarzt erkannte, daß er an Verfolgungswahn leidet.

In dem Mord und Selbstmordversuch in der Tilsiterstraße ist noch nachzutragen, daß der Rohrleger Hannaske sich nicht lebensgefährlich verwundet hat. Der Blutverlust hatte ihn zwar stark erschöpft, jetzt hat er sich aber schon wieder erholt.

Straßensperrungen. Die Gasse hinter der Kommandantur wird wegen Asphaltierung vom 9. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Prinzengasse und die Falkonniergasse. Desgleichen wird die Wollinerstraße von der Griebenow- bis zur Bernauerstraße wegen Umpflasterung vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für die Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonnabend, 24. Mai, abends 7 Uhr, gesehen haben, wie vor dem Hause Blumenstraße 70 ein Knabe überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei A. Pohl, Blumenstr. 70, abzugeben. Besonders ergeht an den Herrn, der den Knaben aufgehoben hat, die Bitte, sich zu melden.

Bei einem Zusammenstoß auf der Straßenbahn kam gestern mittag der 24 Jahre alte Bäckergeselle Albrecht Kröger aus der Wartenbergstraße 54 zu Friedrichsberg schwer zu Schaden. Als er in der Nähe der Koppenstraße mit seinem Brotwagen quer über das Straßenbahngeleise hinwegfuhr, rannte ein Wagen der Linie Spittelmarkt-Friedrichsfelde sein Fuhrwerk am Hinterteil an. Kröger flog vom Bock, zog sich zwei Rippenbrüche zu und mußte von der Rettungswache 1 nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Im Kinderwagen erstickt ist der 1½ Jahre alte Sohn Fritz des Schneider Sanderschen Ehepaares aus der Marienburgerstr. 31. Während Sander sich vorgestern auf seiner Arbeitsstelle befand, mußte seine Frau fertige Kleidungsstücke, die sie genäht hatte, abliefern. Als sie kurz nach 9 Uhr wegging, schlief der kleine Knabe in seinem Kinderwagen, bei ihrer Rückkehr nach anderthalb Stunden war er tot. Er lag mit dem Gesicht im Deckbett und war erstickt.

Feuerbericht. Zwei größere Brände hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden abzulöschen. Donnerstagabend 8 Uhr war in der Greifswalderstr. 208 auf einem Futterboden ein Feuer ausgekommen, das in kurzer Zeit auch den Dachstuhl erfaßte und einen großen Teil desselben einäscherte. Die Wehr hatte über eine Stunde aus zwei Schlauchleitungen Wasser zu geben, um die Flammen zu ersticken. Ein zweiter bedeutender Dachstuhlbrand wurde zu gleicher Zeit von der Matternstr. 6 gemeldet. Auch hier mußten zwei Schlauchleitungen längere Zeit in Thätigkeit gesetzt werden, um das Feuer, das schon eine große Ausdehnung erlangt hatte, zu dämpfen. Eine Stunde später brannte in der Steglitzerstr. 8 ein Posten Holzkohlen auf einem Schmelzofen, während in der Anklamerstr. 42 ein Brand beseitigt werden mußte, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Görlitzerstr. 60 mußte gegen 11 Uhr in einem Keller ein Feuer abgelöscht werden, das durch Selbstentzündung von Preßkohlen entstanden war. Freitag früh kurz nach 1 Uhr hatte die Wehr in der Roßstr. 8 einen Schornsteinbrand zu beobachten. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Höchstestraße 4, Brunnenstr. 196 und von Neu-Kölln am Wasser 8 zu verzeichnen, die indes durchweg auf unbedeutende Anläße zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Weißensee. Einen glänzenden Sieg errangen die Parteigenossen am hiesigen Ort bei der Gemeindevertreterwahl. Im 2. Bezirk wurde der Genosse Schumann mit 339 Stimmen gewählt, ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Im 3. Bezirk wurde der Genosse Gartz mit 258 Stimmen gewählt. Hier hatte der Grundbesitzerverein noch in letzter Stunde den Tischlermeister Springer aufgestellt, wohl in der Meinung, daß die bei ihm arbeitenden circa 80 Arbeiter ihre Stimme für ihn abgeben würden. Er erhielt jedoch nur 5 Stimmen. Der Gemeindevertretung gehören nunmehr sechs Genossen an.

Den Straßenhandel der Milchcentrale und der Firma Bolle wollen die Rixdorfer Grundbesitzer mit allen Mitteln bekämpfen, da durch diesen Handel viele einheimische Existenzen schwer gefährdet und der städtische Steuersäckel arg geschmälert werde. In Rixdorf existiert seit einigen Monaten eine Polizeiverordnung, welche den gesamten Straßenhandel verbietet, wodurch viele kleine Händler brotlos gemacht worden sind, so daß sie schon jetzt teilweise der Armenkasse zur Last fallen. Umsomehr wundert man sich jetzt allgemein, daß „Klingel-Bolle" und die „Milchcentrale" nach wie vor den schwunghaftesten Straßenhandel in Rixdorf betreiben dürfen. Das Ausrufen und Peitschenknallen der Händler ist durch die oben erwähnte Polizeiverordnung verboten, dagegen dürfen die Milchfahrer von Bolle ungestört klingeln so viel sie wollen. Um diesen Zuständen entgegen zu treten und gleiches Recht für alle zu verlangen, hatte der Kommunal-Reformverein Rixdorfer Grundbesitzer für Donnerstagabend eine Versammlung nach der Rixdorfer Vereinsbrauerei einberufen. Stadtverordneter Belß hielt das einleitende Referat. Milchhändler Schmidt berichtete, daß eine Deputation der Händler beim Polizeipräsidenten in dieser Sache vorstellig geworden sei, wobei dieser ebenfalls empfohlen habe, jeden festgestellten Fall der Uebertretung zur Anzeige zu bringen. Das Klingeln könne nicht untersagt werden, weil die Polizeiverordnung nur vom Ausrufen und Peitschenknallen spreche. Uebrigens sei beim Erlaß der Polizeiverordnung das Verbot des Klingelns mit Rücksicht gerade auf Bolle auf Wunsch einiger Magistratsmitglieder unterblieben. Die letztere Mitteilung rief in der Versammlung allgemeine Entrüstung hervor; es wurde beschlossen, den Magistrat hierüber zu interpellieren. Der Vorstand des Vereins wurde sodann beauftragt, beim Polizeipräsidenten dahin vorstellig zu werden, daß die Firma Bolle und die Milchcentrale nicht anders behandelt werden möchten, wie die übrigen Straßenhändler. Des weiteren sollen in nächster Zeit fortgesetzt Waren von beiden Firmen ohne vorherige Bestellung entnommen und darüber Anzeigen erstattet werden. Alle diese Anzeigen nimmt der Vorsitzende, Stadtv. Rahnig, Prinz Handjerystr. 16 in Rixdorf, zur weiteren Veranlassung entgegen. Auf diese Weise hofft man, dem Straßenhandel beider Firmen in Rixdorf nach und nach ein Ende machen zu können.

Daß wir den Straßenhandel nicht durch Polizeimaßnahmen totgemacht haben wollen, ist bekannt. So haben wir uns auch dagegen erklärt, daß die Polizei gegen Bolle und die Milchcentrale mobil gemacht werde. Wenn aber eine Polizeiverordnung wie die Rixdorfer erlassen worden ist, dann kann man es begreiflich finden, daß die interessierten Kreise gleiches Maß für alle angewandt wissen wollen.

In Sachen des flüchtigen Konkursverwalters Hegert macht das Amtsgericht in Spandau jetzt bekannt, daß Hegert zuletzt noch zehn Konkurse zu erledigen hatte, von denen einer aus dem Jahre 1897 herrührt. Termin zur Wahl eines andren Verwalters ist auf den 10. Juni anberaumt. Bei folgenden Konkursen sind Unterschlagungen begangen worden: Malermeister Franz Pergande; Baumeister Viktor Perrin; Uhrmacher Eduard Fielitz; Kaufmann Louis Hirsch; Gastwirtswitwe Behrendt; Kaufmann Karl Billep; Kaufmann Paul Bachmann; Bäckermeister Leopold Rother, sämtlich in Spandau; ferner Ofenfabrikant Friedrich Arthur Baltz und Gastwirt Sigismund Gericke, beide in Velten. Der Defraudant hat seine sämtlichen Bücher in der denkbar größten Unordnung zurückgelassen.

Witterungsübersicht vom 6. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	757	W	3	hlb. bed.	14	Haparanda	756	N	4	bedeckt	3
Hamburg	757	WSW	4	bedeckt	14	Petersburg	751	NW	1	bedeckt	8
Berlin	750	W	3	bedeckt	16	Cork	750	WSW	5	bedeckt	14
Frankf./M.	762	SW	2	hlb. bed.	16	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	W	2	wolkig	15	Paris	765	WNW	2	heiter	13
Wien	—	—	—	—	—						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 7. Juni 1902.

Vorherrschend wolkig, noch etwas kühler mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

R. B. 78. Dank für Ihre Mitteilungen. Die Vorkommnisse liegen aber schon zu weit zurück, als daß wir sie noch veröffentlichen könnten. **A. M. 90.** Das Denkmal kostet 8000 Mark, die Aufstellung gegen 200 Mark. **A. K. 229.** Sie können beim Amtsgericht auf Rückgabe der Zahlung klagen. — **M. B. 100.** Eine Klage gegen den Vater wäre aussichtslos, denn der Vater haftet für von ihm nicht genehmigte, auch nicht zum Unterhalt des Sohnes erforderliche Schulden nicht. — **Wiechmann.** Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — **J. G., Danzig.** Solche Urteile sind uns nicht bekannt und würden irrig sein. Wenn die Arbeitsordnung gültig ist, so ist auch die im Urteil ausgesprochene Ausschließung der Kündigungsfrist gültig. — **W. H. 49.** Die Tierchen, die Sie als Schädlinge Ihres Landes beschreiben und die Sie Landflöhe betiteln, scheinen Erdflöhe zu sein. Sie rotten dieselben am besten aus, wenn Sie auf den Boden Asche aufstreuen und diese mit Jauche begießen oder mit Tabaksaufguß oder Guano vermischen. Auch sogenannte Erdflohmaschinen (mit Teer überstrichene Brettchen, an denen sich Reiser zum Aufstöbern der Käfer befinden) benutzt man, indem man sie durch die Pflanzenreihen, insbesondere durch den Kohl durchzieht. Haben sich die Larven des Flohes im Raps festgesetzt, so ist es ratsam, den Raps unterzupflügen und andres anzupflanzen. — **A. D. 29.** Verjährung liegt nicht vor. Eine Strafanzeige würde aber nach Ihrer Darlegung schwerlich Erfolg haben. — **H. K.** Die monatliche Kündigungsfrist bleibt trotz des Kaufes bestehen. — **F. S. 15.** 1. Wenn in der That nur 14 Mark monatlich gezahlt und Essen oder Wohnung nicht gewährt wurde, so ist richtig geklebt. 2. Eventuell ist nachzukleben. 3. Nein. 4. Nein. 5. Ja. 6. Es muß auch für diese Zeit geklebt werden. 7. Nein. — **F. G.** Ein sogenannter Lotterie-Verein bedarf keiner Genehmigung. — **G. Sch.** Wenden Sie sich direkt an die Postdirektion. — **O. W. 23.** 1. Nein. 2. Ja, beim Amtsgericht. 3. Ja. — **Friedrichsberg 88.89.** Eine ausgeklagte Forderung verjährt erst in 30 Jahren. Sie müssen also, falls Sie sich nicht einigen, zahlen. — **Loewe.** Nachdem das Reichs-Versicherungsamt zu Ungunsten der Hinterbliebenen auf Grund des Attestes entschieden hat, läßt sich leider zu Gunsten der Hinterbliebenen nichts mehr machen.

Allen Freunden u. Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann u. Vater, der Böttchermeister

Hermann Inderst,

am 5. d. M., abends 8 Uhr, an Herzlähmung sanft verschieden ist. Dies zeigen tiefbetrübt an 96b

Wwe. Inderst u. Sohn.

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 3 Uhr, vom Trauerhause, Lorzingstr. 2, aus nach dem Kirchhof der Friedens-Gemeinde statt.

Verband der Maschinisten und Heizer sow. Berufsg. Deutschl.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 3. d. M. verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied

Herm. Mittelstädt.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofs in Reinickendorf (Humboldtstraße) aus statt. (Straßenbahn: Reinickendorf-Rathaus.) Um rege Beteiligung ersucht

138/4 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, besonders Herrn Bahrfeldt, Vertreter der Firma G. Grauert, und den Kollegen, dem Gesangverein „Sängerhort", dem Metallarbeiter-Verband, dem Socialdemokratischen Wahlverein (Osten), sagen wir unsern tiefgefühltesten Dank.

87b **Ww. Stein u. Tochter.**

Danksagung.

Für herzliche Teilnahme und für die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unsres lieben Sohnes und herzensguten Bruders sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Manasse für die trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen unsren herzlichsten Dank.

Famille Dietrich.

Danksagung.

Für die reichen Kranzspenden sowie die bewiesene Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Malers 43629

Carl Labude,

sage allen Freunden und Bekannten, besonders dem Socialdemokratischen Wahlverein, Verband der deutschen Maler, Krankenkasse der Maler und dem Radfahrer-Verein meinen herzlichsten Dank.

Witwe Labude.

Cigarren- u. Cigaretten-Fabrik Schillingstr. 7. Benno, Schillingstr. 7. Engros u. Endetail empfiehlt nur feinste Qualitäten.

43578* **H. Fyrst.**

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.

Freitag, den 13. Juni, abds. 8 Uhr, bei Merkpwski, Andreasstr. 26:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

Verfügung des Oberpräsidenten wegen Erhöhung der Beiträge.

Berlin, 5. Juni 1902.

373/11 **Der Vorstand.**

Bilanz per 31. Dezember 1901.

A) Aktiva.	Mark
An Waren-Conto	26 977,94
„ Cassa-Conto	2 555,39
„ Inventar-Conto nach Abschreibung von 10 %	6 951,30
„ Debitoren-Conto	10 523,23
	47 007,86

B) Passiva.	Mark
Per Creditoren-Conto	16 273,89
„ Accepten-Conto	1 200,—
„ Genossenschafts-Conto	750,—
„ Darlehns-Conto	25 743,—
„ Lohn-Conto	520,60
„ Reservefonds-Conto	260,—
„ Reingewinn	2 260,37
	47 007,86

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1901: 25. Neu eingetreten: 2, ausgeschieden: 2. Beitrag der Hauptsumme 750 M. Geschäftsguthaben 750 M. 88b

Möbelfabrik Eiche

E. G. m. b. H.

Eine Wohlthat.

Bei den heißen Tagen einen feinen **Sommer-Anzug** zu haben, bietet sich dem geehrten Publikum eine nie wiederkehrende Gelegenheit. 4268B*

200 Stück

reinwollene Stoffe in neuesten Mustern verarbeite nach Maß unter Garantie tadellosen Sitzes mit festen Futterstoffen, **jeden Anzug zum Aussuchen für 25 Mark; früherer Preis 50 Mark. Ein Posten Herren-Hosen, guter Stoff, nach Maß für 3.50 Mark,** so lange der Vorrat reicht.

Eigne Schneiderei im Hause.

A. Priester,

Gr. Frankfurterstr. 40.

Ein Wirt gesucht,

der bereit ist in einer Stadt mit 65 000 Einwohnern für die moderne Arbeiterbewegung ein Lokal einzurichten, da solches am Platze nicht verfügbar. 4358B*

Offerten unter **S. 1** an die Exped. des „Vorwärts".

Extra-Dampferfahrten

nach **Schmöckwitz,** dem herrlich gelegenen **Lokal Seddin-See**

jeden Sonntag 9 und 2 Uhr (hin und zurück 75 Pf.), Montag u. Mittwoch 2 Uhr mit Musik (hin und zurück 50 Pf.). Während des Aufenthalts im Garten **großes Konzert** und in zwei Sälen **Ball.** Abfahrt zwischen Jannowitz- und Waisenbrücke (Dampferstation Kyffhäuser).

Das Lokal bietet einen herrlichen Aufenthalt. Zwei große Säle, Kegelbahnen usw. Für Vereine und Gesellschaften bestens zu empfehlen. Auch stelle ich die billigsten Dampfer.

Gute Sommerwohnungen mit und ohne Pension. **A. Noack.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 7. Juni.

Opernhaus. Samson und Dalila. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Gastspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart. Der polnische Jude. — Die Hand. Anfang 7½ Uhr.
Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyklus. Die Zaubergeige. — Vaimpol und Perinette. — Apotheker und Friseur. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Mottenburger. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Barbier von Sevilla. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schillerseer. Der Progenbauer von Tegernsee. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf bei ungünstiger Witterung: Er. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der lustige Ehemann. Anfang 7½ Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Maienmarkt. — Schöne Seelen. — Kollegen. Anfang 8½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Don Juan. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr: **Die Mottenburger.** Posse mit Gesang in sechs Bildern von D. Kalisch und A. Weirauch. Musik von R. Bial.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Zwei Wappen.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Der Probekandidat.**
Montagabend 8 Uhr: **Unter blonden Bestien. Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Viper.
Kriminalschauspiel in 7 Bildern.
Im Garten: 1. Gr. Sommernachtsfest. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorst. Anfang 4½ Uhr.

Central-Theater.

Sonnabend, 7. Juni, abends 8 Uhr: Zum 146. Male:
Coralie & Cie.
Schwank in 3 Akt. v. Albin Valabrègue und Maurice Hennequin.
Morgen u. folgende Tage: **Coralie & Cie.**

Belle-Alliance-Theater.

Im Garten auf der Sommerbühne um 8 Uhr: **Die Dame aus Trouville**
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Konzert.** Bei ungünstiger Witterung im Theater: „Er". — Garten-Entree inkl. Vorstellung **30 Pf.** — Saisonkarten 3 M. — Dutzendkarten 2 M.

Metropol-Theater

Anfang **8** Uhr. **Morwitz-Oper.**
Klassisch-populäre Vorstellung bei halben Preisen:
Don Juan.
Sonntag: Letztes Gastspiel **Heinrich Bötel.**
Der Postillon von Lonjumeau.
Montag: Kgl. sächs. Hofopernsängerin Irene Abendroth:
Der Barbier von Sevilla.
Kühl ventilliertes Haus.

Wintergarten.

Das neue Juni-Programm
Besser und interessanter wie je!

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Passage-Panopticum.
Der weibliche Affenmensch.
Die Seejungfer.
Der Tigerknabe.
Damen-Ringkampf!

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Willy Prager
16 Elite-Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonnabend:
Monstre-Konzert
(6 Musikcorps!!)
Entree 1 Mark
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Photographische Aufnahme von der Insel
Martinique
und von den Schlachtfeldern
Transvaals.
Im Konzertsaal:
Schwedische Künstlerkapelle
4 Damen, 2 Herren.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Sonnabend, 7. Juni, abds. 8½ Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Gastspiel von **Emanuel Reicher.**
Maiennacht. Kollegen. Schöne Seelen.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
Um **8** Uhr:
Sensationell sind die neuen **Juni-Specialitäten!**
Um **9** Uhr:
Kolossaler Lacherfolg!
Die Ausstattungs-Operette von Paul Lincke
Lysistrata
mit dem Luftballett „Grigolatis!"
Um 7 Uhr: **Garten-Konzert.**

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Fröbels
Allerlei-Theater
früher **Puhlmann**
Schönhauser-Allee No. 148.
Durchweg glanzvoll erneuert!
Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung.
Kommen! Sehen! Staunen!
Allabendlich stürmischer Beifall des erstklassigen Riesen-Programms!
Im Prachtsaal: **Gr. Ball.**
Anfang Konzert **5** Uhr, Vorst. **6** Uhr. Entree **30** Pf., Sperrsitz **50** Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plätzen d. Hälfte.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1½ Uhr.

Reichshallen-Garten und Restaurant.
Täglich: Grosses Militär-Konzert.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten. Ballettges. Catrini. Tyrolienne Mary Ellys. Groteske-Kom. Paul Coradini. Brothers Fred, musik. Excentrics. Mr. Bartling, leb. Photogr. Fred Marzahni Troupe, Pantom. Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen. Tanz frei!**
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Gr. Specialität.-Vorstellg. Berliner Waschermädel.
Mittwochs und Sonntags: **Ball.**
Entree 20 Pf.

Schweizer Garten

Am Königsthor 43602*
Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigung. Freier Damentanz.
Um 10 Uhr: **Susanne im Bade.**
An Wochentagen ist die Kaffeeküche von 3—6 Uhr geöffnet.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

W. Hoacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Onkel Don Juan.
Posse mit Gesang u. Tanz v. E. Braune.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Steglitz. **Birkenwäldchen.** Steglitz.

Inhaber **E. Felsch.**
Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement von Berlin und Umgegend, 20 000 Personen fassend. Mit der Wannseebahn für 10 Pf. bequem zu erreichen.
Sonntag, den 8. Juni 1902:
Großes Monstre-Feuerwerk und Konzert.
Schluß-Apotheose: **Der Ausbruch des Mont Pelée auf Martinique.**
Im Saale: BALL. 43602*
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder unter 12 Jahren frei.
Montag: Humoristische Soiree der **Leipziger Sänger.** — Mittwoch: Zweites großes **Kinder- u. Familienfest.** — Jeden Donnerstag: **Ball.** Anf. 8 Uhr.
3 Kegelbahnen. Gr. Kaffeeküche. Volkswiese. Spiel- u. Tummelplätze. Weißbier-Pavillon. Ausspannung. Radfahrstation usw.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
(Endstation der „Stern"-Dampfer)
Telephon:
Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39.
Empfehle mein altbekanntes, herrlich an Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. [43129*

Paul Hilperts Restaurant u. Garten
Halensee, Kurfürstendamm 126.
Erste Haltestation für Kremser, Fußpartien usw. am Bahnhof Halensee. **Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen Preisen. Familien können Kaffee kochen.** [*
Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Paul Hilpert.**

Restaurant „Wilhelmshof", Hirschgarten.
Am Bahnhof Hirschgarten. Inh. **W. Keller,** Gastwirt.
Empfiehlt den **Vereinen und Gesellschaften** seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Kegelbahnen, Kaffeeküche. Gutgepflegte Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. **Volksbelustigungen.**
Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Studenrauchstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) **Radfahrer Pumpstation.**

Sauerstoffwasser
nach ärztlicher Verordnung
grosse Flasche 10 Pf. exkl. Glas.
Zu haben in unseren ca. **300 Niederlagen.**
Von 30 Flaschen an frei Haus.

Selterswasser
grosse Flasche à 5 Pf. exkl. Glas.

Brauselimonaden.
Himbeer, Citronen, Waldmeister a 10 Pf. exkl. Glas, nur aus **frischen Früchten** bereitet.
Zu haben in unseren ca. **300 Niederlagen.**
Von 30 Flaschen ab frei Haus.

Fruchtsäfte
Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinster Raffinade eingekocht, **a Literflasche 1,30** exkl. Glas.

Citronensaft zur Kur
aus **frischer Frucht** a Fl. **1,50, 1,00** und **0,55 M.**
Zu haben auch in unseren ca. **300 Niederlagen.**
Bestellungen frei Haus bitten direkt an uns zu richten.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.
Fernsprecher Amt III No. 3524. 4146L*

Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben kostet: mit Satinfutter 1,75 M. mit Atlasfutter 2 M.

Dieser äusserst leichte Binsenstrohhut kostet 1,50 M. mit Ventilation 1,75 M.

Oscar Arnold
Engros **Hüte und Mützen** Export
nur Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen Formen und Qualitäten!
Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353

Sonntag, den 8. Juni cr., vormittags 10 Uhr
Allgemeine Versammlung
der Gas-, Wasser-, Heizungs-Rohrleger u. Gehilfen
im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **P. M. Grempe** über: **Welche Vorteile bringen uns die Fortschritte der Beleuchtungstechnik?** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Zugleich ersuchen wir die Kollegen, diese Versammlungsanzeigen nicht in der Tasche zu behalten, sondern in den Werkstätten und auf den Bauten unter den Kollegen zu verteilen, und rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren.

Sonntag, den 8. Juni cr., vormittags 10 Uhr,
Morgensprache der Schraubendreher
bei **Wetzel,** Wrangelstr. 136.

Sonntag, den 8. Juni cr., nachmittags 4 Uhr
Versammlung
aller i. d. Schraubenbranche beschäftigt. Personen
bei **Graumann,** Naunynstraße 27.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 116/2
Nachdem: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 15 Pf. **Arbeitslose frei!**

Montag, den 9. Juni cr., abends 8½ Uhr
Branchen-Versammlung der Former
sowie aller in
Eisen- u. Metallgießereien beschäft. Arbeiter
Berlins und Umgegend
im **Gewerkschaftshaus** (großer Saal), Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Agitationskommission eventuell Beschlußfassung über das ausgearbeitete Regulativ betreffs Verwendung unseres Fonds. 2. Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Gießereien. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! In Eurem eignen Interesse seid Ihr verpflichtet, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maschinisten u. Heizer

sowie Berufsgenossen Deutschlands 139/5
Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 8. Juni cr., nachmittags 5 Uhr,
in **Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39,**
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Der Weg der Völker vom Glauben zum Denken oder Gesundbeten, Gesunddenken.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umg.

Sonntag, den 8. Juni, vormittags 10½ Uhr:
General-Versammlung
im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15, Saal I.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Statutenberatung. 2. Vereinsangelegenheiten.
Beiträge werden nur von 9—11 Uhr angenommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
33/12 **Der Vorstand.**
Die **Kremserpartie** findet am 14. Juli nach **Saatwinkel** statt.

Verband der Möbelpolierer.

Die Kollegen werden ersucht, heute abend in den Zahlstellen ihre Beiträge zu entrichten und die Fragebogen abzuliefern.
Montag, den 9. Juni, abends 8½ Uhr, Hussitenstr. 40:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Stramm** über: Baugenossenschaften. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zur Dampferpartie am 29. Juni nach Hessenwinkel. 146/7
Der Vorstand.

Gewerkschaftliche
Männer- u. Frauen-Versammlung

Montag, den 9. Juni, abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn **Max Weimann,** Schöneberg, Hauptstraße 6.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Reuter.** 2. Diskussion. 3. Die Handlungsweise der Zeitungs-Expedienten Herren Knoblauch bei Scherl und Karnek bei Mosse, sowie des Porters Leyke, Moabit, 5, welche zu dieser Versammlung besonders eingeladen werden. 4. Entfernung der **Beamtenfrauen** aus dem Zeitungsträgerdienst. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. 289/10
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Rabatt-Sparverein „Südost"

Vereinsbureau: Kottbusser Ufer 44a.
Die auf Grund des neuen Statuts notwendigen **Delegiertenwahlen** finden statt in **Berlin:**
Dienstag, 10. Juni 1902, abends 8—10 Uhr, im Lokal „Südost", Waldemarstr. 75, Tunnel
für den 1. Bezirk, umfassend die Straßen, welche von der Görlitzerstraße, Görlitzer Ufer, Wrangelstraße, Skalitzerstraße bis Görlitzerstraße begrenzt werden.
Dienstag, 10. Juni 1902, abends 8—10 Uhr, im Lokal Ludwig, Köpnickerstr. 174
für den 2. Bezirk, umfassend die Straßen, welche von der Köpnickerstraße, Schlesischestraße, Heckmannufer, Görlitzerufer, Wrangelstraße, Skalitzerstraße, Lausitzer Platz und Pücklerstraße begrenzt werden.
Dienstag, 10. Juni 1902, abends 8—10 Uhr, im Lokal Nowack, Manteuffelstr. 9
für den 3. Bezirk, umfassend die Straßen, welche von der Köpnickerstraße, Michaelkirchstraße, Luisenufer, Oranienstraße, Skalitzerstraße, Lausitzerplatz und Pücklerstraße begrenzt werden.
Alle übrigen in Berlin und den Vororten, mit Ausnahme von Rixdorf und Britz, wohnende Mitglieder, welche nicht in einem der angegebenen Bezirke wohnen, wählen im 1. Wahlbezirk. 108/11
Die Mitglieder aus dem 4., 5., 6. und 7. Bezirk dürfen nicht mitwählen.
Nur Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Brodts Gesellschafts-Haus

Erkner am Dämeritz-See
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich den Genossen bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fabriken zu angenehmem Aufenthalt. In den Monaten **Juni, Juli** und **August** sind noch **Sonnabende** und **Sonntage** zu vergeben. 37399

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag im Kolberger Salon eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der über die stattgehabten Verhandlungen bezüglich der Berliner Organisations-Verhältnisse berichtet wurde. Dem sehr ausführlichen Bericht, den der Vorsitzende Genosse Freythaler über die verschiedenen Sitzungen und über die gepflogenen Verhandlungen erstattete, war zu entnehmen, daß der Vorschlag der freien Kommission, welche sich aus der Kontrollkommission, dem Parteivorstand, Delegierten der Reichstags-Fraktion und Vertreterinnen der Genossinnen Berlins zusammensetzte, im allgemeinen die Zustimmung sämtlicher zum Agitationsgebiet Berlin gehörigen Wahlkreise gefunden hat. Nach diesem Vorschlage bilden die sechs Berliner Wahlkreise und die Wahlkreise Nieder-Barnim und Teltow-Beeskow einen gemeinsamen Agitationsbezirk. Diese acht Wahlkreise delegieren ihre Vertreter in die verschiedenen Kommissionen, so weit nicht, wie bei der Preßkommission, durch das Organisationsstatut der Partei die Delegation vorgeschrieben ist, nach freier Vereinbarung. Ueber die Art der Wahl bestimmen die Genossen der einzelnen Wahlkreise, gemäß den Bestimmungen des betreffenden Kreises, selbständig. Die Wahl der Vertrauenspersonen muß in öffentlichen, von der bisherigen Vertrauensperson oder deren Stellvertreter einberufenen Versammlungen stattfinden. Die Vertreter des sechsten Wahlkreises stimmten diesem Vorschlage in der betreffenden Sitzung vorbehaltlos zu, wozu sie auf Grund der Beschlüsse der letzten außerordentlichen Generalversammlung befugt waren. Die übrigen Kreise hatten sich vorbehalten, nochmals mit den Genossen des Kreises Rücksprache zu nehmen. In der hierauffolgenden Konferenz erklärten sich auch die übrigen Kreise, zum Teil mit einigen Einschränkungen, mit dem Vorschlage einverstanden. So hat der vierte Kreis Osten und Südosten die Bedingung gestellt, daß die Funktionen der Vertrauensmänner die alten bleiben und deren Beschlüsse maßgebend sein müssen für sämtliche Genossen Berlins. Diese Bedingung wurde in der Konferenz ohne jeden Widerspruch dahin interpretiert, daß dadurch die von der freien Kommission oben erwähnten Grundsätze in keiner Weise eine Einschränkung erfahren würden; infolgedessen konnten sich die Vertreter des sechsten Kreises auch hiermit einverstanden erklären. — Genosse Freythaler, der noch darauf hinwies, daß bis auf den einen Punkt, wonach der Kreis auf das Recht, die Vertrauenspersonen in der Organisation zu wählen, verzichten müsse, alles beim alten bleibt und der sodann über die nachträglichen Besprechungen mit den Genossen der Schönhauser Vorstadt berichtete, empfiehlt schließlich der Versammlung folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 5. Juni tagende außerordentliche Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis erklärt sich damit einverstanden, daß nach Auflösung des socialdemokratischen Vereins der Schönhauser Vorstadt

1. sämtliche Mitglieder desselben unter Anrechnung der in diesem Vereine gezahlten Beiträge als alte Mitglieder in den Wahlverein wieder eintreten;
2. daß sämtliche Funktionäre des 6. Kreises alsdann ihre Posten niederlegen und bei den vorzunehmenden Neuwahlen die Vorschläge der Genossen von der Schönhauser Vorstadt in loyalster Weise berücksichtigt werden

und giebt sich der Hoffnung hin, daß mit der Erneuerung dieses Beschlusses der fruchtlose Streit um die Organisationsform endgültig beendigt ist."

In der hierauf folgenden längeren Diskussion plädierten außerdem die Genossen Kiesel, Ernst und A. Hintze für die Annahme der Bedingungen und gaben dem Wunsche Ausdruck, daß endlich, und zwar im Interesse der Partei Frieden geschlossen, die unleidlichen Organisationsstreitigkeiten beseitigt werden und dadurch eine gemeinsame, ersprießliche Thätigkeit für die Partei ermöglicht wird. Den Genossen der Schönhauser Vorstadt würde damit eine gute Gelegenheit zur Einigung gegeben, die insbesondre auch in Rücksicht auf die nächsten Wahlen unbedingt notwendig ist. Die Genossen Kröhn, Knorr u. a. sprachen gegen die Resolution und wandten sich namentlich gegen den zweiten Passus, wonach die Funktionäre ihre Posten niederlegen sollen. Von einigen Rednern wurde die bedingungslose Auflösung des Vereins der Schönhauser Vorstadt verlangt und darauf hingewiesen, daß die beteiligten Genossen undemokratisch gehandelt, daß sie sich der Majorität nicht gefügt und daß nun sämtliche Instanzen zu Ungunsten dieser Organisation entschieden haben. Nach dieser Debatte wurde die obige Resolution mit allen gegen ca. 10 Stimmen angenommen.

Ueber den augenblicklichen Stand der Neueinrichtung der „Vorwärts"-Druckerei und deren Verwaltung berichtete Genosse E. Ernst. Der Redner konnte mitteilen, daß die gesamten Baulichkeiten, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen, am 1. Oktober dieses Jahres vollständig fertiggestellt sein werden und zu dieser Zeit der Betrieb aufgenommen werden kann. Die finanzielle Frage wurde in kurzer Zeit und in glänzender Weise gelöst. In hervorragender Weise haben sich die Gewerkschaften an diesem Unternehmen beteiligt, so daß erheblich mehr als die für notwendig erachtete Summe aufgebracht worden ist. Die maschinellen und technischen Einrichtungen sind die besten, ebenso wie sie auch in hygienischer und sanitärer Beziehung allen Anforderungen entsprechen und sind die Wünsche der Arbeiter weitgehendst berücksichtigt worden. Als Geschäftsführer ist der Genosse Richard Fischer und als technischer Leiter der Genosse Kahn gewählt worden. Die Kontrolle wird von einer neungliedrigen Kommission, die aus je einem Vertreter der acht Wahlkreise und einem Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission zusammengesetzt ist, ausgeübt werden. Diese Kommission soll nicht nur die Kontrolle über den Betrieb ausüben und die notwendigen Maßnahmen veranlassen, sondern auch event. Beschwerden, soweit sie nicht von den Firmeninhabern geregelt werden, erledigen. — In der Diskussion über den Bericht des Genossen Ernst, der über alle Einzelheiten bezüglich der finanziellen Verhältnisse, der Verwaltung, der Rechte und Pflichten der Firmeninhaber, Geschäftsführer und technischen Leiter Aufklärung gab, wurde von einigen Rednern bemängelt, daß den Genossen nicht früher schon über die Einrichtungen Bericht erstattet wurde und sie jetzt vor vollendete Thatsachen gestellt werden. Die Genossen hätten zu Rate gezogen werden müssen und namentlich hätten sie über die Anstellung der leitenden Personen zu entscheiden gehabt. Es müsse unter allen Umständen der Einfluß gewahrt bleiben. Von einem Genossen wurde kritisiert, daß auch die Firma Bergmann, wo die Arbeitsverhältnisse fortgesetzt zu Klagen Veranlassung geben, zur Lieferung von Maschinen zugelassen wurde. Nachdem noch Genosse Ernst sich eingehend zu den gemachten Einwendungen geäußert hatte, wurde Genosse Gieshoit als Vertreter des sechsten Kreises in die Kontrollkommission der „Vorwärts"-Druckerei gewählt.

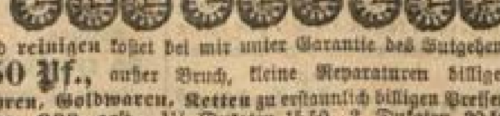
Eine öffentliche gewerkschaftliche Männer- und Frauenversammlung, einberufen von dem Gewerblichen Frauenverein Berlins und Umgegend, tagte am Montag in Ahrens Brauerei, Moabit. Es kam zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Außer einem Vortrage des Genossen Fr. Kater über Zweck und Nutzen der Organisation, stand noch folgender Punkt auf der Tagesordnung: Wie stellt sich die Arbeiterschaft Moabits zu den Angriffen über die Kinderarbeit bei den Austrägerinnen des „Vorwärts" und Organisierung dieser Frauen? Frau Gubela, die über diesen Punkt sprach, sagte, daß die für die Parteispedition in Moabit thätigen Austrägerinnen verschiedentlich Kinder zur Hilfe heranzögen und daß außerdem die Organisierung der Frauen erschwert werde. Frau Gubela kritisierte auch, daß „Vorwärts"-Abonnenten den Austrägerinnen gegenüber oftmals nicht als Genossen handeln und sie veranlaßt worden sei, diese Mißstände zur Sprache zu bringen. Genosse Freythaler betonte in längeren Ausführungen, daß bei der Errichtung der Parteispedition neben andern als Hauptgrund maßgebend war und noch ist: Die Ausbeutung der Austrägerinnen und insbesondere die Kinderarbeit zu beseitigen. Den Parteispediteuren und sogar auch den Frauen sei verboten, Kinder zu beschäftigen. Durch die Kontrolle sei allerdings festgestellt worden, daß von Austrägerinnen in einigen Fällen Kinder zur Hilfe herangezogen worden sind. Die Untersuchung habe aber ergeben, daß in diesen Fällen außergewöhnliche Umstände vorhanden waren, so daß Rücksicht wirklich angebracht und ein schroffes Vorgehen gegenüber den betreffenden Frauen ungerecht gewesen wäre. Der Redner wendete sich sodann gegen diese neue Organisation, durch die nur eine Zersplitterung hervorgerufen wird und die überflüssig ist, weil genügend Organisationen vorhanden sind, in der die Interessen der in Betracht kommenden Arbeiterinnen vertreten werden könnten. Genosse Kater erachtet diese besondere Organisation der Reinemache- und Aufwartefrauen, Zeitungsausträgerinnen 2c. für notwendig, indem sie ebenso wie jeder andre Beruf Sonderinteressen zu wahren hätten, für die sie selbst eintreten müßten. Genossin Wengels wendet sich gegen die besondere Organisation, deren Gründung nicht nur unnötige, erhöhte Kosten verursacht, sondern auch eine Kräftezersplitterung bedeute. Die Reinemachefrauen hätten sich sehr wohl der Organisation für die Arbeiterinnen der Wäschefabrikation, die sich übrigens bereits bereit erklärt habe, für deren Forderungen einzutreten und die Zeitungsfrauen dem Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen anschließen können. Genosse E. Ernst erklärte, daß er, obwohl er Verbands-Anhänger, kein Gegner der neuen Organisation sei, sich aber gegen das sonderbare Vorgehen, gegen die Art der Einberufung der Versammlung und die Tagesordnung derselben wenden müsse. Die angekündigte Tagesordnung habe den Eindruck gemacht, daß in der Parteispedition arge Mißstände vorhanden und die Genossen veranlaßt, die Versammlung zu besuchen. Frau Gubela habe nur Allgemeinheiten vorgebracht, ohne irgendwelches Thatsachenmaterial. Wenn Mißstände vorhanden, so hätten sich die leitenden Personen an den Vertrauensmann bezw. an die in Betracht kommenden Instanzen wenden sollen und es würde für Abhilfe gesorgt werden. Nachdem noch kurze Zeit in dieser Weise diskutiert und auch Frau Gubela nochmals gesprochen hatte, wurden die Auseinandersetzungen für und gegen die neue Organisation, namentlich aber auch bezüglich der Frau Gubela so erregt, daß die zweite Vorsitzende, um eine polizeiliche Auflösung zu verhindern, die von kaum 150 Personen besuchte Versammlung schließen mußte.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 8. Juni, vormittags $8\frac{3}{4}$ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kl. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um $10\frac{3}{4}$ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn Waldeck Manasse: „Teufelsmärchen." — Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musikharmonium. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 9. Juni, abends $8\frac{1}{2}$ Uhr, pünktlich, im unteren Saale des „Englischen Gartens" Alexanderstr. 27c: Beschließende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Weiße Quittung legitimiert.

Grosse Fänge.
Seefische billig!
Schellfische in allen Grössen 15, 18–20 Pf. pro Pfd.
grosse ohne Kopf und im Anschnitt . . . 25 Pf. „ „
Cabliau (zum Kochen und Braten sehr empfehlenswert) ohne Kopf u. im Anschn. 20–22 Pf. „ „
Bratflunder 20–25 Pf. (3 Pfund 55 Pf.) – Seehecht 35 Pf. Knurrhahn 25 Pf. pro Pfund.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Hauptfiliale Berlin C. 23, Bahnhof Börse, Bogen 9–10.
II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.
III. „ Prinzenstrasse 30. 43502*
IV. „ Madaistr. 22, im Schlesischen Bahnhof.
Johs. Skorczyk, Generalvertreter.

Stettin: Magazinstraße 2. Hohenzollernstraße 3. } Filialen: { Berlin: Chausseestraße 54. Belle-Alliancestr. 98
Mass-Anzüge
24 und 30 Mark.
Paletots nach Mass 22 Mark.
Es liegt in jedem seinem Interesse, mein Angebot zu prüfen und sich von der Reellität zu überzeugen. Ich liefere von prima Stoffresten die elegantesten haltbarsten Maß-Anzüge zu obigem Preise. Kein Zwang zur Abnahme, wenn der Anzug nicht sitzt. 365
Sonnenschein's Engros-Resterhandlung
Belle-Alliancestraße 98, 1 Tr., und Chausseestraße 54, 1 Tr.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „ 0,75 „
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mützen. Krawatten. [37242*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dukaten-Trauring, 900 gest., $1\frac{1}{2}$ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen Pincenez, Operngläser. 38130*
T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Billigste, Beste
Strohhüte

Binsen-Hüte crême mit schwarzem Band . . 90 Pf.
Stroh-Hüte mit gerader Krempe 2 M., 1 M. 25, 90 Pf., 45 Pf.
Palm-Hüte mit gerader Krempe, weiss mit schwarzem Band 1.25 M.
Kniff-Hüte weiss und farbig 2, 1 Mk., 65 Pf.

Besonders günstige Abschlüsse ermöglichen obige erstaunliche Angebote.
Grüne Herren-Joppen 90 Pf. Lüster-Herren-Jackets 2 M. 65.
Baer Sohn
Chausseestrasse 24a-25, 11 Brückenstrasse 11,
20 Gr. Frankfurterstr. 20.

Apotheker
„Baers Ursol"
ist das beste Mittel gegen Fußschweiß, besonders aber auch gegen Hand- und Achselschweiß. Wirkt bei dem sogenannten Wolf augenblicklich, verhindert Wundgehen der Füße, nimmt nach kurzem Gebrauch den üblen Geruch, ist garantiert unschädlich für die Gesundheit.
Preis pr. Flacon 1,50 M. franko pr. Nachnahme.
Den verehrlichen Gewerkschaften, Vereinen, Krankenkassen gewähren wir bei direkter Bestellung und Abnahme von 12 Stück 20 Prozent Rabatt. 905*

Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich
9, Naunynstr. 9
ein Weiss- u. Bayrischbier-Lokal mit Billard und Vereinszimmer eröffnet habe. 43482*
Ersuche um geneigten Zuspruch.
Paul Lier.

Erklärung.
Hiermit bereue ich meine Handlungsweise in Nieder-Schönhausen und verspreche von jetzt ab gegen die Kollegen reell zu sein. Hermann Mantcke, Steinträger, Pankow, Florastr. 43. 806

Noch nie so billig
somit jetzt Vorrat kaufen.
100 St. Senftenb. Briquetts 6 Zoll 0,50
100 „ Riesenkohle . . . . . 7 „ 0,60
ungepackte Preßkohlen, Centner . 0,65
1 Scheffel Nuß II Königshütte . 0,85
1 Hekt. kl. gemahlener Gascoaks 1,10
Zum Abholen borge 25 Handwagen.
Ins Haus bei 3000 Stück a 1,25 M. mehr. Josef Fischer, Mitte Brombergerstraße 19. *

Ober-Schöneweide
Wilhelminenhofstr. 18.
Arbeiter-Verkehrs-Lokal.
Parteigenossen empfehle bei Ausflügen mein Weiß- und Bairisch-Bierlokal. Schöner schattiger Garten mit Kegelbahn. Direkter Ausgang nach herrlichem Walde. — Familien können Kaffee kochen, a Liter 50 Pf. 806*
Ernst Kaufholt.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwisch. Müggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Belustigungen aller Art. Coulante Preise. 35132* M. Degebrodt, „Strandschloß", Köpenick.

Carl Sonnenfeld,

Reinickendorferstrasse 1 und Ecke Schulzendorferstrasse, am Wedding-Platz.

Selten günstiges Angebot!

Wegen Ueberfüllung des Lagers verkaufe:

Herren-Anzüge	in allen Weiten Mk. 14,50, 11,25	7,75
Herren-Paletots	in allen Farben Mk. 11,–, 8,50	3,90
Jünglings-Anzüge	für das Alter von 10 bis 16 Jahren Mk. 6,40, 4,90	3,65
Knaben-Anzüge	in allen denkbaren Façons Mk. 4,30, 2,40	1,70
Herren-Hosen	aus nur guten Stoffen Mk. 3,75, 2.40	1,10
Reise-Joppen		88 Pf.

Anfertigung nach Mass

in eleganter Ausführung zu sehr billigen Preisen.

Arbeiter- u. Berufskleidung.

Sonntags geöffnet von 7–10 und 12–2 Uhr.

Neueste Mode die feinsten Stoffe Mk. 16,25, 13,50, 9,75 Mk.

Rockanzüge 1- und 2reihig, schwarz u. farb. 26,25 19,50 14,25 Mk.

Eigene Confection.

Elegante **Costümröcke** enorm billig in Tuch, Zibeline, Kammgarn und Cheviot, 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., Seidendamast 25 M., Alpacca 4.50 M., 6 M., bis 30 M., weiss Cheviot und Piqué 3, 5, 7–15 M.

Weisse Rips-Piqué-Kleider 7,50 M., 10 M., 15 M.

Hochelegante **Waschkleider** in Zephir, Batist u. Piqué 8 M., 10 M., 12 M. Organdy 18 M., 20 M.

Blusenkleider letzte Neuheit [4345S* 12 M., 15 M., 18 M.

Seidenblusen 6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Blusenhemden 1,35 M., 1,75 M., 2 M.

Morgenröcke und Matinées 3 M., 5 M., 6 M.

Schwarze, glatte u. bestickte Capes und Kragen in Tüll und Kammgarn 10 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandanten-Strasse, Ecke Lindenstrasse.

Maassanfertigung.

Backfischkleider, Saccos und Paletots 10 M.

---

in weiß, mode und braun a Stück von 90 Pf. an.

Binsenhut 90 Pf. mit Ventilation 1.30 Mark.

Knaben-Strohhüte von 35 Pf. an.

Bessere Strohhüte werden jetzt zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft in meinen beiden [4354S*

Specialgeschäften für Hüte und Mützen.

Kraut-Strasse 50, Schmid-Strasse 35, Ecke Neanderstraße.

M. Radtke Hutmachermeister.

PAGLIANO-SYRUP seit 1838 bewährtes und altes Erfrischungs- u. Reinigungsmittel für Blut u. Säfte! Jede Flasche und Schachtel tragen den Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano, Florenz, auf blauem Grunde. Zu haben in Apotheken. Generalversand für Deutschland: **Carl Hunnius, München.** 25/20*

Kufeke's BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder **Kindermehl.**

Die schönsten Herren- Anzüge. Herrengarderobe in neu, sowie speciell [4274S*

Monatsgarderobe von Kavalieren zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen stets zu haben.

J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wasserthorstraße.

Kinderwag., Sport-, Kasten-Leiter- u. Flügelbockwagen, Eiserne Bettstellen u. Krankenwagen für Erwachsene u. Kinder. Preise bill. Auch Teilzahlg.

A. W. Schulz N. Brunnenst. 95 a. Bhf. Gesundbr. Fernsp. III, 1767

---

30 Mark hochfeine Sommerpaletots. **30 Mark** hochelegante Herrenanzüge. **12 Mark** hochelegante Beinkleider. Anfertigung nur nach Mass. Guter Stoff, tadelloser Sitz. [4316L*

14 Krausenstraße 14, 1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, verf. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme. **E. Reil,** Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41. Specialarzt für 25/17* **Haut- und Harnleiden.** 10–2, 5–7, Sonntags 10–12, 2–4.

In Folge grosser Abschlüsse in **Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Divan-, Tisch- und Steppdecken, Läufern, Möbelstoffen und Plüschen** sind wir in der Lage, solche für die **Hälfte des regulären Wertes** zum **Verkauf** zu stellen, und können wir Lagerbesuch nur dringend empfehlen. 4359S

Teppichhaus Adler & Co., **Königstr. 20–21,** dicht am Rathaus.

Wo? ist ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und Kremser zu erreichen? Beim **alten Freund auf Pichelswerder.** – Für **gute Küche** usw. ist immer bestens gesorgt! [3776S*

Musik: Elektrisch.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros — Schneidermeister — en détail

Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. (Telephon Amt IV 447.)	Hauptstraße 143 Schöneberg. (Telephon Amt IX 5950.)
Sommerpaletots von Mk. 13,50 an	Sommer-Jacketts von Mk. 2 an
Rock-Anzüge . . . . 23 „	Jünglings-Anzüge . . . 12 „
Jackett-Anzüge . . . 15 „	Knaben-Anzüge . . . . 3 „

Wasch-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. 1,– an.

Anfertigung nach Maass in eleganteste Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 3703S*

Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.

Streng feste Preise.

---

30 Mark hochfeine Sommerpaletots. **30 Mark** hochelegante Herrenanzüge. **12 Mark** hochelegante Beinkleider. Anfertigung nur nach Mass. Guter Stoff, tadelloser Sitz. [4316L*

14 Krausenstraße 14, 1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, verf. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme. **E. Reil,** Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41. Specialarzt für 25/17* **Haut- und Harnleiden.** 10–2, 5–7, Sonntags 10–12, 2–4.

---

empfiehlt **Dr. von Walck.**

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 8 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft wegen anderweitiger Unternehmen sofort billig zu verkaufen, gute Geschäftsgegend. Näheres bei G. Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, I.

Eckdestillation, flottes Geschäft, sofort zu verkaufen. Schiffer, Tegelerstraße 29, Ecke Triftstraße. *

Für intelligenten Stimmbeltischler. Ein bei allen ersten hiesigen Firmen gut eingeführtes Geschäft, Werkstatt für Specialartikel, mit gutem Nutzen, ist Umstände halber zu verkaufen. Nötiges Kapital circa 5000. Offerten unter Q. 1 an die Expedition dieser Zeitung. 62b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11778*

Waschanzüge, Joppen, Hosen, Lüstrejacketts empfiehlt Schlesinger, Turmstraße 85. 1172R*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [1088R*

Nähmaschinen, verfallene, spottbillig (Riesenauswahl) Pfandleihhaus, Alexandrinenstraße 73. 32b

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Repetieruhren, Regulatoren, Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.

Steppdecken spottbillig, Fabrik Weinstraße 20 I. 2872b

Bettfedern, Pfund von 45 Pf an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger-Allee 37, I. 1099K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, sauber und schön, werden billig verkauft; auch altes Gold wird in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. [40b

Fahrräder, verfallene, prima Markenräder in großartiger Auswahl: Brennabor, Opel, Adler, Dürkopp, Damenräder; 100 neue Räder aus Streitsache, neueste Modelle, erstklassiges deutsches Fabrikat, konkurrenzlos, preiswert: Princip: Trotz aller Billigkeit äußerste Solidität! Räderkäufer werden um Lagerbesuch und Vergleich mit Konkurrenz gebeten. Fahrräder-Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 1168R*

40 kleine Porzellen, Kuie 6 bis 8 Mark, Vorortstation Zepernick, hinter Buch, zehn Minuten vom Bahnhof, verkauft Jörss. 65b

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, spottbillig Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82 I. †90*

Gaskocher! Einlochgaskocher! 1,00, Zweilochgaskocher! 3,00, Geschlossene Gaskocher! 5,00, Gas-Bratofen! 7,00, Gas-Plätteisen! Gas-Bügelapparat! billig! Wohlauer, Wallner-Theaterstraße zweiunddreißig. [2743b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hobelbänke, Werkzeuge, schöner, großer Hackbauer billig Diewitz, Motzstraße 76. 97b*

Restauration zu verkaufen Rostockerstraße 40. 85b

Bettstelle, Federb oben, gute Betten, Kindersitzwagen, Schaukel Umstände halber billig. Petzelberger, Oranienstraße 187. Nur Sonntags. 92b

Papageienauswahl, sprechend, junge, graue, billig. Richter, Oranienstraße 87. 91b*

Papiergeschäft, gangbar, erweiterungsfähig, Nähe zweier Kasernen, sofort wegen Krankheit der Frau zu verkaufen. Näheres unter „Reell 6500“ Postamt 83, S.O., Pückerstraße 57. 26/3

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung. 38b

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 2542b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15 Mark. Anzugreste 10 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße Nr. 59, III. 50b*

Wer Stoff hat, dem fertige Maßanzüge mit guten Zuthaten. Konfektionsarbeit 15 Mark, ff. Herrenschneiderarbeit 18, 21, 24 Mark. Hermann Schlesinger, Turmstraße 85.

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Zum gemütlichen Thüringer, vis-à-vis den Kirchhöfen in Wilhelmsberg. Empfehle mein Lokal, Kaffeeküche, Garten, Kegelbahn. August Günther. †118*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 95b

Lebewohl! Bei meiner Abreise nach Kopenhagen sage allen Freunden und Sangesbrüdern herzliches Lebewohl! Emil Grosche. 98b

Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, kauft Broh, Wrangelstraße 4. 25/12*

Ehescheidungs-, Unfallsachen, Klagesachen, Raterteilungen. Linienstraße 36.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

15–20 Maurergesellen stellt sofort ein A. Weidelt, Blumberg bei Berlin.

Klempnerlehrling verlangt Lehrterstraße 41. 595*

Messingwalzer, tüchtiger, und Vorwalzer von einem bedeutenden Messingwerke gesucht. Angebote unter E. 1000 Postamt 59. 84b

Ein Steinmetz gesucht für Grabdenkmal-Geschäft, der auch Schrift hauen kann. Kalberge Rüdersdorf, Frau Hinze. 86b

Tüchtige Bogenfänger für Steindruck-Schnellpresse verlangt Wilhelm Boehme, Reichenbergerstraße 158. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Brauerei-Arbeiter! Die Differenzen in der Patzenhofer Brauerei sind noch nicht geregelt. Die Agitations-Kommission.

Ein im **Geldschrank- u. Tresorbau** durchaus erfahrener selbständiger **Meister** wird zur Leitung einer alten renommierten **Geldschrankfabrik** Mitteldeutschlands gesucht. 60–70 Arbeiter. Offerten erbeten unter **R. 1** Exp. d. Bl.

Achtung! Holzarbeiter! Gesperrt sind folgende Werkstätten: Leide u. Co., Großbeerenstr. 54. Tischler und Maschinenarbeiter. Grün u. Hottwig, Gneisenaustr 44/45. Wegner, Wilmersdorf. 83/3* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter! Zuzug von Tischlern und Drechslern Werkstatt Max Kirchstein, Spandau, ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Spandau.

Achtung! Achtung! **Korbmacher!** Zuzug ist fernzuhalten von der Werkstatt **Brückner,** Bambus- u. Kongowaren-Fabrik, Klosterstr. 72. 84/3

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.